

# Stephan Ludwig Roths Kolonisationsversuch im zeitgeschichtlichen Zusammenhang

Von GOTTFRIED FITTBOGEN † (Berlin)

## Einleitung: Das Interesse an Roths Versuch

Der Versuch STEPHAN LUDWIG ROTHS<sup>1)</sup>, deutschländische Landwirte auf dem Sachsenboden Siebenbürgens anzusiedeln, ist — objektiv genommen — nicht von großer Bedeutung. Es sind dadurch nur 1000—2000 Menschen in Bewegung gesetzt worden. Und die Geschichte des Landwirtschaftsvereins in Siebenbürgen faßt das Ergebnis in die Worte zusammen: „So erstickte die Schwabeneinwanderung nach Siebenbürgen . . . gleich in ihrem Keim; den erhofften Anstoß zum Fortschritt brachte sie der Landwirtschaft nicht<sup>2)</sup>.“

Gleichwohl bleibt der Versuch doch interessant und lehrreich. Nicht die Dimensionen eines Unternehmens sind das Wesentliche, sondern die Grundsätze, auf denen es beruht. Nicht der Erfolg ist das Wesentliche, sondern das Ziel, das es anstrebt. Darum kann auch ein kleiner Versuch von grundsätzlicher Bedeutung sein.

Dazu kommt ein Weiteres. Zu Roths Zeit war die deutsche Auswanderung in vollem Gange. Manche Unternehmungen und Pläne wurden betrieben. Roths Versuch, einen Teil dieser Auswanderer aufs Sachsenland zu lenken, ist ein Versuch unter vielen<sup>3)</sup>. Um seine Eigenart zu erkennen, müssen wir ihn neben andere Pläne oder Unternehmungen stellen. Nur so wird seine Stellung in der Zeitgeschichte klar.

Diese Pläne und Versuche stellen wir nicht beliebig und uferlos nebeneinander. Wir begnügen uns mit denen, die mit Roths Versuch sich sachlich oder geographisch berühren.

Und zwar sind es drei Projekte, die sich mit Ungarn und mit Siebenbürgen, dem Nebenlande Ungarns, befassen. FRIEDRICH LIST faßt Ungarn (und nur als Nebenland Ungarns auch Siebenbürgen) als Zielland deutscher Auswanderung ins Auge. LUDWIG ROSENFELD beschränkt sich auf Siebenbürgen, und hier wieder auf ein kleines Teilgebiet dieses Landes, nämlich

---

<sup>1)</sup> Vgl. meine früheren Roth-Aufsätze: Stephan Ludwig Roth. Umriss seines Wirkens. Südostdeutsche Forschungen 1938, S. 781—796; und: Die Stephan-Ludwig-Roth-Ausgabe und der Stand der Roth-Forschung, ebenda 1939, S. 747—760.

<sup>2)</sup> JOSEPH BEDEUS VON SCHARBERG der Jüngere, Entstehung, Umgestaltung und Entwicklung des siebenbg.-sächs. Landwirtschaftsvereins und dessen Wirksamkeit in den Jahren 1845—1895. Hermannstadt 1895, S. 24.

<sup>3)</sup> Über die deutsche Auswanderung zur Zeit Roths siehe: FR. SCHENDERLEIN, Die Kolonisationsbestrebungen in Deutschland zwischen 1840 und 1850. Diss. Maschinenschrift. Leipzig 1923. Darin über Roth: S. 58 f.



auf das von den Sachsen verwaltete Gebiet. GUSTAV HÖFKEN endlich faßt mit List ganz Ungarn ins Auge, modifiziert dessen Plan aber selbständig.

Diese verschiedenen Strömungen und Pläne müssen wir kennenlernen und müssen Roths Versuch daneben stellen. So lernen wir einen Teil der Kräfte, die damals lebendig waren, kennen und sehen zugleich, welche Stellung Roth im Widerspiel dieser Kräfte einnimmt.

Auf diese Weise erweist sich die Beschäftigung mit Roth als sehr fruchtbar. Stephan Ludwig Roth wird nicht immer unmittelbarer Gegenstand, aber er wird immer Kristallisationspunkt dieser Forschungen sein.

Wir betrachten der Reihe nach die Pläne von Friedrich List, Ludwig Rosenfeld, Gustav Höfken und sehen dann, was wir daraus für Roth lernen.

## I. Friedrich List und Siebenbürgen

### 1. List und Ungarn

FRIEDRICH LIST ist es, der die Aufmerksamkeit der Deutschen auf den Südosten Europas als ein mögliches Einwanderungsland gelenkt hat. Es ist nötig, seine Gedanken schärfer ins Auge zu fassen; um so mehr, als sie sich erst schrittweise entwickelt haben.

Zuerst hat List davon in dem Schlußkapitel des ersten (und einzigen) Bandes seines „Nationalen Systems der politischen Ökonomie“, der im Mai 1841 erschien, gesprochen. Er stellt dort die Richtlinien für die Handelspolitik des Deutschen Zollvereins auf und spricht in diesem Zusammenhang auch von der Bedeutung, die die ausgewanderten Deutschen für den Zollverein haben oder doch haben könnten. Er beginnt mit dem Negativen: die Deutschen, die in Nordamerika leben, haben so gut wie keine Bedeutung für den Zollverein. Zwar sind die meisten deutschen Auswanderer gerade nach Nordamerika gegangen; ja, die Deutschen denken, wenn von Auswanderung die Rede ist, fast ausschließlich an Nordamerika; aber doch ist es kein günstiges Auswanderungsland. „Was hilft es der deutschen Nation, wenn die nach Nordamerika Auswandernden noch so glücklich werden, ihre Persönlichkeit geht der deutschen Nationalität für immer verloren, und auch von ihrer materiellen Produktion sind nur unbedeutende Früchte für Deutschland zu erwarten. Es sind blanke Illusionen, wenn man bei den innerhalb der Unionsstaaten lebenden Deutschen die deutsche Sprache glaubt erhalten oder dort mit der Zeit ganz deutsche Staaten bilden zu können. Wir haben einst selbst diese Illusion geteilt, sind aber nach zehnjährigen<sup>4)</sup> Beobachtungen an Ort und Stelle davon zurückgekommen.“

<sup>4)</sup> List lebte 1825—1832 in den Vereinigten Staaten (mit kurzer Unterbrechung in den Jahren 1830/31), und zwar (nach FRIEDRICH LENZ, Friedrich List 1936) vom 9. Juni 1825 bis Sommer 1832.



Günstiger für die Erhaltung der deutschen Sprache in der Fremde und für eine Steigerung des Handelsverkehrs mit den Staaten des Zollvereins seien die Aussichten in Mittel- und Südamerika. „In besonderen Schutz nehmen sollte man Kompanien, die sich in den deutschen Seestädten bilden, um in jenen Ländern große Strecken Landes zu kaufen und sie mit deutschen Pflanzern anzusiedeln<sup>5)</sup>“.

„Gleiche Politik“ (und nun wendet List sich dem europäischen Südosten zu), „gleiche Politik wäre in Beziehung auf den Orient, die europäische Türkei und die unteren Donauländer zu befolgen. Deutschland hat ein unermessliches Interesse dabei, daß in diesen Ländern Sicherheit und Ordnung Bestand gewinnen, und in keiner Richtung wie in dieser ist die Auswanderung der Deutschen so leicht zu effektuieren von den Individuen und so vorteilhaft für die Nation. Ein Anwohner der oberen Donau könnte sich mit dem Aufwand des fünften Teils an Geld und Zeit, womit seine Auswanderung an die Ufer des Eriesees verbunden ist, nach der Moldau und Walachei oder nach Serbien oder auch nach den südwestlichen Ufern des Schwarzen Meeres versetzen. Was ihn mehr dorthin als hierhin zieht, das ist der dort herrschende höhere Grad von Freiheit, von Sicherheit und Ordnung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Türkei dürfte es eben den deutschen Staaten in Verbindung mit Österreich nicht unmöglich sein, in der Art auf die Verbesserung der öffentlichen Zustände jener Länder zu wirken, daß der deutsche Kolonist sich nicht mehr zurückgestoßen fühlte, zumal wenn die Regierungen selbst Kolonisationskompanien stiften, daran teilnehmen und ihnen fortwährend ihren besonderen Schutz angedeihen lassen würden.“

Von Ungarn ist hier noch mit keiner Silbe die Rede; es ist auch nicht stillschweigend mit inbegriffen. Denn List denkt hier nur an die Länder an der unteren Donau; Ungarn aber liegt an der mittleren Donau. List hat also die Länder im Auge, die noch unter der lähmenden Herrschaft der Türkei schmachten und die durch Einwanderer der europäischen Kultur erschlossen werden sollen. (Auch bei den südwestlichen Ufern des Schwarzen Meeres, die für deutsche Einwanderer geeignet sind, denkt er offenbar nur an den Teil des Schwarzen Meeres, der noch der Türkei gehört.) Österreich — im Bunde mit Deutschland, als deutsche Macht — soll sich anschicken, das Erbe der Türkei anzutreten; nicht Rußland soll ihr Erbe werden. Diese Politik ist deutlich antirussisch gerichtet.

Das Einwandererprogramm darin ist klar, aber doch, scheint es, nur aus der Theorie gewonnen. Der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Die

<sup>5)</sup> Über den in diesem Sinne gemachten Versuch einer deutschen Kolonisation in Südchile siehe meinen Aufsatz: Von Philippi bis Anwandter. Die Entwicklung des Gedankens der deutschen Einwanderung in Chile. Ibero-Amerikanisches Archiv 1936, S. 271 ff.



Nachprüfung, ob und wie sich dieser Wunsch verwirklichen läßt, fehlt. Von diesen Ländern selbst, von ihrer eigenen Bevölkerung und wie weit dort die empirischen Verhältnisse der Aufnahme zahlreicher Einwanderer entgegenkommen, ist mit keiner Silbe die Rede.

Bereits ein Jahr später kommt List wieder auf die Einwanderung in die Donauländer zurück, in der Schrift „Die Ackerverfassung, die Zwangswirtschaft und die Auswanderung“<sup>6)</sup>. Er betrachtet hier die Auswanderung als ein Hilfsmittel, die gar zu große Zersplitterung, die Zerstückelung des Grund und Bodens zu bekämpfen. Auch hier sucht er den Blick der Auswanderer von den Vereinigten Staaten ab- und auf die Donauländer im Südosten Europas hinzulenken.

„Der Strom der Auswanderung“, sagt er, „hat in der neuesten Zeit in Deutschland so ganz ausschließlich seine Richtung nach Nordamerika genommen, daß man an kein anderes Land mehr denkt, wenn davon die Rede ist . . . Im Grunde genommen ist aber diese Richtung der Auswanderungen für Süddeutschland eine ganz unnatürliche . . . Die Uferländer der Donau links und rechts von Preßburg bis zu ihrer Mündung, die nördlichen Ufer der Türkei und die westlichen Ufer des Schwarzen Meeres, bieten so recht dem deutschen Auswanderer eine Masse unbenützter, aber natürlich fruchtbarer Ländereien, die ihm nicht schwerer zu erreichen wären, als es dem Nordamerikaner von New York oder Pennsylvanien die Ländereien am Mississippi und Missouri sind . . . Welchen gewaltigen Strom von Macht läßt das südöstliche Deutschland nach dem Ozean fließen! In den Kanal der Donau geleitet, was könnte er bewirken?“

Man sieht, hier ist ein neues Donau-Land hinzugekommen. Nicht erst von der türkischen Grenze an, schon von Preßburg an laden die Uferländer der Donau den Einwanderer ein: Ungarn, das Land an der mittleren Donau, ist als Einwanderungsland hinzugekommen.

Dies Land wird noch größere Bedeutung für die Einwanderer haben als die Länder an der unteren Donau. In enger Zusammenarbeit mit den Madjaren werden die Einwanderer vermöge ihrer Arbeitskraft und des Kapitals, das sie mitbringen, Ungarn schnell zur Blüte bringen; die Bevölkerung wächst, der Wohlstand hebt sich; nicht nur das eigene Land, auch die Länder des Deutschen Zollvereins werden davon ihren Gewinn haben. Madjaren und Deutsche müssen zusammengehen. „Nicht wohl kann es eine Verbindung geben, von welcher man sich eine schönere Har-

<sup>6)</sup> Erschienen in der Cottaschen „Deutschen Vierteljahrsschrift“ 1842, Heft 2, und gleichzeitig auch als selbständige Schrift (Stuttgart, Verlag Cotta). Beim Druck mußte manches gestrichen werden. Vollständiger Text erst in der neuen List-Ausgabe: Schriften, Reden, Briefe. Im Auftrage der Friedrich-List-Gesellschaft herausgegeben: Bd. V, S. 418—547.



monie, reicheren Ehesegen, mehr materielle und geistige Prosperität versprechen dürfte, wie die zwischen den Deutschen und den Madjaren . . . Die eine Partei bringt Fruchtbarkeit, produktive Kraft im Ackerbau, in Gewerben und Handel, Kapital, Sinn für bürgerliche Ordnung und Einrichtungen, einen hohen Grad von Ausbildung in den Wissenschaften und Künsten und eine reiche Literatur bei; die andere ritterlichen Sinn, kriegerischen Geist, politisches und rhetorisches Talent, feurigen Patriotismus, in ihrer Grundlage ganz vortreffliche Institutionen, die nur noch der Feile bedürfen, um so gute Dienste zu tun als die besten ihrer Art, endlich große Massen von Naturfonds. Deutsches Phlegma wird durch ungarisches Feuer belebt, wie dieses durch jenes temperiert wird. Deutschland wird jährlich an Ungarn eine halbe Million Menschen abgeben können und gleichwohl seine eigene Bevölkerung bedeutend vermehren. Ungarn mit Transsylvanien wird statt 11—12 mit Leichtigkeit 25—30 und mit den übrigen Donauländern 50—60 Millionen Menschen nähren können . . . Und ist Ungarn im Innern gekräftigt und politisch geordnet, ist das madjarische Element mit dem deutschen ein Herz und eine Seele, stehen beide in Harmonie mit der königlichen Gewalt, so wird auch das ungarische Slawentum sich zu madjarisieren genötigt sehen; und keine Gewalt der Erde wird dann hindern, daß Ungarn seine Macht bis an den Balkan, bis an die Ufer des Schwarzen Meeres erstrecke und in die Reihe der ersten Nationen von Europa eintrete.“

Der Fortschritt ist deutlich. Auch jetzt noch sind die Länder an der unteren Donau, auf türkischem Boden, Auswanderungsziel; aber sie treten zurück. In den Vordergrund schiebt sich Ungarn. Ihm fällt bei der Entwicklung im Südosten eine besondere Mission zu.

Bisher war nur allgemein Österreich als Erbe der Türkei genannt (bis 1867 ist „Österreich“ die Bezeichnung der Gesamtmonarchie; erst nach der Einführung des Dualismus wird die Bezeichnung „Österreich-Ungarn“ nötig). Jetzt wird das näher ins Auge gefaßt. Von den Ländern der Monarchie fällt denen, die Grenznachbarn der Türkei sind, durch ihre Lage eine besondere Funktion zu: sie sind als Nachbarn die unmittelbar Beteiligten. Die Hauptfunktion dabei geht also auf die Osthälfte der Monarchie, auf Ungarn über.

Zwar schlummern Ungarns Kräfte noch; es ist dieser großen Aufgabe im Augenblick noch nicht gewachsen. Aber eine Einwanderung großen Stils — jährlich eine halbe Million Einwanderer — kann hier helfen; sie bringt Menschen, Intelligenz, Arbeitskraft und Kapital ins Land. Von ihr befruchtet wird Ungarn schnell ein starker aktionsfähiger Staat werden, der — gestützt auf Österreich und den Deutschen Bund — sich bis ans Schwarze Meer ausdehnen wird. Von den österreichischen Ländern wird Ungarn der Haupterbe der Türkei sein.



Auch der Zollverein wird den Aufschwung Ungarns wohltuend spüren; der Handelsverkehr mit Ungarn nimmt einen entsprechenden Aufschwung. Freilich, ein Opfer haben die Länder des Zollvereins dabei zu bringen. Die Einwanderer, die sie nach Ungarn schicken, und ohne die Ungarn nicht in der Lage wäre, ein blühendes Land zu werden — diese deutschen Einwanderer gehen ihrer Nationalität verloren, sie gehen im madjarischen Volk auf. Aber ihren Verlust hätte das deutsche Volk auch zu beklagen, wenn sie nach Nordamerika gegangen wären. So aber bleibt ihm doch ein zwiefacher Gewinn: Wachstum seines Wohlstandes durch Belebung des Verkehrs mit Ungarn und Wachstum seiner Macht. Sein Einfluß reicht — durch das befreundete Österreich und Ungarn — bis in den Südosten. Mitteleuropa reicht — wirtschaftlich und politisch — bis ans Schwarze Meer.

Auch vom madjarischen Standpunkt ist das die einzige praktisch mögliche Lösung. Mancher Madjar hängt zwar an der Vorstellung von einer unvermischten, reinblütigen, großen madjarischen Nationalität; aber das ist ein gefährlicher Traum. Um dahin zu gelangen, würde das madjarische Volk, das nur sehr langsam wächst, im besten Falle Jahrhunderte brauchen; viel Zeit aber steht ihm — angesichts des rapiden Wachstums des russischen Volkes und der russischen Kraft — nicht zur Verfügung. Statt in Jahrhunderten sich gemächlich zu vollziehen, muß die Entwicklung in Jahrzehnten vorwärtsgetrieben werden, in amerikanischem Tempo. Das ist nur möglich durch Einströmen deutschen Blutes; aber auch dabei wird das madjarische Element das vorherrschende sein und bleiben. Besser also eine „gemischte, aber starke Nationalität“ als eine reinblütig madjarische Nationalität, die zur Verkümmern verurteilt ist. Nur zwischen diesen beiden Möglichkeiten besteht die Wahl<sup>7)</sup>.

Gewiß, eine Konzeption, die der Größe nicht entbehrt. Sie fand begreiflicherweise auch in Ungarn Beachtung; vor allem aber führte sie List selbst in das Land, dem er eine so große Rolle zgedacht hatte. Im November 1844 besuchte er Ungarn und nahm hier, in Preßburg und Pest, in der Stadt des ungarischen Reichstages wie in der künftigen Hauptstadt, mit den verschiedensten Kreisen Fühlung. Seine Aufgabe war nicht sich zu informieren und für eine bestimmte Richtung in Ungarn Partei zu ergreifen, seine Aufgabe war vielmehr, jedem Ungarländer, welcher Richtung und welcher Volkschaft er auch angehören mochte, gegebenenfalls seinen Rat angedeihen zu lassen. So trat er auch mit den Kreisen um KOSSUTH in Verbindung. Hatte Kossuth für die wirtschaftliche Förderung Ungarns doch gerade eben den „ungarischen Schutzverein“ gegründet (am 6. Oktober

<sup>7)</sup> Zollvereinsblatt 1843, S. 323 ff; in dem zweiten Aufsatz Lists über Österreich und den Zollverein, der den Untertitel führt: Über die Zollvereinigung der österreichischen Provinzen mit Ungarn (Zollvereinsblatt 1843, Nr. 18—20).



1844, vier Wochen vor Lists Eintreffen), mußte doch gerade für Kossuth und die „Bewegungspartei“ der Grundgedanke Lists von eminenter Bedeutung sein, der Gedanke, um dessentwillen List sein System als nationales Wirtschaftssystem bezeichnete: Träger des wirtschaftlichen Lebens ist nicht der einzelne, sondern die Nation, der er angehört. Welches ist nun für die ungarische Nation der Weg, den sie einzuschlagen hat, um zu wirtschaftlicher Blüte zu gelangen? Welche nationale Wirtschaftspolitik hat sie zu treiben? Es mußte für Kossuth und seine Freunde von hohem Wert sein, diese Fragen mit List zu besprechen, seine Meinung zu hören und seine Gedanken für ihren Bedarf durchzudenken.

Jedenfalls fand List freundliche Aufnahme; und auch sein Einwanderungsprogramm, auf das es uns hier allein ankommt und das bei der magyarischen Empfindlichkeit am ehesten Anstoß erregen konnte, wurde nicht a limine abgelehnt. Kossuths eigenes Organ, *Pesti Hirlap*, hatte schon 1842 (am 11. Dezember), kurz nach dem Erscheinen von Lists Schrift eine auszugsweise Übersetzung derselben veröffentlicht<sup>8)</sup>. Und jetzt erklärte der *Budapesti Hirado* (am 2. Januar 1846) ausdrücklich: „Von den Deutschen“ (die nach Lists Vorschlag ins Land kommen) „haben wir für unser Ungarum nichts zu fürchten. Die Deutschen, unter den Ungarn richtig verteilt, werden gar bald ungarisch denken und fühlen, und finden sie sich einmal zurecht, so passen sie sich den Verhältnissen rasch an. Der Slowake wäre in dieser Hinsicht viel schwieriger zu behandeln“<sup>9)</sup>.

Umgekehrt hatte auch List den ungarischen Dingen Aufmerksamkeit geschenkt. Er hatte z. B. die Kossuthsche Broschüre in seinem Zollvereinsblatt (1843, Nr. 5) freundlich besprochen und hatte daraufhin, also zur Verständigung mit Kossuth, seine eigenen Gedanken in zwei Aufsätzen dargelegt („Österreich und der deutsche Zollverein“, *Zollvereinsblatt* 1843, Nr. 15, 16 und Nr. 18—20). Auch später verfolgte das Zollvereinsblatt die Entwicklung in Ungarn mit Teilnahme.

So brachte es einen Artikel von Kossuths Freund FRANZ PULSZKY über eine spezifisch ungarische Institution (11. Januar 1847: Über die Avicität in Ungarn) und besprach seine Broschüre „Aktenstücke zur Geschichte des ungarischen Schutzvereins“, freundlich (am 19. Juli 1847)<sup>10)</sup>.

<sup>8)</sup> L. GROSS, Friedrich List und Ungarn. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1930, S. 118 ff. Lists Aufenthalt in Ungarn: LUDWIG HÄUSSER, F. Lists Leben, 1850 (Bd. I seiner List-Ausgabe), S. 335—347. FRIEDRICH LENZ, Friedrich List, 1936, S. 124—126. Kossuths Artikel von 1842 waren in deutscher Sprache als selbständige Schrift erschienen: LUDWIG KOSSUTH, Ungarns Anschluß an den deutschen Zollverband. Aus dem Ungarischen des „Pesti Hirlap“ übertragen von G. St. (Gustav Steinacker). Leipzig 1842.

<sup>9)</sup> L. GROSS, S. 123, Anm. 3.

<sup>10)</sup> Beides nach Lists Tod, aber beides offenbar durch List vermittelt.



Den Ertrag seines Aufenthalts in Ungarn legte List gleich nach seiner Rückkehr in zwei Denkschriften nieder, die eine bestimmt für die Zentralregierung des Habsburger Reiches; in beiden berührt er auch (und nur diese Frage interessiert uns hier) die Einwanderung.

In der ersten Denkschrift „Über die Transportverbesserung in Ungarn“ (Schriften, Reden, Briefe, Bd. III, S. 434—461), heißt es nur, daß die „Einwanderung deutscher Industrieller, Pächter und Landwirte eine bedeutende und regelmäßige werden“ müsse; in der größeren Denkschrift aber, „Über die nationalökonomische Reform des Königreiches Ungarn“, (Bd. III, S. 462—527) gibt LIST auch Einzelwinke, wie die Einwanderung dies Werk von „unermeßlicher Wichtigkeit“, zu fördern sei; vor allem spricht er hier seinen politischen Leitgedanken in prägnanter Form aus: Ungarn sei nicht bloß in ein Bollwerk gegen Rußland, sondern auch in ein Instrument der friedlichen Eroberung aller unteren Donauländer zu verwandeln. Auf seine Vorschläge hat List keine Antwort von METTERNICH erhalten, sie haben friedlich in den Akten geschlummert.

Damit ist aber nicht gesagt, daß Lists Bemühungen in dieser Sache ganz ohne Wirkung geblieben sind. List kam in einem fruchtbaren Augenblick nach Ungarn und nach Wien. Die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen war bereits in Fluß gekommen. Die Förderung der ungarischen Industrie und des ungarischen Verkehrswesens waren bereits Gegenstand amtlicher Verhandlungen geworden, die Ständetafel des ungarischen Reichstages (1843/44) mahnte und drängte, die Regierung verhielt sich retardierend. Nun aber war es List gelungen, die Frage der „national-ökonomischen Reform“ Ungarns populär zu machen; die Öffentlichkeit beschäftigte sich damit und sah ihre Notwendigkeit ein. Auch der mächtigste Mann Wiens und der ganzen Donaumonarchie, METTERNICH, interessierte sich für die Angelegenheit; er hatte (am 3. Dezember 1844) eine eingehende Unterredung mit List, bat ihn, seine Gedanken für ihn in einer Denkschrift zusammenzufassen (so entstand die Denkschrift, die wir bereits erwähnten), und er griff dann tatsächlich die ökonomische Reform Ungarns mit eigener Hand an, und zwar an dem von List bezeichneten Punkt: bei der Verbesserung des Verkehrswesens. Als seine Gedanken feste Gestalt gewonnen hatten, schrieb er am 1. Mai 1845 (also nicht gar so lange nach der Unterredung vom 3. Dezember 1844 und der Entgegennahme der Denkschrift vom Februar 1845) einen Brief: Der Kaiser wende seine Aufmerksamkeit jetzt hauptsächlich den Mitteln und Wegen zu, die am geeignetsten seien, den Wohlstand Ungarns zu fördern (wir haben keinen Grund, das für eine bloße Redensart zu halten); also auch der Kaiser stand unter dem Eindruck von Lists ungarischem Programm, sei es nun der Kaiser FERDINAND selbst, oder das Mitglied des Oberhauses, das ihn in Regierungsangelegenheiten



vertrat, der Erzherzog LUDWIG). „Als das Wichtigste und Dringendste in dieser Beziehung erscheint die Regelung des Straßenwesens und die Vermehrung und Vervollständigung aller Kommunikations- und Transportmittel“; ein Komitee solle die Sache in die Hand nehmen, und der Empfänger des Briefes möge die Leitung des Komitees übernehmen.

Der Mann aber, dem Metternich diese Aufgabe übertrug, war der ungarische Graf STEPHAN SZÉCHENYI<sup>11)</sup>. Und man kann nicht leugnen, daß Metternich eine bessere Wahl nicht treffen konnte. Széchenyi hatte seit seinem Eintreten ins öffentliche Leben, seit 1825, bereits sehr viel für sein Vaterland geleistet, hatte auch schon mit der Donauregulierung und der Förderung der Donau-Schiffahrt die Reform des Verkehrswesens begonnen. Er steckte so tief in den ungarischen Dingen, hatte bei seinen Landsleuten ein so großes Ansehen, daß List — trotz aller seiner Vorzüge — auf diesem Gebiet nicht mit ihm konkurrieren konnte. Einem Rivalen wie Széchenyi hätte auch List neidlos die Palme gegönnt.

Eine Beeinflussung Széchenyis durch List ist damit nicht notwendig gegeben. Natürlich kannte Széchenyi Lists Hauptwerke. List trug nur dazu bei, daß Metternich dem Grafen die Gelegenheit zur Entfaltung seiner Kräfte, zur Verwirklichung seiner Gedanken gab. Selbst wenn Metternich ihm (was bei ihren persönlichen Beziehungen durchaus nicht unmöglich wäre) Lists Denkschrift zu lesen gegeben haben sollte, könnte dieser Einfluß nur sekundär sein. Széchenyi war trüchtig von eigenen Gedanken. In einem sind übrigens List und Széchenyi verwandt: beide streben den politischen Fortschritt auf dem Umwege über die Förderung des wirtschaftlichen Lebens an.

Und beide kämpfen dabei gegen den Kantönligeist für die Einheit ihrer werdenden Nation, List gegen den Partikularismus der Kleinstaaterei, Széchenyi gegen die Selbstherrlichkeit der Komitate<sup>12)</sup>.

Die Möglichkeit eines Hand-in-Hand-Gehens von Metternich und Széchenyi war durch die innere Entwicklung Széchenyis gegeben. Széchenyi schloß sich zu jener Zeit keiner Partei an, weder der liberalen Partei, zu deren Führer Kossuth er in einen schärferen Gegensatz trat, aber auch nicht der Regierungspartei. Er schloß sich vielmehr als einzelner (und nur er konnte das) unmittelbar der Regierung an; und zwar nicht um ihr als Werkzeug zu dienen, sondern um die Regierung mit seinen eigenen Ideen zu beeinflussen und mit ihrer Unterstützung die als notwendig erkannten

<sup>11)</sup> MAX FALK, Graf Stephan Széchenyi und seine Zeit. Österreichische Revue, Juni 1866, S. 57.

<sup>12)</sup> HANNS SCHLITTER, Aus Österreichs Vormärz. Bd. III: Ungarn. Zürich—Leipzig—Wien 1920, Amalthea-Verlag, S. 69—72, 144 (Anm. 257): Ungarn sei in Gefahr, sich in seine Komitate als „in 52 nicht regierbare Republiken aufzulösen“.



Reformen durchzuführen (seit etwa 1842). Die Regierung konnte sich seiner nur bedienen, wenn sie seinem Gedanken diene. Nun hatte Széchenyi es erreicht, daß die Regierung, daß der Kaiser selbst die Fahne des Fortschritts in die Hand nahm. Wie sollte er sich da dem Rufe Metternichs versagen? Es war eine Konstellation von geschichtlicher Bedeutung.

Am 16. August 1845 sind die Verhandlungen abgeschlossen; aus dem Komitee ist inzwischen eine staatliche Behörde geworden; nun ordnet Metternich durch eine Verfügung die Errichtung einer „Sektion für Kommunikationsangelegenheiten bei der kgl. ungarischen Statthalterei“ an und ernennt den Grafen Széchenyi als „wirklichen kgl. ungarischen Statthalterei-rat“ zu ihrem Leiter. Sogleich geht Széchenyi an die Arbeit: er nimmt die Theiß-Regulierung in Angriff, und er stellt ein Programm für das gesamte Kommunikationswesen Ungarns auf. Vor dieser Staatsschrift, dem bedeutendsten staatsmännischen Werk, das Ungarn jemals besessen hat<sup>13)</sup>, und der praktischen Leistung, die Széchenyi nun in seinem neuen Amt entfalten konnte, verblaßt auch Lists Denkschrift.

Jedenfalls hat List — weniger durch diese eine Denkschrift als durch sein gesamtes Auftreten in Ungarn und in Wien — eine erhebliche Wirkung auf die „ökonomische Reform“ Ungarns ausgeübt; sein Auftreten hat den Stein ins Rollen gebracht und die Berufung Széchenyis durch Metternich

<sup>13)</sup> MAX FALK, Österreichische Revue. Juli 1866, S. 66. Ebendort, Juni 1866, S. 74, Juli 1866, S. 66, 67. Schon vor der Ernennung zum Leiter des ungarischen Kommunikationswesens hat Széchenyi den Plan aufgestellt „Vier, fünf oder sechs von Budapest zur Landesgrenze ausstrahlende Verkehrslinien, auf denen sich jedermann bei Tag und bei Nacht, im Sommer und im Winter — soweit er will und wie garstig auch das Wetter toben mag — frei und mit größter Bequemlichkeit in und durch Ungarn bewegen kann“, Gesammelte Werke Széchenyis, herausgegeben von der Akademie der Wissenschaft, Bd. VIII (1894), S. 320—324, im Rahmen einer größeren Sammlung „An die hervorragenden Einwohner Ungarns“, II. Teil (datiert vom 10. Juli 1844), Werke VIII, S. 312—366.

Eine deutsche Übersetzung fehlt bisher; ebenso fehlt eine deutsche Darstellung der Tätigkeit Széchenyis als Leiter des ungarischen Kommunikationswesens.

Überhaupt ist, scheint es, Széchenyi in der deutschen und deutschsprachigen Literatur etwas stiefmütterlich behandelt. Die einzige Arbeit in deutscher Sprache, die eine Gesamtdarstellung von Széchenyis Wirken gibt, eben die Arbeit von Falk, ist nun schon zwei Menschenalter alt; sie ist auch nicht als Buch erschienen, sondern ist in einer Zeitschrift vergraben.

Die Gesamterscheinung Széchenyis ist, so viel ich sehe, dem deutschen Leser z. Zt. nur in der Dichtung zugänglich, nämlich in dem Széchenyi-Roman von MIKLÓS SURÁNYI, Ein Volk allein. Historische Romantrilogie (ins Deutsche übersetzt von KÄTHE GASPER. Berlin—Wien—Leipzig 1937. Verlag Paul Zsolnay, 777 Seiten) — einem Roman allerdings, der seinen Zweck erfüllt und im Leser den Wunsch erweckt, nun den historischen Széchenyi kennen zu lernen.



bewirkt. Ging List selbst dabei auch wieder leer aus, so blieb sein Wirken doch nicht ohne sachlichen Erfolg.

Was List damals schon für die Öffentlichkeit bedeutete, zeigt besser als alles andere der Bericht, den AUGUST LUDWIG FRANKL über den Festabend, der am 23. Dezember 1844 ihm zu Ehren in Wien veranstaltet wurde, in seinen „Sonntagsblättern für Literatur und Kunst“ veröffentlichte. Er ist ein wertvolles Zeitdokument. Wir entreißen ihn daher der Vergessenheit und geben ihn nach dem Abdruck in Lists Zollvereinsblatt (21. Januar 1845) wieder:

### Das Festmahl zu Ehren des Dr. Friedrich List

Unter diesem Titel ist uns der nachstehende Artikel, der in den von Dr. L. A. Frankl redigirten Wiener „Sonntagsblättern“<sup>14)</sup> erschien, zur Aufnahme in unsre Spalten abschriftlich mitgetheilt worden; wir glaubten, trotz der Stellung des Gefeierten zum Zollvereinsblatte, die Aufnahme nicht versagen zu dürfen.

„Es ist (so heißt es darin) ein löblicher Gebrauch die Männer, welche sich als die Ausgangs- und Gravitationspunkte nationaler Bestrebungen bethätigen, welche die Durchführung einer volksthümlichen Idee sich zur Aufgabe ihres Lebens gesetzt haben, auch als die geweihten Träger einer solchen Idee persönlich zu ehren, ihnen diese Verehrung als eine allgemeine Gesinnung zur Anschauung zu bringen, und sie hiedurch aus dem ermüdenden Detail ihres Ringens zu dem reinen Pathos ihrer Sendung zu erheben — sie zu feiern. Eine solche Feier spricht den tiefsten Inhalt des nationalen Bewußtseyns aus, und wo in den Gemüthern das Bedürfniß der socialen Huldigung einmal sich regt, da dürfte für eine Tänzerin keine Aussicht mehr seyn von Menschenthieren im Triumphe nach Hause gezogen zu werden. Wir haben List gefeiert, nicht den Claviervirtuosen Liszt, den bleichen Weiberschütterer, nein, den thatkräftigen Dr. Friedrich List, den Menelaos, „den Rufer im Streite“ der deutschen Industrieinteressen, den Vorkämpfer und Vorfechter deutschen Thuns und Trachtens, das einstige punctum saliens des nun schon so mächtig und stark heran gewachsenen deutschen Zollvereins, mit welchem das meerbeherrschende Albion Verträge schließt, dem der junge Riese jenseits des großen Wassers die Hand zum Welthandel herüber reicht. Der Deutsche wird nicht ewig sinnen und denken, er wird durch List zur That geführt. Das Bewußtseyn diese Bedeutung List's war es welches die Vertreter der praktischen Interessen der Wissenschaft, der Industrie und des Handels in der großen Kaiserstadt an der Donau veranlaßte, zu Ehren des Begründers „der nationalen Oekonomie“ und des deutschen Zollvereins ein Festmahl zu veranstalten, an welchem sich auch die schöne Litteratur durch einige Repräsentanten betheiligte. Am 23 Dec. Abends nach neun Uhr versammelten sich hundert und fünfzig Personen im Saale des Casino am neuen Markte. Es war eine glänzende Gesellschaft, in welcher der Beamten-, Gelehrten- und Advocatenstand, die Litteratur, der Gewerbs- und Handelsstand auf eine würdige Weise sich vertreten sahen — eine Gesellschaft welche durch den Vorsitz des Präsidenten des n. ö. Gewerbsvereines, Hrn. Grafen Colloredo-Mannsfeld, ihre eigenthümliche Bedeutung erhielt. Die von dem Festcomité geladenen Gäste nahmen an drei nach der Länge des Saales parallel laufenden Tafeln von

<sup>14)</sup> Voller Titel. Sonntagsblätter für Literatur und bildende Kunst.



je fünfzig Gedecken Platz; Dr. List befand sich in der Mitte des Saales zur Rechten des Hrn. Grafen Colloredo. Bald nach den ersten Gängen erhob sich der Herr Graf Colloredo, und machte in einer kurzen aber gehaltvollen Rede auf die Verdienste aufmerksam, welche sich Oesterreichs Herrscher seit der Regierung der großen Kaiserin Maria Theresia um die Emporbringung der vaterländischen Industrie erworben haben, und indem er einen Toast auf Se. Majestät unsern jetzt regierenden Kaiser ausbrachte, forderte er den Hrn. Regierungsrath und Professor Dr. Kudler als Lehrer der Staatswissenschaft an der hiesigen Universität auf, dem gefeierten Gaste die Gesinnungen der Versammlung auszudrücken. Regierungsrath Kudler entwickelte nun die Verdienste des Dr. List in folgender an diesen letztern gerichteten Anrede:

„„Ich glaube der allgemeinen Zustimmung mich erfreuen zu können, wenn ich mich erhebe, um Ihnen, unserem gefeierten Gaste, ein herzliches Lebehoch auszubringen. Unsere heutige Versammlung mag zum Beweise dienen daß Wien nicht bloß, wie bekannt, ausgezeichnete Kunstleistungen zu schätzen wisse, sondern daß es auch vorzügliche wissenschaftliche und auf die Beförderung des Gemeinwohles gerichtete Bestrebungen mit aller Wärme anerkenne.

„„Ihre Bemühungen, die Volkswirtschaftslehre zu einer wahrhaft nationalen Doctrin zu erheben, haben bei uns überall Anklang gefunden. Ihnen gebührt das Verdienst, wiederholt und einleuchtend nachgewiesen zu haben daß es bei der Emporbringung der Betriebsamkeit eines Volkes nicht auf einige vereinzelte ökonomische Beförderungsmittel ankomme, sondern auf die Vervollkommnung des ganzen socialen Zustandes, auf die Ausbildung aller seiner Institutionen und auf die Fortschritte der sittlichen und geistigen Bildung in allen ihren Zweigen, und daß Nationalität, in ihrer höheren Bedeutung, nicht in der Gleichheit der Abstammung und Sprache, sondern in dem kräftigen Zusammenwirken Aller zum Wohle der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, im ächten Gemeingeist bestehe.

„„Ihr an den Tag gelegter Vorsatz, auch praktisch mitzuwirken zur Kräftigung der Industrie Oesterreichs und Ungarns, welches letztere nun einmal seine wahren Interessen von jenen des großen Gesamtreichs nicht zu trennen vermag, kann nur mit Freude aufgenommen werden zu einer Zeit, in der so viele edle Kräfte den Gewerbleiß der Monarchie zu heben suchen, in einer Zeit in der unsere erleuchtete Staatsverwaltung diesem Gegenstande ihre Sorgfalt in besonderem Grade zuwendet, in einer Zeit endlich in welcher die Ueberzeugung immer allgemeiner wird, daß die Urproduction in unseren von der Natur so reich begabten Ländern erst durch eine gleichmäßige Entwicklung der Manufactur-Industrie ihre volle Höhe zu erreichen und das Land erst dadurch seine ganze umfassende Productivkraft zu entwickeln vermag. Sie werden nun unsere darauf gerichteten Bemühungen mit Ihren persönlich in zwei Welttheilen gesammelten Erfahrungen unterstützen. Ein Wort sey mir vergönnt zur Entschuldigung daß ich unter so vielen weit mehr dazu geeigneten Männern mich erhob, was gewiß nicht aus Anmaßung geschah. In meiner Eigenschaft als Lehrer der politischen Oekonomie an hiesiger Hochschule fühlte ich den Drang Ihnen meine Erkenntlichkeit für den Impuls öffentlich auszusprechen welcher aus Ihren Schriften zu weiteren Forschungen in dieser Wissenschaft ausging; ich erhob meine Stimme als Mitglied des österreichischen Gewerbsvereines, dem in noch höherer Beziehung anzugehören ich mir stets zur Ehre schätzte, ich fühle mich Ihnen endlich geistesverwandt durch jenen Gemeinsinn den ich bei mannichfaltigen Gelegenheiten zu bethätigen strebte. Schon genießen Sie die große Befriedigung, die Saat die Sie ausgestreut haben, in dem



Emporkommen des Eisenbahnwesens und der deutschen Industrie schöne Früchte bringen zu sehen. Möchten Sie noch recht lange und in immer größerem Umfange dieses Lohnes sich erfreuen.““

„Ein auf den Gefeierten ausgebrachter Toast beschloß die Rede des Hrn. Regierungsrathes Kudler, die hierauf von Dr. List folgendermaßen erwidert wurde:

„„Bestürmt von Gefühlen der Dankbarkeit und Rührung fühle ich mich kaum der Rede mächtig. Auf einen solchen Toast — nach einem solchen Zurufe — von einer solchen Versammlung — wie soll ich Worte der Erwiderung finden! — Möge der Himmel mir Kraft verleihen das Wohlwollen zu verdienen, womit Sie einen Toast aufgenommen haben der, bevorwortet von dem verdienstvollen Vorstande Ihres so segensreich wirkenden Gewerbsvereines, und ausgebracht von einer der ersten Zierden Ihrer Hochschule, bis zur Beschämung ehrenvoll für mich ist.

„„Ich zähle den heutigen Tag unter die glücklichsten meines Lebens; denn was könnte einem einfachen Publicisten wünschenswertheres zu Theil werden als der öffentliche Beifall so großer Notabilitäten, wie ich sie in diesem Saale versammelt sehe. Thörichter Eitelkeit wäre ich jedoch zu bezichtigen, würde ich das heutige Fest auf Rechnung meiner unbedeutenden Persönlichkeit setzen. Ohne Zweifel haben Sie nur meine zufällige Anwesenheit in dieser Kaiserstadt als eine längst ersehnte und willkommene Veranlassung benützen wollen, um Ihre Sympathie für die übrigen Bruderstämme deutscher Nation an den Tag zu legen.

„„Als ich vor beinahe einem Vierteljahrhundert mit einigen Genossen von einer deutschen Hauptstadt zur andern wanderte, um für die Idee eines allgemeinen deutschen Handelsbundes Theilnahme zu erwecken, da richteten wir zuerst unsere Schritte nach dieser Kaiserstadt. Geboren und zum Theil erzogen unter dem beglückenden Scepter der deutschen Kaiser, habe ich den Namen Oesterreichs von Jugend auf im Herzen getragen. Nicht aber Gefühle allein leiteten unsere Schritte nach dieser Hauptstadt, sondern die Ueberzeugung daß in allen großen und nationalen Angelegenheiten der Deutschen, sollen sie zur Vollendung reifen, das Kaiserreich an der Spitze stehen müsse.

„„Damals standen unsern jugendlichen Wünschen unübersteigliche Hindernisse im Wege. Seitdem ist ein Vierteljahrhundert verflossen, bei weitem das folgenreichste in der ganzen Geschichte der Friedenszeiten des Continents. Gewaltige Erfindungen sind in dieser Periode ans Licht getreten und haben die Völker zum Wettstreit in der Industrie angespornt. Große Capitale wurden erspart und griffen überall dem Gewerbleiß und Handel unter die Arme. Neue Transportmittel von unermeßlicher Wirksamkeit sind ins Leben getreten, oder bereiten sich vor den inneren Verkehr in einer bis jetzt unerhörten Weise zu beleben. Deutschland hat inzwischen begriffen durch welche Mittel sein auswärtiger Handel zu fördern sey. Der Zollverein, von kleinem Anfang größer und immer größer geworden, hat endlich durch den belgischen Vertrag auch die Macht erlangt alle noch nicht unirten Städte und kleineren Länder des deutschen Bundes in das Bereich seiner Zolllinien zu ziehen, und seine Schifffahrt nicht minder als seinen auswärtigen Handel zu fördern. Bald werden nur noch zwei Handelskörper in Deutschland neben einander stehen: Oesterreich und der Zollverein.

„„Unter solchen Umständen wie natürlich ist der Wunsch — bei denjenigen zumal die nicht unmittelbar in der Industrie betheilig sind — es möchten auch die letzten Schranken fallen die den Deutschen von dem Deutschen trennen. Ich meines Orts, wie sehr ich diesen patriotischen Wunsch theile, habe die Schwierigkeiten die seiner Erfüllung im Wege stehen, mir selbst und Andern niemals verhehlt.



Ich kann mich deßhalb auf ein offenkundiges Votum berufen, das schon vor zwei Jahren über diese wichtige Frage von mir abgegeben worden ist. Seitdem habe ich nichts gehört oder gelesen, was vermögend gewesen wäre meine damalige Ueberzeugung im geringsten zu ändern. Gegenwärtig und für eine Reihe von Jahren dürften nach meiner Ansicht nur einzelne wechselseitige Verkehrserleichterungen ausführbar seyn, und zwar nur solche deren Nützlichkeit für beide Theile auf flacher Hand liegt. Hoffen wir es möge auf diesem Wege der allmählichen Annäherungen den hohen Regierungen gelingen die Wünsche der Völker dergestalt zu erfüllen daß die endliche commercielle Nationaleinigung Keinem Schaden zufügt und Allen Vortheil bringt. Hoffen wir insbesondere daß das Princip eines zureichenden Schutzes gegen fremde Nationen unter allen Umständen unerschüttert bleibe.

„„Gewiß spreche ich nur aus Ihrer Seele, hochzuverehrende Herren, wenn ich bei dieser Gelegenheit der hohen Energie und Intelligenz, womit die kaiserl. Regierung dem übrigen Deutschland in Herstellung eines nationalen Transportsystemes vorangeschritten ist, meine Bewunderung zolle.““

„„Vielleicht auch stimmen Sie mit mir überein, wenn ich den Wunsch äußere daß eine benachbarte Nation, eine der deutschen verbrüdete Nation, eine Nation voll Hochsinn und Loyalität, in ihrem edeln, wenn auch vielleicht zu raschen und ungestümen Streben nach gesellschaftlicher Vervollkommnung und materieller Verbesserung, und insbesondere in Herstellung eines verbesserten Transportsystems, der Grundbedingung aller Entwicklung und alles Fortschrittes, durch deutsche Privatkräfte aufs nachdrücklichste unterstützt werde.

„„Sicher aber, hochzuverehrende Herren, bin ich Ihrer Zustimmung, wenn ich den Abfluß deutscher Capital- und Arbeitskräfte, die kostspielige Auswanderung deutscher Brüder nach fernen überseeischen, unbekanntem, rechtlosen und ungesunden, nach pestilenzialischen Wüsten und Wildnissen, als eine thörichte und schädliche Vergeudung der Nationalkräfte, als ein großes Nationalübel betrachte, wenn ich den Wunsch hege, der deutsche Auswanderer möchte in den herrlichen Uferländern der Donau einen Rechtszustand und eine Aufnahme finden, wodurch er vermocht würde seine Verpflanzung auf eine seiner individuellen Wohlfahrt und den national-ökonomischen und politischen Interessen, so wie der Ehre seines Vaterlandes besser entsprechende Weise zu bewerkstelligen.

„„Erlauben Sie, hochzuverehrende Herren, daß auch ich einen Toast bringe: Deutschland — in Wissenschaft und Kunst, in Litteratur und Gesittung ein Stern erster Größe unter den Nationen der Erde — Deutschland — bestimmt durch seine natürlichen Hilfsquellen, durch die Tüchtigkeit seiner Völker und durch eine weise Handelspolitik das reichste Land des europäischen Continents zu werden — Deutschland — durch Einheit und innere Entwicklung berufen zu der hohen Stellung eines ersten Garanten des europäischen Friedens — Deutschland! unser großes und herrliches, unser gemeinsames und geliebtes Vaterland lebe hoch!““

„Hierauf folgte ein Toast auf Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns Gedeihen. Das hiedurch angeregte ungarische Interesse gab der Versammlung sogleich Gelegenheit einen Magyar selbst hierüber zu hören. Hofagent Kis beehrte das Wort. Indem er den mächtigen Anklang berührte, welchen List's nationalökonomische Schriften in Ungarn gefunden hatten, führte er aus, wie es das Wohl seines Vaterlandes erheische sich dem Bruderlande Deutschland, vorzüglich dem Kaiserstaate selbst anzuschließen, wie der Ungar sehr wohl erkenne daß seine ächte Gesittung nur vom Westen her sich vollziehe, wie daher von diesem aus der Ueberrest



der uncultivirten asiatischen Naturkraft umgebildet werden müsse. Zugleich aber flammte das Wort des Redners für die ungetrübte Aufrechterhaltung der Reinheit der ungarischen Nationalität und der Verfassung seines Vaterlandes. Ein hundertstimmiges Eljen! folgte dem begeisterten Schlusse seiner Rede. Nach einer kurzen Erwiderung List's sprach Freiherr von Sommaruga (jun.) über die Nothwendigkeit daß ein Jeder auch auf seinem individuellen Standpunkte sich an der Fortbildung der großen nationalen Interessen betheilige. Nun brachte die Poesie dem Nationalökonomem ihre Spenden. Bauernfeld<sup>15)</sup> trug ein sehr gelungenes Gedicht vor, worin er den Welthandel und den Verkehr mit Gedanken als das letzte Ziel des Zollvereins behandelte und dem deutschen Michel einige satyrische Bonbons an die träumerische Stirn warf. Castelli wies in einem launigen und witzigen Gedichte, worin ein zum Festmahle nicht geladener Bauer seine derben Reflexionen anstellt, auf die hohe Bedeutung des Bauernstandes, als der Ceres der Volkswirtschaft hin. Darauf begrüßte Löwenthal den Stifter des Zollvereins in entsprechender Weise, und L. A. Frankl in folgendem improvisirten Scherze:

Phantasie liebt heitre Verschwendung,	Doch sollt es — durch List gelingen
Edler Geiz ist Oekonomie,	Vernünftige Oekonomie
Wo ist die verbindende Wendung,	In die deutschen Länder zu bringen,
Ich suchte und fand sie nie.	Ueberböt' es alle Phantasie.
Wie sollen Poeten Dich preisen?	Drum grüß' ich Dich trefflicher Meister!
Nicht ökonomisch sind sie, —	Oekonom und Poet sind sich gleich. —
Und Staatsökonomem erweisen	Doch merk', nicht ökonomisch sind Geister
Je als Poeten sich die?	Und Herzen in Oesterreich.

„Es folgten nun Toaste auf Toaste, kleinere Vorträge von Dr. Schmit u. s. w. Ein Uhr nach Mitternacht endete ein Fest, welches wir keinen Anstand nehmen als ein vaterländisches zu bezeichnen. Die Versammlung bewies daß es ihr an dem erforderlichen Tacte nicht gebreche, um selbst die wichtigsten Angelegenheiten des Vaterlandes in würdiger Weise zu besprechen, daß es auch bei uns an Männern nicht fehle die sich ohne Rückhalt für die höchsten Interessen der Nation offen zu begeistern vermögen, ohne dabei in leere Renommistereien und burschikose Excentricitäten zu verfallen, und daß bei diesem Zweckessen nicht das Essen der Zweck war.“

Der Bericht ist, wie gesagt, wertvoll als Zeitdokument.

Es war eine ganz ungewöhnliche Ehrung, die List hier erwiesen wurde. „Man feierte“, sagte ein Zeitgenosse, „den berühmten Gast, wie vordem noch nie ein Privatmann in Österreich gefeiert worden war<sup>16)</sup>.“

Auch in Wien, der Hauptstadt des Gesamtstaats, verfehlte List nicht,

<sup>15)</sup> Bauernfelds Gedicht auf den Zollverein ist abgedruckt in der Transsilvania 1845, Nr. 2, und in seinen „Gedichten“ (Leipzig 1852, S. 165—168); er benutzt die Gelegenheit, vom Zollverein auch „Gedankenzollfreiheit“ zu fordern.

<sup>16)</sup> FRANZ SCHUSELKA, Österreichische Vor- und Rückschritte. Hamburg 1847, S. 221. — Wenn Schuselka nur den juristisch-politischen Leseverein (von 1841) als Veranstalter des Festes nennt, wird das ein Irrtum sein. Es scheinen sich mehrere Vereine zusammengetan zu haben. Den Vorsitz führte der Präsident des niederösterreichischen Gewerbsvereines. Vgl. auch den Bericht in IGNAZ KURANDAS „Grenzboten“, 1845, I, 63 ff.



die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Angelegenheiten Ungarns zu lenken und ihr insbesondere sein Einwanderungsprogramm — als Voraussetzung für die Größe Ungarns — ans Herz zu legen. „Sicher bin ich Ihrer Zustimmung, wenn ich den Wunsch hege, der deutsche Auswanderer möchte in den herrlichen Uferländern der Donau einen Rechtszustand und eine Aufnahme finden, wodurch er vermocht würde, seine Verpflanzung auf eine seiner individuellen Wohlfahrt und den national-ökonomischen und politischen Interessen, sowie der Ehre seines Vaterlandes besser entsprechende Weise zu bewerkstelligen.“

Das war im deutschen Wien. In welcher Achtung aber List auch in Ungarn, und zwar gerade auch bei den Madjaren, stand, zeigt der Bericht von FRANZ PULSZKY, dem Freund Kossuths, über Lists Aufenthalt in Preßburg, der Stadt des ungarischen Reichstages; wir müssen auch ihn hier mitteilen (Allgemeine Zeitung Nr. 322 vom 17. November 1844):

„Preßburg, 11. Nov. Dr. List befindet sich noch immer in unserer Mitte, und ist der Gegenstand der Aufmerksamkeit aller Classen. Vielleicht ist noch nie einem Fremden in Ungarn so viele Ehre widerfahren. Kaum ans Land gestiegen, drängten sich bei ihm die Einladungen zu Gastmahlen, Banketten und Reunions, und in die verschiedenen Casinos, nicht nur von Seite der beiden Parteien der Magnaten und Deputirten, sondern auch der höchsten Kron- und Staatsbeamten, wie z. B. des Oberhofkanzlers Grafen v. Majláth, des Judex Curiae Hrn. v. Majláth und des Präsidenten der ungarischen Hofkammer Hrn. Grafen v. Széchen. Von Seite der conservativen Partei gaben die Grafen Felix Zichy und Georg Andrassy, von Seite der Opposition Graf Casimir Batthyány glänzende Gastmahle. Bei letzterm waren der berühmte Graf Stephan Szécsény, der Vater der ungarischen Reform, der Graf Ludwig Batthyány, das talentvolle Haupt der magnatischen Opposition, und nebst noch mehreren Magnaten von der Opposition, die Häupter der Ständetafel, v. Klauzál, v. Beöthy, v. Bezeregy, v. Szentkirály und v. Pázmándy zugegen. Es wurden dort Reden gehalten, welche Ihnen mitzutheilen ich vielleicht später in den Stand werde gesetzt werden. Um sich diese große Popularität zu erklären, muß man wissen daß Dr. List's Werk „das nationale System der politischen Oekonomie“ in der Originalsprache oder in einer sehr gelungenen magyarischen Übersetzung seit drei Jahren bei uns in den Händen aller Gebildeten ist, und der öffentlichen Meinung des Landes eine ganz neue Richtung gegeben hat, dergestalt daß seit anderthalb Jahren die Säle unsrer gesetzgebenden Körper von List's Namen wiederhallen, so oft von Handel und Industrie, von Eisenbahnen oder Zöllen die Rede ist. Jeder wollte also den Mann kennen lernen, der in so klarer und eindringlicher Weise zu ganzen Nationen zu reden weiß. Auch geruhte der Erzherzog Palatin ihn schon



am zweiten Tag nach seiner Ankunft mit einer Audienz zu begnadigen, und aus der Dauer derselben schließt man wohl nicht mit Unrecht, der deutsche Nationalökonom habe in dieser hohen Region einen besonders günstigen Eindruck gemacht. Andererseits wandten sich an ihn die angesehensten Bürger, Kaufleute und Industriellen der Stadt Preßburg, um ihn über ihre städtischen Interessen zu consultiren, und Einsender spricht aus eigenem Wissen und aus eigener Theilnahme, wenn er versichert daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein ungewöhnlicher Aufschwung der industriellen und commerciellen Zustände unsrer Stadt sich von Dr. List's Anwesenheit unter uns datiren wird. In gleicher Absicht sind gestern (das ist: am 10. November, Pulszky hat den Bericht am 11. November geschrieben) und heute Deputirte aus entfernten königlichen Freistädten hier angekommen um ihn einzuladen sie mit einem Besuch zu beehren, und ihnen mit gutem Rath in Verbesserung ihrer industriellen und commerciellen Zustände beizustehen . . .

Mehrere der begütertsten Magnaten haben gegen ihn ihre Geneigtheit zu kolonisieren erklärt, und die königliche Hofkammer soll um so weniger abgeneigt sein, auf Dr. Lists Vorschläge einzugehen, als auf Veranlassung des erleuchteten Präsidenten der kaiserlichen Hofkammer bereits ähnliche Kolonisationsversuche, wie Dr. List sie beabsichtigt, eingeleitet worden sind.“

Da steht es mit dürren Worten, und zwar mit den Worten eines Nichtdeutschen: List hat „der öffentlichen Meinung des Landes eine ganz neue Richtung gegeben“. Er, der Privatmann, war in Ungarn eine geistige Macht geworden.

Aber wo bleibt bei alledem Siebenbürgen? Wo bleiben insbesondere die Siebenbürger Sachsen? Was hat List ihnen zu raten?

## 2. List und die Siebenbürger Sachsen

Die Antwort ist: für Siebenbürgen hat List kein spezielles Interesse; es liegt nicht an der Donau. Er erwähnt es nur gelegentlich als ein Nachbarland Ungarns<sup>17)</sup>. Als solches wird es von der Transportverbesserung in Ungarn, von der national-ökonomischen Reform Ungarns natürlich auch einen Gewinn haben. Aber eigene Gedanken sich über Siebenbürgen zu machen, hatte List bisher keinen Anlaß.

Zunächst galt es, seinen großen Grundgedanken auszusprechen: Ungarn durch Einwanderung und andere Mittel zu einem Instrument der friedlichen Gewinnung aller unteren Donauländer zu entwickeln. Die Einzelfragen waren cura posterior.

<sup>17)</sup> Dreimal wird es in den Gesammelten Schriften erwähnt: III, 499. V, 504, 517. VII, 189 f.



Mit ihnen sich auseinanderzusetzen, war es Zeit, bis er selbst durch eigenes Nachdenken auf sie geführt wurde oder bis ein anderer diese Frage von außen an ihn herantrug und sie ihm zur Beantwortung vorlegte.

Als List nach seiner Rückkehr aus Ungarn in Wien lebte, drängten sich viele Menschen an ihn heran, um ihm die speziellen Fragen, die sie beschäftigten, vorzulegen und den Rat des vielerfahrenen Mannes zu hören. Unter den vielen wandte sich auch ein Siebenbürger Sachse, der in Wien lebte, an List; berufener konnte kaum einer sein. Es war FRANZ CONRAD, der siebenbürgische Hofagent, er hatte also von Amts wegen die Interessen Siebenbürgens in Wien zu vertreten; als Siebenbürger Sachse vertrat er insbesondere die Interessen der Sachsen. Es ist derselbe Franz Conrad, den wir als Freund Stephan Ludwig Roths kennen<sup>18)</sup>; derselbe, der nur ein Vierteljahr später, am 18. März 1845, den Brief an Roth schrieb, der diesen veranlaßte, nach Württemberg zu fahren, um von dort tüchtige Landwirte nach Siebenbürgen zu holen. Conrad hatte bereits zweimal mit List gesprochen, zum dritten Male war er jetzt bei dem Festmahl mit ihm zusammen; hier brachte er als Siebenbürger Sachse sogar ein Hoch auf List aus.

Was er wollte und erreichte, sehen wir am besten aus dem Brief, den er am Tage nach dem Festmahl, am 24. Dezember 1844, an einen Freund schrieb und durch diesen in der „Transsilvania“, dem Beiblatt zum „Siebenbürger Boten“ in Hermannstadt, veröffentlichen ließ<sup>19)</sup>.

Der Redakteur der Transsilvania, damals FRIEDRICH HANN<sup>20)</sup>, nahm den Brief gern auf und benutzte die Gelegenheit, diese Nummer (Nr. 2) zu einer List-Nummer zu machen.

An die Spitze des Blattes, das er jedesmal mit einem andern Motto einleitete, setzte er diesmal ein Wort von List, aus seinem Nationalen System der politischen Ökonomie: „Überall und zu jeder Zeit sind Intelligenz, Moralität und Tätigkeit der Bürger mit dem Wohlstand der Nation in gleichem Verhältnis gestanden, haben die Reichtümer mit diese (sic!) Eigenschaften zu- oder abgenommen.“ Er bittet, dem Blatt auch fortan ähnliche Mitteilungen zugehen zu lassen und begrüßt die Aussicht auf einen Besuch Lists in Hermannstadt mit Begeisterung: „Wolle der Himmel

<sup>18)</sup> Südostdeutsche Forschungen 1939, S. 791—794.

<sup>19)</sup> Dieser Freund war nicht ROTH; denn er redet ihn mit Sie an, während er sich mit Roth duzte. CONRAD wird den Brief aus praktischen Gründen an einen Landsmann gerichtet haben, der in Hermannstadt selbst wohnte und den Brief leicht an die Transsilvania weitergeben konnte.

<sup>20)</sup> Später war Hann in Wien, in der Redaktion der „Austria“, des Organs des Handelsministeriums tätig (unter Höfken); dort starb er früh (1852). — Eine Übersicht über alle Siebenbürger Sachsen, die in der Zeit von etwa 1840 bis 1867 in Wien gelebt und über die Tätigkeit, die sie dort ausgeübt haben, wäre sehr dankenswert.



den weltberühmten Meister der materiellen Grundkräfte der Völker baldigst zu uns führen! Er möge sich überzeugen, daß auch dieses Glied in der großen Länderkarte Europas den Drang der Zeit nach materiellem Wohlstand, als erster Stufe auf der Leiter europäischer Civilisation, empfunden hat; überzeugen, daß dieses Land die Ankunft des vielerfahrenen, seltenen Mannes als eine höhere Schickung betrachtet, deren segensreiche Wirkungen es nach ihrem ganzen Gewicht zu würdigen versteht.“

Außer dem Brief brachte er auch den Toast zum Abdruck, den BAUERNFELD an dem Listabend auf den Zollverein ausgebracht hatte. (Conrad hat das Gedicht offenbar mitgeschickt.) Conrads Brief selbst aber lautet:

Brief über Dr. Fr. List.

Wien, 24. December 1844.

Mit Vergnügen höre ich, daß Sie Mitarbeiter sind an der „Transsilvania“; so theile ich Ihnen denn etwas mit, was Transsilvanien betrifft.

Nachdem ich schon zweimal mit Herrn Dr. List die Kolonisierungsfrage verhandelt, war ich Mitgenosse des Festes, was ihm gestern Abend der hiesige juridisch-politische Leseverein, der Gewerbsverein, und ausgezeichnete hiesige Schriftsteller gaben. 160 Gedecke, alles nach Wiener Art gewählt; Champagner und Toaste auf den geliebten Monarchen, die Großen des Reichs als Förderer Oesterreich's Wohl, auf Zollverein, Eisenbahnen u. s. w. in Strömen ausgebracht, von Männern aller Lande der glorreichen österreichischen Monarchie, des Auslandes, selbst Nordamerika's. Als nun auch für Ungarn eine Stimme ertönte, so trieb mich das Gefühl, auch meines Vaterlandes zu gedenken. Folgendes ist, worauf ich mich noch aus meinem Toaste erinnere:

Auch von den sieben Burgen der südlichsten Grenze der Monarchie ertöne ein Lebehoch dem Verfasser des nationalen Systems der politischen Oekonomie. So wie der Gefeierte es that, so durchzieht seine Lehre Länder und Meere. Doch weiter und weiter verbreitet sich sein Wort; auch nach Siebenbürgen drang es ein, wird keimen und reifen zur schönsten Ernte; dies Land wird ferner bewähren, was Jahrhunderte zeigten, daß die Interessen Siebenbürgens es fest an Oesterreich's, fest an Deutschland's Intelligenz und Nationalökonomie knüpfen. In diesem Lande lebt auch ein kleines, aber fleißiges und treues landständiges Völkchen, das Volk der Sachsen, stark an Willen, in Landbau, Gewerben und Handel anstrebend, doch klein an Zahl; Dr. List rufe ich auf! seinen Rath zu dessen Mehrung! — National-Wohl im Geist des ergrauten Lehrers sei unser Wahlspruch! Siebenbürgens herzlicher Nachruf! Doktor List lebe hoch!

Gerührt erwiderte er: „ich ziehe hin, kennen will ich das gelobte Ländchen, kennen auch die Sachsen, will rathen und helfen.“



Vermuthlich begrüßen Sie ihn schon nächstes Jahr in Hermann's Mauern gastfreundlich und herzlich.

Ihr Freund

F. C.

Conrad war es also tatsächlich gelungen, in persönliche Fühlung mit List zu kommen. Er hatte Lists Rat für die Mehrung des Wohlstandes seines Volkes erbeten und seine Teilnahme gewonnen. Gerührt erwiderte List: „Ich ziehe hin, kennen will ich das gelobte Ländchen, kennen auch die Sachsen, will raten und helfen.“ Conrad hoffte, List werde seine Absicht schon im Frühjahr 1845 ausführen und Hermannstadt besuchen. Dort hätte List eine großartige Aufnahme gefunden.

Es ist kaum zu bezweifeln, hätte List länger gelebt (sein Tod am 30. November 1846 machte allen weiteren Plänen ein jähes Ende), so hätte sein Interesse für Ungarn, für die Weckung seiner latenten Kräfte ihn bald zum zweiten Male in dies Land geführt; vielleicht hätte er dann auch Zeit gefunden, einen Abstecher nach Siebenbürgen zu machen. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob sein Besuch den Sachsen wirklich hätte nützen können. Gerade in der wichtigsten Frage ging List seinen eigenen Weg; auf ihm hätten ihm die Sachsen nicht folgen können, ohne sich selbst aufzugeben. In Wahrheit: bei einem Besuch Lists in Hermannstadt wäre der innere Gegensatz, der zwischen Conrad und List in dieser Frage bestand, leicht offen zum Ausbruch gekommen.

Für die Stärkung des eigenen Volkstums hatten die Sachsen von List nichts zu erwarten. Ein Zustrom von Einwanderern, die sich — im Sinne Lists — mit den Madjaren verschmelzen sollten, mußte ihnen geradezu lebensgefährlich werden.

Daraus folgt: der Einwanderungsgedanke ist in Siebenbürgen unabhängig von List entstanden. Wie aber ist er dann entstanden?

## II. Der Einwanderungsgedanke in Siebenbürgen

Will man den Einwanderungsgedanken in Siebenbürgen verstehen, so muß man die — in ihrer Art immerhin großartige — Konzeption Lists vergessen. Nichts von den großen Volksmassen, die List in Bewegung setzen will; nichts von den weitschauenden wirtschaftspolitischen und politischen Zielen, die er bis ans Schwarze Meer verfolgt.

Die Siebenbürger Sachsen haben viel bescheidenere Ziele: sie wollen sich ihrer Haut wehren und sich von den mitwohnenden Nationen nicht an die Wand drücken lassen. Auch in Siebenbürgen regt sich bereits mächtig — von der Entwicklung in Ungarn beschwingt — der madjarische Gedanke. Auf dem siebenbürgischen Landtag stehen die Sachsen als kleinster Landstand zwei madjarischen Landständen, dem Adel und den Szeklern gegen-



über. Auf den Landtagen<sup>21)</sup> haben es die Sachsen schwer, sich ihrer Haut zu wehren. Aus dieser Situation heraus mußte beinahe zwangsläufig bei ihnen der Gedanke entstehen: wie viel leichter hätten wir es doch, wenn unsere Zahl größer wäre! Was können wir tun, um unsere Zahl zu vermehren? Aus dieser Situation heraus, zeigt G. A. SCHULLER in seinem immer wieder zu zitierenden Aufsatz über die Einwanderung von Württembergern in das Sachsenland<sup>22)</sup>, ist denn auch tatsächlich der Gedanke, das Sachsenvolk durch Zuwanderung zu stärken, zuerst ausgesprochen, und zwar im Kreise um BEDEUS, Ende der Dreißigerjahre. „Früher dürfte der Gedanke kaum Beachtung gefunden haben, selbst wenn ein besinnlicher Kopf ihn auch gehegt haben möchte“ (S. 260).

Der Gedanke ist also auf sächsischem Boden erwachsen.

Wer ihn zuerst gehabt hat, wird sich schwer feststellen lassen. Ist ein Einzelner Urheber eines solchen Gedankens? Geht er nicht eher aus der gemeinsamen Sorge der Verantwortlichen hervor? Mit einem Male ist er da, man kann nicht sagen, wer ihn zuerst ausgesprochen hat; der ganze Kreis ist sein Träger.

Immerhin wird es vielleicht möglich sein, festzustellen, wer in besonderem Maße Träger des Gedankens geworden ist.

Zunächst: nichts spricht dafür, daß BEDEUS selbst der Hauptverfechter dieses Gedankens gewesen ist. — Das geht aus der großen Bedeus-Biographie von FRIEDENFELS hervor<sup>23)</sup>. Ihr Verfasser, Eugen Friedenfel, stand im allernächsten Verhältnis zu dem Helden seines Buches: er war sein Stiefsohn, hatte lange in seinem Hause gelebt und war genau mit seinem Leben und seinen Gedanken vertraut. Darnach war Bedeus zwar auch einer der Förderer des Unternehmens; aber nirgends findet sich ein Hinweis, daß er im besonderen Maße mit ihm verwachsen war. Und das hätte sein Stiefsohn wissen müssen. War er doch zur Zeit, als der Rothsche Kolonisationsversuch im Gange war, bereits als junger Beamter in Wien tätig, und zwar in eben der Behörde, die die Angelegenheit amtlich zu bearbeiten hatte, der siebenbürgischen Hofkanzlei; 1844 (August) bis 1848

<sup>21)</sup> Die Landtage fanden statt in den Jahren 1834/35, 1837/38, 1841—1843, 1846/47.

<sup>22)</sup> Landwirtschaftl. Blätter für Siebenbürgen. 1922, S. 260 ff. Vgl. dazu meine Roth-Aufsätze in den Südostdeutschen Forschungen 1938, S. 791 ff.; 1939, S. 750.

<sup>23)</sup> EUGEN FRIEDENFELS, Joseph Bedeus von Scharberg. Beiträge zur Zeitgeschichte Siebenbürgens im 19. Jahrhundert. 2 Bde. Neue Ausgabe. Wien 1885.

Der Verfasser, der selbst noch die Zeit der sächsischen Eigenverwaltung und die Zeit vor 1848 miterlebt hatte, hat es sich angelegen sein lassen, die versunkene Welt jener Tage den Lesern lebendig zu machen. Dazu dienen zahlreiche Exkurse, in denen die Verfassungs- und Verwaltungsfragen eingehend behandelt werden.



stand er hier als „Hofkonzipist“<sup>24</sup>), und zwar an einer Stelle, wo er die Arbeiten dieser Behörde genau kennenlernen mußte: der Vizepräsident der siebenbürgischen Hofkanzlei, Baron SAMUEL JOSIKA (einen Präsidenten hatte sie damals nicht, Josika war also der tatsächliche Präsident der Hofkanzlei) hatte ihn in sein Präsidialbüro aufgenommen. Friedenfels war also für seine Darstellung nicht nur auf die Mitteilungen seines Stiefvaters angewiesen, er hatte die Sache am maßgebenden Ort selbst miterlebt. Dadurch gewinnt sein Exkurs über die Schwabeneinwanderung (Bd. I, S. 395 bis 402) geradezu Quellenwert; Quellenwert nämlich für die Vorgänge, die sich in der siebenbürgischen Hofkanzlei abspielten; hier lernte er die Freunde und die Gegner der Einwanderung kennen.

Die Stelle aber, die der Einwanderung die größten Hindernisse bereitete, war die siebenbürgische Hofkanzlei selbst: ihr Chef, Baron Samuel Josika, war Gegner der Einwanderung<sup>25</sup>); die terroristische Haltung der Hofkanzlei schreckte nach Friedenfels (Bd. I, S. 400) die meisten ab, „sich für die Einwanderung zu exponieren und zwang auch die Entschlossensten zur vorsichtigen Zurückhaltung“. Hofkanzlei und Gubernium (das heißt: die Reichsbehörde für Siebenbürgen in Wien und die siebenbürgische Landesbehörde in Klausenburg) trugen „noch lange den Personen, die auch nur im Verdachte standen, hierbei mitgewirkt zu haben (Hofagent Franz Conrad, Ludwig Rosenfeld, Bedeus, Friedenfels u. a. m.), besonders aber dem Pfarrer Stephan Ludwig Roth . . . die Beteiligung an dieser Angelegenheit in gehässiger Weise nach“.

Hier haben wir also die Namen der wichtigsten Förderer der Sache: in Siebenbürgen BEDEUS, in Wien FRANZ CONRAD und LUDWIG ROSENFELD, dazu auch der junge EUGEN FRIEDENFELS; letzterer war noch zu jung, um viel zu bedeuten, hat aber doch ein Recht, sich als Konzipisten der siebenbürgischen Hofkanzlei mitzunennen. Von den beiden andern, Franz Conrad und Ludwig Rosenfeld, war Rosenfeld in der wichtigsten Position: er war Hofrat bei der Staatskonferenz<sup>26</sup>). In dieser Stellung konnte

<sup>24</sup>) Er war 1819 geboren, also damals (1845/46) 26/27 Jahre alt. Im Sturmjahr 1848 war er sächsischer Abgeordneter im ersten ungarischen Reichstag, der in Pest stattfand. TRAUSSCH III, 566.

<sup>25</sup>) JOSIKA war seit November 1844 Vize-Hofkanzler. Erst 1848 wurde er (vom siebenbürgischen Landtag) zum Hofkanzler gewählt.

<sup>26</sup>) Rosenfelds Laufbahn war diese: er trat 1838 in Wien als Hofsekretär in die k. k. allgemeine Hofkammer ein, die nach der Revolution zum k. k. Finanzministerium umgestaltet wurde. Er wurde am 2. Dezember 1843 zum Regierungsrat befördert und der Staatskonferenz zugeteilt, wo er am 28. Oktober 1845 in die Stellung als Hofrat und Protokollführer einrückte. In dieser Stellung blieb er bis zur Revolution. 1849 trat er zu der Zentralstelle für das Finanzwesen zurück, jetzt genannt k. k. Finanzministerium. 1858 Sektionschef (unter dem Finanzminister



er die Angelegenheit tatsächlich wesentlich fördern. Als nämlich die siebenbürgische Hofkanzlei an den Statuten des in der Bildung begriffenen Landwirtschaftsvereins Anstoß nahm, weil er die Einberufung von deutschländischen Landwirten für die Hebung der sächsischen Landwirtschaft in Aussicht nahm, war es Rosenfeld, dessen Eingreifen dies Hindernis überwand: „durch die Vermittlung des Hofrates Rosenfeld, der auch von jeher sehr für die Einwanderung eingenommen war<sup>27)</sup>, wurden die beanständeten Worte allerhöchsten Ortes nicht gestrichen“ (Bd. I, S. 161 f.). Rosenfeld ist der Hauptprotector der Sache.

Noch deutlicher spricht eine Stelle, die Friedenfels aus dem Originalmanuskript seines Stiefvaters mitteilt; in ihr spricht also Bedeus in eigener Person (I, 168): „Schon seit dem ersten Frühjahre verlauteten verschiedene Gerüchte, daß Baron Josika mit Hofrat Rosenfeld sehr gespannt sei.“ Diese Gerüchte waren auch außerhalb Wiens verbreitet. Auch in Klausenburg, dem Sitz der siebenbürgischen Landesbehörde, kannte man sie. Dort hörte der siebenbürgische (madjarische) Graf JOSEPH KEMÉNY auf Gerend von ihnen und gab sie brieflich an ANTON KURZ weiter: „der hohe dikasterialische Horizont solle in Wien etwas trübe aussehen; denn man behauptet: entweder Josika oder Rosenfeld soll in kurzer Zeit stürzen“ (Brief vom 8. Mai 1846)<sup>28)</sup>. Die Spannung war also recht bedeutend. „Hiezu kam“, fährt Friedenfels fort, „Rosenfelds gehätscheltes Steckenpferd<sup>29)</sup>, die Einwanderung der Schwaben, die er um jeden Preis zu fördern trachtete. Dies kam dem Hofkanzleipräsidenten gerade recht; er brauchte zu der bevorstehenden Wahl (nämlich der Wahl zum Präsidenten der siebenbürgischen Hofkammer) eine Gelegenheit, sich Popularität zu verschaffen und auch die Liberalen zu gewinnen: hierzu kamen ihm die Schwaben wie gerufen und er entwickelte einen — sehr wohlfeilen Eifer zur Erschwerung und Verhinderung der Kolonisation.“ Nach alledem war Rosenfeld der Hauptträger des Einwanderungsgedankens.

Dazu stimmt es, daß er schon früher, wie G. A. SCHULLER mitteilt<sup>30)</sup>, zwei handschriftliche Aufsätze über diese Frage verfaßt hat. Sie tragen die

---

Freiherrn von Bruck, 1855—1860), 1865 Ruhestand und Erhebung in den Freiherrenstand. 1869 gestorben. Nach FRIEDENFELS, Bedeus I, 240—295; vgl. WURZBACH und TRAUSSCH, Schriftsteller-Lexikon der Siebenbürger Deutschen III, 125.

Über die Kompetenzen von Staatskonferenz und Staatsrat siehe den Exkurs bei FRIEDENFELS I, 331—341.

<sup>27)</sup> Von uns gesperrt.

<sup>28)</sup> Ungedruckte Briefe des Grafen Joseph Kemény an Anton Kurz. Magazin für Geschichte, Literatur und alle Denk- und Merkwürdigkeiten Siebenbürgens. Neue Folge. Kronstadt 1860, S. 241.

<sup>29)</sup> Von uns gesperrt.

<sup>30)</sup> Landwirtschaftliche Blätter 1922, S. 270.



Jahreszahl 1840. Mag ihre definitive Gestalt auch von Lists Veröffentlichungen beeinflußt sein, ihre Urgestalt ist älter; schon 1841 (als List noch gar nicht von der Einwanderung nach Ungarn gesprochen hatte — das geschah erst 1842) nahm ein Freund (Dr. KARL LUDWIG SIGMUND) eins der Manuskripte nach Deutschland mit, sprach über das Thema des Manuskripts mit Tübinger Professoren und suchte Fühlung mit der Redaktion der (im Verlage Cotta erscheinenden) Deutschen Vierteljahresschrift<sup>31)</sup>. Die Aufsätze werden also tatsächlich in ihrer Urform bereits

<sup>31)</sup> Nach G. A. Schuller, Landwirtschaftliche Blätter für Siebenbürgen 1922, S. 270, hat SIGMUND in einem Brief vom 8. Mai 1841 aus Heidelberg berichtet, daß der Aufsatz, durch den ROSENFELD deutsche Auswanderer nach Siebenbürgen lenken wollte, „in Tübingen bei mehreren Professoren vollen Anklang gefunden hätte und in der ‚Deutschen Vierteljahresschrift‘ wohl in vollem Umfang Aufnahme finden würde“. Dort ist er nicht erschienen.

Der hierher gehörige Teil des Briefes von Sigmund an Rosenfeld, damaligen k. k. Hofsekretär der Hofkammer in Wien, lautet (nach gütiger Mitteilung von Herrn Dr. RUDOLF SPEK, dem Direktor des Brukenthalischen Museums in Hermannstadt):

„Hochgeehrter Herr Hofsekretär!

Obwohl ich nicht mehr die Freude hatte, mich bei Ihnen persönlich beurlauben zu können, so ließ ich mir die bewußte Angelegenheit doch am Herzen liegen. In Stuttgart fand ich bei den Geistlichen keinen Anklang. Desto mehr in Tübingen; der Direktor des Predigerseminars Schnürer sagte mir, die Idee sei eine ausgezeichnete und verdiene alle Förderung, er notierte sich die Hauptmomente, wie ich ihm sie (nach Ihrem Manuskript) mitteilte und verhiß mir, darüber noch des Abends mit dem Professor der Staatswissenschaften und mit dem alten Poppe zu sprechen. Den folgenden Morgen sagte er mir, ihre gemeinsame Beratung wäre dahin ausgefallen, besagte Angelegenheit entweder in dem Schwäbischen Merkur im Auszug zur Sprache zu bringen oder in der in Württemberg so verbreiteten und geachteten Deutschen Vierteljahresschrift in toto den Aufsatz zu geben, wobei der Verfasser immer ungenannt bleiben könne. Das Band zwischen den Geistlichen und den Auswanderungslustigen sei so locker, ja die Regierung selbst mißdeute den Geistlichen jede Förderung der Art so sehr, daß diese gar nichts in besagter Angelegenheit zu wirken vermögen würden. Aus Hessen sollen auch viele, sehr Vermögliche und dazu Protestanten, auswandern.

Sollten Sie an die Vierteljahresschrift etwas senden wollen, so bitte ich es an Herrn Dr. Sprengler, praktischen Arzt in Augsburg, zu schicken, welchen Sie mit Beziehung auf meinen Namen angehen wollen, durch Alenhöfer die Sache an die Redaktion gelangen zu lassen. Für einen etwaigen Auszug gibt die Redaktion des Schwäbischen Merkur gerne den Raum: Sie hätten direkt an dieselbe zu adressieren.“

Vom weiteren Verlauf der Angelegenheit wissen wir nur, daß der Aufsatz nicht in der „Deutschen Vierteljahresschrift“ erschienen ist.

Trotzdem ist es möglich, daß Rosenfeld noch einen Schritt in der Sache gemacht und sich auf dem ihm empfohlenen Wege über Augsburg an die Redaktion der „Deutschen Vierteljahresschrift“ gewendet hat (tatsächlich wurde die Redaktion von Legationsrat von Kölle in Stuttgart geführt). Dann könnte die Angelegenheit



1840 entstanden sein. ROSENFELD könnte also am ehesten, wenn wir einen einzelnen nennen wollen, der Vater des Gedankens sein.

Rosenfeld hat sich offenbar bei seinen Landsleuten wie höheren Ortes eines gewissen Ansehens erfreut. Die „Transsilvania“ in Hermannstadt, die jede Nummer mit einem Motto eröffnet, verwendet am 19. Dezember 1845 ein Wort von ihm als Motto; in dieser Nummer bringt sie einen Aufsatz über Handel und Agrikultur in der Walachei. Das Wort von Ludwig von Rosenfeld aber, das sie voranstellt, lautet: „Den Donaumündungen bedeutend näher gelegen als viele andere Länder kann Siebenbürgen, unter der Voraussetzung einer befriedigenden Qualität seiner Erzeugnisse, die Konkurrenz mit jenen um so leichter aushalten, als durch seine Lage der Weg der Waren bis zum Markte des Absatzes verkürzt, und also der Preis derselben vermindert wird.“ Es scheint sich dabei um Lists südöstlichen Gedanken zu handeln, den Rosenfeld nachträglich aufgenommen hätte. Und in der Revolutionszeit mit ihren unkontrollierbaren Nachrichten läßt sich der Freiherr von Kübeck durch Rosenfeld über die Gebiete, in denen er ihn für besonders fachkundig hält, informieren; sein Tagebuch<sup>32)</sup> vom 17. Jänner 1849 berichtet: „Rosenfeld über die Zustände in Ungarn und Siebenbürgen. Er bestärkte damit meine Besorgnisse „der unglückliche Reichstag (in Kremsier) scheint immer mehr an Gewicht zu gewinnen, obschon man ihn in der Tasche zu haben meint. Auch die neuesten Wahlen sind ungünstig und zeugen von dem Einflusse der revolutionären Partei.“

in Augsburg im Kreise der Redakteure der Allgemeinen Zeitung besprochen sein, vielleicht mit ständigen Mitarbeitern der Allgemeinen Zeitung in Augsburg, als deren wichtigster Friedrich List zu nennen ist, der sich Ende 1840 in Augsburg niedergelassen hatte. Obwohl Rosenfelds Aufsatz ungedruckt blieb, könnte er auf diese Weise doch eine gewisse anregende Wirkung gehabt und das Interesse der Beteiligten auf den Südosten (wenn auch nicht auf Siebenbürgen so doch auf Ungarn) gelenkt haben, so daß im nächsten Jahrgang (1842) der Vierteljahrsschrift nicht weniger als drei Aufsätze über den Südosten erschienen: der Aufsatz von List, den wir schon kennen, mit seinem Projekt der großzügigen Auswanderung nach Ungarn, der Aufsatz von Gustav Höfken über eine deutsche Handels- und Auswanderungs-Gesellschaft für den Südosten, den wir noch kennenlernen werden (Höfken lebte in der zweiten Hälfte des Jahres 1841, dann wieder vom November 1842 in Augsburg), ein Aufsatz von Kölle. Aber irgendeine positive Grundlage für diese Hypothese ist nicht vorhanden. Gegebenenfalls hätte G. A. Schuller dann wohl irgendeine Spur davon in den Rosenfeld-Papieren gefunden. Das Wahrscheinlichere ist also, daß Rosenfelds Aufsatz nicht zur Kenntnis von Altenhöfer und des Schriftstellerkreises in Augsburg gekommen ist.

<sup>32)</sup> Tagebücher des Carl Friedrich Freiherrn Kübeck von Kübau. Wien 1909, Bd. II. — Auch am 1. September 1848 notiert Kübeck Rosenfelds Besuch, doch hier ohne nähere Angabe: „Besuch bei Hummelauer. ROSENFELD bei mir.“ Auch hier dürfte es sich um Mitteilungen über Ungarn und Siebenbürgen gehandelt haben.



In Siebenbürgen haben wir früher gesehen, trat der Einwanderungsgedanke in zwei Formen auf<sup>33</sup>). Bei Rosenfeld und seinen Freunden ist er volkspolitisch orientiert, bei Roth, dem Manne der Praxis, wirtschaftlich; Roth ging von den Bedürfnissen der Landwirtschaft aus; deutschländische Landwirte sollten herbeigezogen werden, um auf Sachsenboden als Pioniere des rationellen Ackerbaues zu wirken. Darüber ist nichts Neues zu sagen.

Roth hat nachträglich auch den volkspolitischen Gedanken Rosenfelds aufgenommen und beide verschmolzen. Wie weit das zum Vorteil der Sache gereichte, ist eine offene Frage.

Es fügt sich, daß wir die Äußerung eines zeitgenössischen Fachmannes über Roths Kolonisationsversuch besitzen; diese Äußerung stammt aus dem Jahre 1850 und ist von GUSTAV HÖFKEN in seiner Schrift „Deutsche Auswanderung und Kolonisation im Hinblick auf Ungarn“ ausgesprochen (Wien, Verlag von Carl Gerold).

Zunächst ein Wort über Höfken und seine Stellung in der Auswanderungsfrage.

### III. Höfken und das Projekt der Kolonisierung in Ungarn

#### 1. Höfkens Anfänge

Der Name Höfken besagt uns heute nichts mehr; zu seiner Zeit war das anders. WURZBACH nennt ihn „unbedingt einen der bedeutendsten Publizisten“ seiner Zeit, und, das Gebiet andeutend, auf dem er publizistisch tätig war, fügt er hinzu: er ist Verteidiger der Schutzzölle und Anhänger Friedrich Lists.

GUSTAV HÖFKEN<sup>34</sup>) war in Hattingen in der Grafschaft Mark (bei Hagen) im Jahre 1811 geboren, hatte als preußischer Offizier begonnen, war aber bald — politischer Differenzen wegen — aus dieser Laufbahn ausgeschieden. Dann machte er zunächst den spanischen Bürgerkrieg mit,

<sup>33</sup>) Südostdeutsche Forschungen. Jg. III, S. 791 ff., Jg. IV, 1939, S. 749 f.

<sup>34</sup>) Außer den Nachschlagewerken (Wurzbach, Bd. 9; ADB, Bd. 50) siehe: EDUARD HEYCK, Die Allgemeine Zeitung 1798—1898. München 1898, S. 131 ff. — OTTO WAGNER, Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den Vierzigerjahren (1840—1848). Diss., Marburg 1935, S. 47—52, 55—57, 62—64, 86, 89—92. — FRIEDRICH LENZ, Friedrich List, Der Mann und das Werk. München-Berlin 1936, S. 179 f., 354. — P. HERMANN MESTES, Dortmund im deutschen Einigungskampf von 1848—1849. Dortmund 1937, S. 48 ff., 57, 106 f., 115—118. — P. HERMANN MESTES, Gustav Höfken. Kölnische Zeitung, 12. Januar 1937. — JOHANN KÓSA, Die ungarische Kolonisationsfrage um die Mitte des 19. Jhs. Wien 1938. SA. aus dem Jahrbuch des Graf Kuno Klebelsberg-Instituts für ungarische Geschichtsforschung in Wien, S. 32—37. (Tendenziös, mit politischen Nebenabsichten geschrieben.)



der ihm später den Stoff zu seinem ersten Buch gab<sup>35</sup>); seiner politischen Stellung gemäß kämpfte er auf der Seite der Königin-Regentin CHRISTINE für die spanische Verfassung gegen den absolutistischen DON CARLOS. Nach der Rückkehr wandte er sich der akademischen Laufbahn zu, er wollte sich in Berlin als Privatdozent niederlassen, aber die preußische Regierung schob dem einen Riegel vor; sie setzte ihn in Untersuchungshaft (1838).

Nach einigem Tasten betrat er den Weg als nationalökonomischer Schriftsteller, ohne doch den Gedanken an die akademische Laufbahn aufzugeben. Er steht deutlich unter dem Einfluß FRIEDRICH LISTS, dessen Hauptwerk, „das nationale System der politischen Ökonomie“, 1841 erschien.

Am 1. Januar 1842 übernimmt er die Redaktion der „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ in Köln<sup>36</sup>) und tritt in ihr für die Fortbildung des deutschen Zollvereins, für die Entwicklung des deutschen Handels und für die Befreiung des deutschen Volksbewußtseins von allem, was die Einigung hemme, ein. Er schlägt also wie List (und, fügen wir hier hinzu, wie Graf Széchenyi in Ungarn für die Madjaren) den indirekten Weg ein; er will durch den wirtschaftlichen Aufschwung des Volkes den politischen Fortschritt vorbereiten. Aber den leitenden Herren des Verlages ist dieser Ton zu trocken, sie wollen ein rein politisches Blatt radikaler Richtung; infolgedessen erklärt Höfken bereits am 18. Januar seinen Rücktritt. Sein (zweiter) Nachfolger in der Redaktion ist KARL MARX (im Oktober 1842), ein halbes Jahr später wird die Rheinische Zeitung verboten.

Höfken tritt nun, nach einer Reise durch Westeuropa, als Mitredakteur unter GUSTAV KOLB in die Redaktion der Allgemeinen Zeitung in Augsburg ein (Anfang November 1842)<sup>37</sup>); zwei Jahre lang (1842—1844) bleibt er in dieser Stellung, bleibt aber auch nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion in Augsburg, ist nicht nur freier Mitarbeiter der Allgemeinen Zeitung, sondern wird auch zu redaktioneller Mitarbeit herangezogen. Auch nach seinem Fortgang aus Augsburg bleibt er in freundschaftlichen Beziehungen zur Allgemeinen Zeitung; die Mitarbeit an der Allgemeinen Zei-

<sup>35</sup>) Tirocinium eines deutschen Offiziers in Spanien, 4 Bde. Stuttgart 1841, Verlag Karl Göpel.

<sup>36</sup>) JOSEPH HANSEN, Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild. Berlin 1906, Bd. I, S. 250 f. — HERMANN KÖNIG, Die Rheinische Zeitung von 1842 bis 1843 in ihrer Einstellung zur Kulturpolitik des Preußischen Staates. Münster i. W. 1927, S. 8—10. — KARL BUCHHEIM, Die Geschichte der Kölnischen Zeitung, ihre Besitzer und Mitarbeiter 1831—1850. Köln 1930, S. 33, 36.

<sup>37</sup>) EDUARD HEYCK, Die Allgemeine Zeitung 1798—1898. München 1898, S. 131 ff. Dazu direkte Mitteilungen des Cottaschen Verlages.



tung begleitet ihn durch sein ganzes Leben. Dies Verhältnis zur Allgemeinen Zeitung bedeutet wirklich etwas für ihn: die Allgemeine Zeitung war das große großdeutsche Blatt, und Höfken war großdeutsch gesinnt.

Die Augsburger Jahre sind ein wichtiger Abschnitt seines Lebens. Hier entwickelte er sich zum nationalökonomischen Schriftsteller; hier in Süddeutschland lernte der Preuße alles als Deutscher betrachten; die Richtung, die er hier vertrat, behielt er sein ganzes Leben hindurch bei: politisch großdeutsch, wirtschaftlich Anhänger des weiteren Ausbaues des Deutschen Zollvereins.

Das erste Buch seiner Augsburger Zeit „Der deutsche Zollverein in seiner Fortbildung“ (Stuttgart und Tübingen 1842, Verlag Cotta, 596 Seiten) dient der Ausgestaltung des Deutschen Zollvereins und zeigt schon im Titel den Einfluß Lists, auf dessen Anregungen die Entstehung des Zollvereins letztlich zurückgeht. List selbst zwar war dieser „Doppelgänger“ lästig. In seinen Briefen an Cotta<sup>38)</sup> (auch List lebte damals in Augsburg, auch sein Nationales System der politischen Ökonomie war bei Cotta erschienen, und dem Leiter des Verlages, dem Freiherrn GEORG VON COTTA, lag — wie schon seinem Vater — die Förderung des Zollvereins am Herzen) äußert er mehrfach seine Mißstimmung gegen ihn. Mag das an persönlichen Zufälligkeiten liegen oder mag Höfken sich seiner Abhängigkeit von List tatsächlich nicht in vollem Umfange bewußt gewesen sein und sich für selbständiger gehalten haben als er war, jedenfalls wandelt Höfken der Sache nach weitgehend in Lists Bahnen.

Noch deutlicher wird das bei Höfkens nächster Schrift. Kaum hat List in dem Schlußkapitel seines Nationalen Systems der politischen Ökonomie (1841) die Aufmerksamkeit auf die unteren Donauländer gelenkt (wir sprachen oben davon), so nimmt Höfken den Gedanken auf und führt ihn in einer eigenen Arbeit weiter aus: „Erweiterung des deutschen Handels und Einflusses durch Gesellschaften, Verträge und Ansiedlung. Mit besonderer Beziehung auf die Errichtung einer süddeutschen Handels- und Kolonisationsgesellschaft“ (Stuttgart 1842, Cotta; zuerst in der Cottaschen „Deutschen Vierteljahrsschrift“). Die Gesellschaft soll (das ist der Punkt, der uns hier angeht) eine besondere Abteilung für Ansiedlung haben<sup>39)</sup>. Die

<sup>38)</sup> Lists Schriften, Briefe, Reden. Bd. VII. — Eine polemische Auseinandersetzung LISTS mit HÖFKEN findet sich in seinem „Zollvereinsblatt“ vom 22. Juli 1845 unter dem Titel: „Die deutsche Monatsschrift über die Fragen der Zollvereinsgesetzgebung“; abgedruckt: Werke, Bd. VII, 426 ff.

<sup>39)</sup> Die Meinung von JOHANN KÓSA (S. 32), daß HÖFKEN „der Vater der ganzen Idee“ sei, ist ungenau; List ist ihr „Vater“. Kósa hat das Schlußkapitel von Lists Nationalem System der politischen Ökonomie übersehen.

In seiner Schrift vom Jahre 1842 bleibt Höfken noch ganz im Rahmen von Lists Türkei-Programm (untere Donau). Daß Höfken die Gedanken seines Aufsatzes



Ansiedlungen finden, wir wissen es, an der unteren Donau, auf türkischem Boden statt. Gleichwohl haben Süddeutschland und Österreich unmittelbares Interesse an ihnen. Denn diese Länder werden nicht immer unter dem Halbmond bleiben. Soll etwa Rußland dessen Erbe antreten? Die Ansiedlung von Deutschen soll dazu dienen, den Einfluß Österreichs (und Deutschlands) zu stärken. Im ganzen bleibt das Ansiedlungsprogramm noch etwas blaß.

Als dann List seinen Plan ausbaute und (noch 1842) das Land an der mittleren Donau, Ungarn, zum Ziel der Auswanderung machte, damit es in der Lage sei, seinen Einfluß auf die Länder an der unteren Donau auszudehnen und im Verein mit dem Deutschen Bunde und Österreich das Erbe der Türkei anzutreten, da hat auch Höfken diesen Schritt mitgemacht. Aber mit einer bedeutsamen Abwandlung. Auch Höfken wünscht, daß viele Deutsche nach Ungarn kommen, um das Land durch ihre Arbeit zur schnelleren Entwicklung zu bringen. Aber das Ziel, durch diesen Zustrom deutschen Blutes ein neumadjarisches Volk zu schaffen und ihm die Suprematie über die Völker an der unteren Donau zu erringen, teilt er nicht. Das deutsche Element in Ungarn soll erhalten bleiben; das madjarische Volk bedarf seiner als eines Bundesgenossen; sonst, meint er, läuft es Gefahr, den ihm numerisch überlegenen Slawen zu erliegen. „Nur durch das Deutschtum kann sich auch das Madjarentum behaupten.“

Entsprechend bleiben auch die Völker auf dem zur Zeit noch türkischen Boden, was sie sind. Fallen dereinst ihre Ketten, so fallen sie damit nicht der Herrschaft der Madjaren anheim, sondern sie bilden „einen freien Staatenbund im unteren Donaugebiete mit eigenen Verfassungen nach den verschiedenen Bedürfnissen der Nationalitäten zwischen der Türkei und Rußland; nur dann (bei Anerkennung des deutschen Elements) werden auch die Romanen als Ganzes ein Glied dieser freien großen Föderation bilden, deren Schutz, Rußland gegenüber, Österreich und Deutschland zu übernehmen hätten“<sup>40)</sup>.

Später hat Höfken der deutschen Kolonisation in Ungarn eine eigene Schrift gewidmet (1850). Aber inzwischen war viel geschehen, das Jahr

---

in der „Deutschen Vierteljahrsschrift“ später (1846) in einer besonderen Flugschrift des gleichen Titels wiederholt habe, ist ein Irrtum Kósas. Die Schrift erschien bereits 1842; sie ist nur eine buchhändlerisch selbständige Ausgabe des Zeitschriftenaufsatzes.

Ein halbes Jahr später veröffentlichte List dann seinen Vorschlag zur Einwanderung nach Ungarn. Auch diesen Gedanken hat Höfken übernommen, aber er hat ihn wesentlich modifiziert. Diesen modifizierten Plan hat er dann freilich mit großer Ausdauer vertreten.

<sup>40)</sup> H(ÖFKEN), Deutschlands Verhältnisse zu Ungarn. Deutsche Zeitung, 4. August 1848.



1848 hatte Europa ein anderes Aussehen gegeben; insbesondere hatte Ungarn sich in der Revolution gegen Österreich erhoben, aber die Erhebung hatte mit einer Niederlage geendet. Auch in Höfkens Leben hatte sich infolge der Ereignisse des Jahres 1848 ein bedeutender Wechsel vollzogen.

Von seinen Schriften vor der Revolution zeigt noch eine deutlich Lists Einfluß: „Belgien in seinem Verhältnis zu Frankreich und Deutschland mit Bezug auf die Frage der Unterscheidungszölle für den Zollverein“ (Stuttgart 1845, Cotta). Den Unterscheidungszöllen hatte List seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Diese drei nationalökonomischen Schriften zeigen eine einheitliche Haltung. Sie sind sämtlich im Cotta'schen Verlage erschienen. Die erste wurde für sein Leben von Bedeutung.

Außerdem hat Höfken vor 1848 noch zwei Bücher herausgegeben: „Englands Zustände, Politik und Machtentwicklung. Mit Beziehung auf Deutschland“, 2 Teile, Leipzig 1846, Verlag G. Mayer und „Vlaemisch-Belgien“, 2 Bände, Bremen 1847, Verlag Schlotdman. Da trat der Umschwung in seinem Leben ein.

1847 nämlich erhielt Höfken einen Ruf nach Heidelberg an die „Deutsche Zeitung“. Heidelberg wurde noch nicht sein bleibender Wohnort, aber es wurde eine bedeutsame Durchgangsstation für ihn.

Der „Deutschen Zeitung“, deren Gründung für den 1. Juli 1847 vorbereitet wurde, standen von vornherein ungewöhnlich viele Gelehrte zur Verfügung; sie ist dadurch tatsächlich die führende Zeitung des deutschen Liberalismus geworden. Um einen in Redaktionsgeschäften erfahrenen Praktiker zu bekommen, trat man mit Redakteuren der Allgemeinen Zeitung in Fühlung. Höfken trat gern in die Redaktion der „Deutschen Zeitung“ ein, mit ihm kam auch HERMANN MARGGRAF von Augsburg nach Heidelberg. HÖFKEN, der sich durch seine Schriften bereits einen gewissen Ruf als Volkswirtschaftler erworben hatte, wurde am Kopf der Zeitung neben GERVINUS, HÄUSSER, MATHY und MITTERMAIER als einer der fünf Herausgeber genannt.

Wenn Höfken allerdings gehofft hatte, als erfahrener Praktiker maßgebenden Einfluß auf die Zeitung gewinnen zu können, so sah er sich in dieser Erwartung getäuscht. Er blieb auf seine vertraglich festgelegten Einzelgebiete (die technische Redaktion, den spanischen und den niederländischen Artikel) beschränkt. Mehr als das: GERVINUS, die Seele der Zeitung, wurde auch so sehr ihr Kopf, daß die übrigen Herausgeber (die fünf Herausgeber waren ursprünglich als Redaktionsausschuß gedacht) ganz in den Hintergrund traten. Vom 1. Oktober 1847 an verschwinden sie vom Kopf der Zeitung. Gervinus duldet keine andern Götter neben



sich, Höfken mußte zum 1. Januar 1848 wieder aus der Redaktion ausscheiden<sup>41)</sup>.

Aber er blieb in Heidelberg. Denn Heidelberg war als wissenschaftliches wie als politisches Zentrum für ihn anziehend. Hier in der Universitätsstadt konnte er sein altes Ziel, den Eintritt in die akademische Laufbahn, wieder aufnehmen. Diesmal gelang sein Versuch. Am 21. Januar 1848 reichte er sein Gesuch um Habilitation bei der Universität ein, am 8. März wurde sein Gesuch genehmigt, am 13. Juni ist er Privatdozent.

Im Zusammenhang mit der Erteilung der *venia legendi*, als deren Voraussetzung, erwarb sich Höfken jetzt den Dokortitel; am 28. April fand der akademische Akt statt, bei dem er seine Thesen öffentlich zu verteidigen hatte. Schon einige Tage vorher, am 25. April, hatte er — nach Heidelberger Brauch ohne Ankündigung im gedruckten Vorlesungsverzeichnis<sup>42)</sup> — seine

<sup>41)</sup> Über die „Deutsche Zeitung“ siehe die Dissertation von EDUARD SCHULZE, Gervinus als politischer Journalist. Leipzig 1930. Darin über Höfken, S. 53, 69 f., 72, 78.

Bereits nach einem Jahr, im August 1848, legte Gervinus die Redaktion nieder und reiste nach Italien; formell zeichnete er noch bis zum Ende des Vierteljahrs als verantwortlicher Redakteur. Tatsächlich führte während dieser Zeit LUDWIG HÄUSSER (in Heidelberg) die Redaktionsgeschäfte, der schon seit dem Mai vielfach für Gervinus eingetreten war, da dieser — als Abgeordneter — meist in Frankfurt war. Mit dem Ausscheiden von GERVINUS war die Glanzzeit der „Deutschen Zeitung“ vorüber. Am 1. Oktober 1848 siedelte sie nach Frankfurt über.

Höfken hat wohl auch später noch, als er der Redaktion nicht mehr angehörte, gelegentlich Beiträge für die „Deutsche Zeitung“ geliefert. Z. B. dürften die Aufsätze „Siebenbürgen und Ungarn“ (Nr. 195, 15. Juli 1848), „Deutschlands Verhältnisse zu Ungarn“ (Nr. 216, 4. August 1848) von ihm stammen; sie sind gekennzeichnet durch ein lateinisches H, das an ihrer Spitze steht.

PAUL THORBECKE, Aus Deutschlands Sturm- und Drangperiode. Bilder aus Briefen von Gervinus, Mathy und Bassermann. Deutsche Revue 1909, II, S. 92—105, 208—225 (bes. S. 223—225). Über die Stellung der Deutschen Zeitung in den politischen Verhältnissen Badens siehe LEONHARD MÜLLER, Die politische Sturm- und Drangperiode Badens. Mannheim 1905, Bd. I, S. 139—146, 179—188; Bd. II, S. 4—6, 37 f., 87—90.

<sup>42)</sup> Der damalige Gang bei Aufnahme eines Privatdozenten in Heidelberg war dieser: wenn die Promotion zum Doktor bestanden war, konnte der neue Doktor sofort bei seiner Fakultät um Zulassung als Privatlehrer nachsuchen. Die Fakultät sandte das Gesuch mit ihrem Gutachten an das Ministerium des Innern und das erteilte die *venia legendi*. Von diesem Augenblick an durfte der Doktor Vorlesungen halten; diese Vorlesungen wurden aber nicht ins gedruckte Vorlesungsverzeichnis aufgenommen (außer, wenn dies die Fakultät auf Antrag ausdrücklich beschloß). So hat Höfken im Sommersemester 1848 gelesen.

Dann folgte der öffentlich-akademische Akt, in dem der Doktor seine gedruckten Thesen verteidigte (bei Höfken fand er am 28. April statt); dies wurde wiederum der Regierung mitgeteilt, und nun war die Fakultät verpflichtet, die von



ersten Vorlesungen begonnen: eine private Vorlesung „Das organische System der politischen Ökonomie“ und ein Publikum über „Deutsche Handelspolitik und Verfassung“. Aber kaum hatte er zu lesen begonnen, so mußte er seine Vorlesungen abbrechen. Die politische Aktivität der Zeit ergriff auch ihn und führte ihn als Abgeordneten in die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt und dann nach Wien.

So kam es, daß Heidelberg nur Durchgangsstation für ihn wurde und seine Tätigkeit an der Universität dort keine tieferen Spuren hinterlassen hat. Ob er dem Privatdozenten-Verein, der damals bestand, angehörte, wissen wir nicht<sup>43</sup>). Die kritischen Briefe über die Universität Heidelberg, die im November und Dezember 1848 in der „Deutschen Zeitung“ erschienen und in Heidelberg Aufsehen erregten<sup>44</sup>), betrachten ihn zwar als eine hoffnungsvolle neue Kraft, aber sie können nur konstatieren, daß er — infolge seiner Abwesenheit in Frankfurt — sich als Universitätslehrer noch nicht habe versuchen können. Noch zweimal hat er Vorlesungen angekündigt (jetzt stehen sie im gedruckten Vorlesungsverzeichnis), für das Sommersemester 1849 eine Vorlesung über „Nationalökonomie und deutsche Politik mit besonderer Rücksicht auf die neue Reichsverfassung“; sie zeigt deutlich den Einfluß der Zeitereignisse. Für das Wintersemester 1849/50 hatte er drei Vorlesungen angekündigt, über „Nationalökonomie“, über

---

ihm angekündigten Vorlesungen ins gedruckte Vorlesungsverzeichnis aufzunehmen. Deshalb erscheint Höfken im Vorlesungsverzeichnis für das W. S. 1848/49 erstmalig mit einer angekündigten Vorlesung. — Die Daten über Höfken als Heidelberger Privatdozenten verdanke ich Herrn Professor Dr. H. FINKE, Oberbibliothekar der Universitätsbibliothek Heidelberg.

<sup>43</sup>) Die Existenz des Privatdozenten-Vereins ist bekannt aus JAKOB MOLESCHOTTS Erinnerungen an seine und Hermann Hettners Heidelberger Privatdozentenzeit: „Hermann Hettners Morgenrot“, Gießen 1883. Weiteres ließ sich bisher — nach gütiger Mitteilung des Heidelberger Universitätsarchivs — über ihn nicht ermitteln. Der Verein war offenbar eine lose Vereinigung zur Vertretung der Standesinteressen. Sollte nicht doch aus Briefen und Erinnerungen alter Heidelberger einiges über ihn zutage kommen?

<sup>44</sup>) Diese (sieben) kritischen Briefe erschienen in der „Deutschen Zeitung“ im November und Dezember 1848. Gegen sie verfaßte Professor EDUARD MORSTADT, einer der Betroffenen, sofort eine Broschüre unter dem Titel „Inquisition auf den Rattenkönig-Spuk in Heidelberg“ (Heidelberg 1849, Verlag von Julius Groos, 67 Seiten). Darin sind die Briefe abgedruckt und mit polemischen Glossen versehen. Das Schlußkapitel Morstadts (Résumé oder „Sammtaufgriff“) ist vom 4. Januar, seine Vorrede vom 14. Januar 1849 datiert. — Morstadt deutet auf Gervinus als Verfasser oder Inspirator der Briefe hin; ebenso DAHMEN, Noch ein Wort des Kurators aus Anlaß der halboffiziellen Beurteilung seines Schreibens über die Angriffe der Deutschen Zeitung gegen die Universität Heidelberg, Heidelberg 1849. Authentisches über den Verfasser ist nicht bekannt; schon im Sommer 1848 war Gervinus aus der Redaktion der Deutschen Zeitung ausgeschieden.



„Deutsche Politik“ und über „Handelspolitik“. Das erste Mal hielt ihn noch Frankfurt fest, das zweite Mal hinderte ihn der Ruf nach Wien. Er kehrte nicht mehr nach Heidelberg zurück, um die eben begonnene akademische Laufbahn fortzusetzen.

Wichtiger als die Universität, das wissenschaftliche Heidelberg, ist für Höfken das politische Heidelberg geworden.

Heidelberg war damals von besonderer politischer Bedeutung. Nicht nur für Baden, sondern für ganz Deutschland. Hier hatte die Zeitung, die den gesamten Liberalismus Deutschlands, und zwar den positiven Liberalismus, um sich sammeln und zu einer aktionsfähigen politischen Partei erziehen wollte, ihren Sitz. Hier fand am 5. März 1848 die Versammlung der 51 Vaterlandsfreunde statt, die den Stein ins Rollen brachte (und drei von den fünf Männern der „Deutschen Zeitung“ gehörten ihr an, Gervinus, Häusser, Mathy). Hier in Heidelberg hatte der Siebener-Ausschuß seinen Sitz, der die Einladungen zum Vorparlament (vom 31. März bis 3. April 1848) erließ. Präsident des Vorparlaments war wiederum einer der Männer der „Deutschen Zeitung“, Mittermaier. Im Reichsparlament erhielten die einstigen Herausgeber der „Deutschen Zeitung“ sämtlich einen Sitz (nur Häusser begnügte sich mit einem Mandat für den badischen Landtag); ebenso ihr Verleger FRIEDRICH BASSERMANN.

Die politische Lebendigkeit Heidelbergs kam auch Höfken zugute. Daß er Mitherausgeber der Deutschen Zeitung war, blieb in seiner Heimat nicht unbeachtet; als es galt, Kandidaten für die Nationalversammlung aufzustellen, erinnerte man sich gern dieses Sohnes der Mark. So wurde Höfken in seiner Heimat, im Wahlkreis Dortmund-Bochum, gewählt.<sup>45)</sup> Im ersten Wahlgang zwar unterlag er; denn er hatte einen berühmten Gegner: den Freiherrn GEORG VON VINCKE, den bekannten Fortschrittsmann, der sich dann in Frankfurt merkwürdigerweise der äußersten Rechten anschloß. Die Grafschaft Mark nämlich hatte Vincke, um seiner Wahlganz sicher zu sein, in zwei Wahlkreisen aufgestellt: nicht nur im Kreise Hagen, dessen Landrat er war, sondern auch im Kreise Dortmund-Bochum. Er siegte hier mit 77 gegen 56 Stimmen über Höfken, der selbst — das ist bezeichnend für die Wahlen des Jahres 1848 — für Vincke gesprochen hatte. Höfken wurde nun zum Stellvertreter gewählt (mit 103 von 133 Stimmen).

Da aber Vincke auch in Hagen gewählt war und die Wahl für Dortmund-Bochum ablehnte, mußte hier eine Neuwahl stattfinden. Und jetzt siegte Höfken, mit derselben erdrückenden Majorität wie bei der Wahl zum Ersatz-

<sup>45)</sup> WURZBACH und ADB machen ihn fälschlich zum Abgeordneten von Hagen. Höfkens Geburtsort Hattingen gehörte zum Wahlkreis Dortmund-Bochum.



mann (103 von 133 Stimmen). „Freiherr von Vincke hatte sich in einem Schreiben an die Wahlmänner des hiesigen Bezirkes ebenfalls zugunsten Höfkens sehr warm ausgesprochen<sup>46)</sup>.“

In Frankfurt, wo er die Zahl der in der Paulskirche bereits vorhandenen 108 Professoren noch um einen weiteren verstärkte<sup>47)</sup>, verleugnete der Heidelberger Privatdozent die Herkunft von der Gelehrsamkeit nicht.

Höfken war es nicht gegeben, Lorbeeren als Redner zu ernten. Ihn hinderte, wie ein Augen- und Ohrenzeuge berichtet<sup>48)</sup>, eine „gewisse herbe Schroffheit und Schwerfälligkeit der Gedanken und der Worte, die ihm öffentliches Reden fast unmöglich machte, seine politischen Ansichten aber oft auf eine bedenkliche Spitze des Bizarren und Unpraktischen hinaufschraubte“.

Höfken schloß sich der Partei des „Württembergischer Hofes“, dem linken Zentrum, an und blieb ihm, zusammen mit dem Heidelberger Mittermaier, auch treu, als sich nacheinander zwei beträchtliche Gruppen von ihr lösten und eigene Parteien bildeten; zuerst nach links im Juni, die Partei der Westendhalle (mit 42 Mitgliedern), dann nach rechts, nach dem 18. September, d. h. nach der Ermordung der Abgeordneten AUERSWALD und LICHTNOWSKY, die im Zusammenhang mit den Streitigkeiten über den Waffenstillstand von Malmö stattfand, die Partei des Augsburger Hofes (mit gleichfalls 42 Mitgliedern, gegründet am 6. Oktober). Durch diese Sezessionen schmolz der Württemberger Hof, der ursprünglich an Stärke fast die Rechte im Kaffee Milani erreichte, von rund 131 Mitgliedern auf 47 zusammen<sup>49)</sup>.

Höfken wurde in den Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Fragen gewählt (15 Mitglieder). Als Mitglied dieses Ausschusses hat er auch im Plenum der Nationalversammlung einige Male das Wort ergriffen, ohne doch eigentliche Reden zu halten. In der Sitzung vom 5. Juni stellt er einen

<sup>46)</sup> Deutsche Zeitung vom 14. und 23. Mai 1848. Die geringe Zahl der abgegebenen Stimmen erklärt sich daraus, daß die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Preußen nicht aus Urwahlen hervorgingen, sondern aus indirekter Wahl; sie wurden von Wahlmännern gewählt.

<sup>47)</sup> LOUIS BERGER, Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. Leipzig 1890, S. 357. Die Zahl der Professoren wird verschieden angegeben.

KARL KLÜPFEL, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848—1871. Berlin 1872. S. 46 rechnet zum Gelehrtenstand 104 Professoren (Universitätsprofessoren, Gymnasiallehrer) und 12 Literaten.

<sup>48)</sup> KARL BIEDERMANN, Erinnerungen aus der Paulskirche. Leipzig 1849, S. 365. — Biedermann und Höfken waren anfangs Fraktionsgenossen, erst infolge der Gründung des „Augsburger Hof“ schied Biedermann aus dem Württemberger Hof aus.

<sup>49)</sup> EISENMANN, Die Parteien der teutschen Reichsversammlung, ihre Programme, Statuten und Mitgliederverzeichnisse. Erlangen 1848.



Antrag auf Prüfung der böhmischen Wahlangelegenheit (in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien hatten viele Wahlkreise, namentlich die tschechischen, keine Abgeordneten für die deutsche Nationalversammlung gewählt und damit von vornherein ihren Widerspruch gegen die im Werden begriffene deutsche Reichsverfassung offen kund gegeben); am 23. November 1848 hat er einen Antrag zur Limburger Frage, am 29. Januar 1849 einen Antrag zur Donaufrage vertreten. Mit diesem letzten Antrag ist er wieder bei seinem speziellen Thema angelangt: bei den Ländern an der mittleren und unteren Donau. Wenn er auch den Antrag des Abgeordneten Schulz ablehnt, eine besondere Kommission zur Behandlung der Donaufrage einzusetzen (dafür genüge die völkerrechtliche Kommission), so hat er doch in der Hauptsache dessen Ansichten geteilt: die Donaufrage ist „die Hauptfrage unserer Zukunft“. Insbesondere handelt es sich dabei um die künftige Entwicklung Ungarns und der beiden Donaufürstentümer, der Moldau und der Walachei. „Ein mit Deutschland natürlich (d. h. durch wirtschaftliche und politische Interessen) verbundenes romanisches Reich im Süden hat dieselbe hohe Bedeutung, wie das madjarische, ja es hat noch eine höhere.“ Ein wichtiges Mittel, diese Länder zu fördern, ist die Zuleitung von deutschen Einwanderern<sup>50</sup>). So hat Höfken an den Arbeiten der Nationalversammlung teilgenommen.

Wichtiger aber als die Tätigkeit im Parlament und in der völkerrechtlichen Kommission wurde für Höfken etwas anderes; in Frankfurt wurde er mit dem österreichischen Abgeordneten von Triest zusammengeführt, mit BRUCK, dem Schöpfer des österreichischen Lloyd in Triest. Bruck wurde sein Schicksal. Als BRUCK österreichischer Handelsminister geworden war (im Oktober 1848), holte er Höfken bald in sein Ministerium (November 1849), er sollte sein Mitarbeiter sein bei dem großen Werk der Zoll- und Handelseinigung zwischen Deutschland und Österreich, das er als Handelsminister in Angriff nahm: Österreich sollte dem deutschen Zollverein beitreten, der Zollverein sollte das Band werden, das alle deutschen Staaten umschlang und wirtschaftlich einigte; diese wirtschaftliche Einigung würde auf ihre politische Entwicklung den günstigsten Einfluß haben. Diesem Ruf konnte Höfken nicht widerstehen; hier sah er einen Wirkungskreis, der ihn lockte. Er kehrte nicht mehr nach Heidelberg zurück und nahm die akademische Tätigkeit nicht mehr auf; er ging nach Wien und blieb dort für den Rest seines Lebens — volle 40 Jahre lang.

Eduard Heyck berichtet (in seiner Geschichte der Allgemeinen Zeitung, S. 153) kurz und bündig: Die Wahl in die Frankfurter Nationalver-

<sup>50</sup>) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen Konstituierenden Nationalversammlung. Hrsg. von F. WIEGAND, Bd. IV, S. 2618.



sammlung führte Höfken „zur Bekanntschaft mit Bruck, der ihn 1849 in das Wiener Handelsministerium berief“. Tatsächlich aber ist ihre Bekanntschaft schon älter<sup>51</sup>). Sie wurde herbeigeführt durch Höfkens erstes nationalökonomisches Buch, sein Buch über die Fortentwicklung des deutschen Zollvereins (siehe oben S. 310). Bruck fand Gefallen an dem Buch, er wünschte — als Direktor des österreichischen Lloyd — den Verfasser für den Lloyd in Triest zu gewinnen, um durch ihn das Journal des österreichischen Lloyd zu einem bedeutenderen Blatte zu entwickeln. Im Jahre 1843 suchte er deswegen Höfken in Augsburg auf. Höfken lehnte ab, er konnte sich nicht entschließen, seine Verbindung mit der Allgemeinen Zeitung aufzugeben. Aber im nächsten Jahre besuchte er, bei Gelegenheit einer Reise, Bruck in Triest. Aus dieser Zeit, aus dem Jahre 1844, stammen ihre freundschaftlichen Beziehungen. Sie sind also älter als Frankfurt.

Als Bruck dann daranging, den Gedanken der Zoll- und Handelseinigung zu verwirklichen, brauchte er einen Fachmann als Mitarbeiter; er konnte keinen geeigneteren finden als Höfken. Und jetzt konnte Höfken sich ihm nicht mehr versagen. Die Aufgabe, an der Ausdehnung des Zollvereins auf Österreich, an der wirtschaftlichen Einigung Mitteleuropas mitzuarbeiten, nicht durch Bücher, sondern praktisch, mußte ihn reizen.

## 2. Höfken als Mitarbeiter Brucks

### Bruck und Höfken in Frankfurt

BRUCK hatte bereits mit der Begründung des österreichischen Lloyd in Triest Wesentliches für die Entwicklung des österreichischen Wirtschaftsleben geleistet. 1848 entsandte ihn die Stadt Triest als den Mann ihres Vertrauens ins Frankfurter Parlament. Er trat hier der äußersten Rechten (im Kaffee Milani) bei, der ungewöhnlich viele Aristokraten angehörten (18 unter 40 Mitgliedern, also fast die Hälfte; und zwar 15 „Geburtsaristokraten“ und — zu diesen gehörte Bruck — 3 „Geldaristokraten“)<sup>52</sup>). Er stand mit seiner Partei auf dem Vereinbarungsprinzip, d. h. die werdende deutsche Verfassung kann nicht einseitig von der Nationalversammlung den Einzelstaaten auferlegt werden; sie muß vielmehr von der Nationalversammlung mit den Regierungen der Einzelstaaten vereinbart werden (praktisch heißt das: insbesondere mit den beiden Großstaaten Österreich und Preußen). Als die Schaffung eines Reichsmarineministeriums in Frage

<sup>51</sup>) P. HERMANN MERTENS, Gustav Höfken. Kölnische Zeitung, 12. Januar 1937.

<sup>52</sup>) EISENMANN, Die Parteien der teutschen Reichsversammlung, ihre Programme, Statuten und Mitgliederverzeichnisse. Erlangen 1848. — Die Zahl der Abgeordneten, die keiner Partei beitraten, war in der Tat auffallend hoch: 146. Darunter befinden sich unter anderen E. M. Arndt, Jahn, Uhland.



kam, dachte man sofort an Bruck; aber dazu war es noch zu früh, Bruck lehnte ab<sup>53)</sup>, und der Handelsminister DUCKWITZ mußte auch die werdende Kriegsflotte des werdenden Reichs unter seine Obhut nehmen.

Bruck gehörte zwei Kommissionen an: dem Ausschuß für Arbeiter-, Gewerbe- und Handelsverhältnisse und (seit dem 9. Juni) dem Ausschuß für die Marine.

Und noch einem andern Österreicher von Bedeutung begegnete Höfken: KARL CZOERNIG, dem Begründer der österreichischen Statistik, den der böhmische Wahlkreis Friedland als seinen Vertreter nach Frankfurt geschickt hatte. Czoernig gehörte wie Bruck der äußersten Rechten an, als einer von ihren 12 „Bürokraten“. Er wurde in den volkswirtschaftlichen und Finanzausschuß gewählt. Doch ist er in Frankfurt wenig hervorgetreten; der gelehrte Statistiker, der in Wien das österreichische statistische Büro leitete, fühlte sich — als „Mann der positiven Tatsachen“ — in dem parlamentarischen Getriebe nicht ganz in seinem Element<sup>54)</sup>. Aber sobald es eine statistische Aufgabe galt, war er dafür zu haben. Und so wäre er beinahe der Mitbegründer der Reichsstatistik geworden. Der Handelsminister Duckwitz<sup>55)</sup> nämlich ging daran, ein Büro für die Reichsstatistik ins Leben zu rufen. Er wandte sich deswegen an Czoernig (und einen Professor HANSSEN<sup>56)</sup>); beide faßten die Idee mit großer Liebe auf und erboten sich, ein Programm für eine umfassende Anstalt auszuarbeiten. Sie reichten ihre reichhaltige Ausarbeitung Anfangs Mai 1848 ein. „Als aber das Ministerium sich seiner Auflösung näherte, baten sie sich ihr Werk wieder aus.“ Da kein Deutsches Reich zustande kam, konnte auch eine Reichsstatistik nicht zustande kommen.

Seine Anschauungen über die politische Hauptfrage der Nationalversammlung, über die Stellung Österreichs zu Deutschland, hat er in einer Flugschrift, zugleich im Namen seiner gleichgesinnten Landsleute, niedergelegt: „Zur Orientierung in der österreichischen Frage.“ Von einem österreichischen Abgeordneten. Am 18. Oktober 1848. — 14 Seiten. Sie wurde bei den Verhandlungen über die neue Reichsverfassung an die Abgeordneten verteilt.

<sup>53)</sup> FRIEDRICH BODENSTEDT, Erinnerungen aus meinem Leben. 2. Aufl., Berlin 1890, Bd. II, S. 271. — Bruck hatte Bodenstedt im Jahre 1848 (vom Juni an) für das Journal des österreichischen Lloyd in Triest gewonnen, ebenda S. 248 f., 256.

<sup>54)</sup> CZOERNIG, Biographische Notizen. Wien 1879, S. 13.

<sup>55)</sup> ARNOLD DUCKWITZ, Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841—1866. Bremen 1877, S. 103.

<sup>56)</sup> Hanssen ist bei Eisenmann, Die Parteien der teutschen Reichsversammlung, nicht aufgeführt.



Czoernig wendet sich darin nachdrücklich gegen die §§ 2 und 3 der Reichsverfassung, welche für die deutschen Provinzen Österreichs nur die bloße Personalunion nach den übrigen Ländern der Monarchie zulassen wollen — praktisch also die Auflösung Österreichs bedeuten würden. Sein positives Programm aber ist dies: die deutschen Provinzen Österreichs sollen nicht nur bei Deutschland bleiben, sie sollen noch enger als bisher mit ihm verbunden werden. Die Form für diese Verbindung ist noch zu schaffen. Nur wenn Deutschland und Österreich innig miteinander verbunden sind, sind sie stark genug, die Aufgabe zu erfüllen, die sich zwangsläufig aus ihrer Lage zwischen dem Westen und dem Osten Europas ergibt, die Aufgabe nämlich, die Freiheit der Länder, die zwischen dem Westen und dem Osten eingekeilt sind, zu garantieren; sie sind „der Kern eines künftigen Staatenbundes von Mitteleuropa“.

Von besonderer Wichtigkeit ist die einheitliche Gestaltung des Wirtschaftslebens: Die materielle Wohlfahrt erfordert die Vereinigung sämtlicher Ländergebiete Deutschlands und Österreichs zu einem Zoll- und Handelsverbande, übereinstimmende Regelung der Schifffahrt, des Münz- und Postwesens, der Maße und Gewichte und der verwandten Beziehungen. Das Gebiet dieses Vereins würde den größten europäischen Markt für die einheimische Industrie darbieten, die industriereichen Gebiete würden in freiem Verkehr mit den Gebieten stehen, die an Fülle der Rohstoffe strotzen, aber noch der eigenen Fabrikationstätigkeit ermangeln: mit Galizien, Ungarn und Oberitalien. Man spürt deutlich Brucks Einfluß. Als Bruck Handelsminister geworden war, berief er Czoernig als Leiter der statistischen Abteilung (als „Sektionschef“) in das österreichische Handelsministerium, und bald folgte auch Höfken. Czoernig wurde sein unmittelbarer Vorgesetzter. Auch Czoernig also gehört zu dem Kreise um Bruck.

Es ist nicht möglich von Bruck zu sprechen, ohne der Stellung, die er in der Geschichte Österreichs einnimmt, wenigstens mit einem kurzen Worte zu gedenken. Bruck ist der Träger des Gedankens der mitteleuropäischen Zoll- und Handelseinigung<sup>57)</sup>.

<sup>57)</sup> RICHARD CHARMATZ, Minister Freiherr von Bruck. Der Vorkämpfer Mitteleuropas. Sein Lebensgang und seine Denkschriften. Leipzig 1916. Dort auch die weitere Literatur über Bruck.

Über den Mitteleuropagedanken von Bruck siehe OTTO WAGNER, Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den Vierzigerjahren (1840—1848). Dissertation. Marburg 1935. Diese Dissertation bietet mehr als Dissertationen zu bieten pflegen.



## Brucks Stellung in der Geschichte Österreichs

Von Frankfurt aus begann Brucks politischer Aufstieg; hier erhielten auch seine politischen Anschauungen ihre entscheidende Prägung. Er, der Norddeutsche, lebte schon lange (seit 1821) in Österreich und war zum Österreicher geworden; er hatte sich — als Gründer und Leiter des österreichischen Lloyd — aber bisher nur wirtschaftlich betätigt. Jetzt führte ihn das Sturmjahr 1848 auf die politische Bahn und in den Brennpunkt des politischen Geschehens. Hier in Frankfurt strömten Menschen und Ideen zusammen, hier erhielt er die fruchtbarsten Anregungen, und sein lebendiger Geist wußte sie zu verarbeiten<sup>58</sup>).

Wo und wie dieser Prozeß vor sich ging, wissen wir nicht zu sagen. Der Verkehr der Abgeordneten untereinander vollzog sich frei und zwanglos. Die Klubs, denen sie beitraten, hatten noch nicht die Starrheit der späteren Parteien. Möglich auch, daß der Verein für deutsche Zolleinigung<sup>59</sup>) den Boden abgab, auf dem Bruck mit Abgeordneten und Männern des Wirtschaftslebens sich zum Gedankenaustausch traf, möglich daß er, Czoernig und Höfken hier an den Erörterungen teilnahmen.

Schnell bediente sich die österreichische Regierung der Fähigkeiten Brucks. Im August 1848 wurde er österreichischer Bevollmächtigter bei der Deutschen Zentralgewalt<sup>60</sup>), am 21. November wurde er österreichischer Handelsminister, und zwar in dem Ministerium, das den Neuaufbau Österreichs in verworrener Zeit durchzuführen hatte.

<sup>58</sup>) ALEXANDER GRAF VON HÜBNER, Ein Jahr meines Lebens. 1848/49. Leipzig 1891. — Aufzeichnung in Olmütz (wo Kaiser und Regierung damals ihren Sitz hatten) vom 13. November 1848: „Abends ein langes Gespräch mit Bruck über unsere künftigen Beziehungen zu Deutschland. Er hat seine Zeit in Frankfurt nicht verloren. Dieser selfmademan besitzt einen merkwürdigen Reichtum von Gedanken.“

Die Erinnerungen Hübners, wie sie jetzt vorliegen, bestehen aus zwei verschiedenen Bestandteilen: den Aufzeichnungen aus den Jahren 1848 und 1849 und den Zutatzen, die er vor der Herausgabe hinzugefügt hat. Beide sind im Text nicht geschieden. Daher mit Vorsicht zu benutzen.

Hübner hat Schwarzenberg in der ersten Zeit seines Ministeriums als Privatsekretär gedient; er sieht also manches mit Schwarzenbergs Augen.

<sup>59</sup>) HERMANN VON FESTENBERG-PACKISCH, Geschichte des Zollvereins mit besonderer Berücksichtigung der staatlichen Entwicklung Deutschlands. Leipzig 1869, S. 284 f.

Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M. (1707—1908). Beiträge zur Frankfurter Handelsgeschichte. Herausgegeben von der Handelskammer zu Frankfurt. Frankfurt a. M. 1908, S. 433.

<sup>60</sup>) Während der kurzen Zeit des Bestehens der Deutschen Zentralgewalt (von der Ernennung des Erzherzogs Johann bis zu seinem Rücktritt) war Österreich durch drei verschiedene Bevollmächtigte vertreten: durch BRUCK, den Freiherrn von MENSCHENGEN und SCHMERLING.



Fürst FELIX SCHWARZENBERG war der Kopf des Ministeriums, der die Gesamtrichtung der Regierungspolitik bestimmte<sup>61)</sup> (dezernatmäßig war er Inhaber dreier Ministerien: Ministerpräsident, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Minister des kaiserlichen Hauses)<sup>62)</sup>. Als er nach Ausbruch der Revolution seinen Gesandtenposten in Neapel verließ und in das umgewandelte Österreich zurückkehrte, antwortete er anonym, als einfacher Adeliger, auf die „gutgemeinten Wünsche“, die der Schriftsteller CASTELLI in der Wiener Zeitung an den österreichischen Adel gerichtet hatte, und erklärte: der Adel sei freudig bereit, „alles zu tun, was Österreich einig, groß und mächtig machen kann“. Das ist das Ziel, das ihm auch jetzt voranleuchtete, als er mitten in der Auflösung aller Verhältnisse an die Spitze der Regierung trat: die Einigkeit, Größe und Macht Österreichs.

Diesem hohen Ziele entsprechend wählte SCHWARZENBERG die Männer, mit denen er regieren wollte: einen neuen jugendlichen Kaiser, FRANZ JOSEPH, der am 2. Dezember sein Amt antrat, und ein neues Ministerium, das er am 21. November 1848 dem österreichischen Reichstag in Kremsier vorstellte. Es war ein Ministerium der österreichischen Renaissance. Jeder der Minister sollte zu dem großen Werk beitragen, was er seinen besonderen Fähigkeiten nach dazu beitragen konnte. Aber der Neubau würde nicht das Werk der einzelnen, er würde das Werk des Gesamtministeriums sein. Bei dieser Art der Zusammenarbeit ist es nicht leicht „tunlich, das Wirken des Einzelnen aus der ministeriellen Gesamttätigkeit herauszugreifen und den individuellen Anteil an der letzteren genau abzuschätzen“ (Berger, S. 417). Bei der Herkunft der Grundgedanken aber ist es möglich.

Das große Ziel, dem alle mit vereinten Kräften — *viribus unitis* — zustrebten, die Einheit und Größe Österreichs, stammte von Schwarzenberg; das wirtschaftliche Programm, die Zoll- und Handelseinigung Mitteleuropas, stammt von Bruck. Wenn Bruck auch schon nach zwei und einem halben Jahre (am 23. Mai 1851) wieder ausschied, anfangs war er wohl — neben Schwarzenberg — der einflußreichste Minister. „Was in den ersten Jahren des Ministeriums Schwarzenberg nach Innen und Außen Großes geschaffen

<sup>61)</sup> ADOLF FRANZ BERGER, Fürst Felix zu Schwarzenberg. Ein biographisches Denkmal. Leipzig 1853. — Die dort geäußerte Vermutung, er möge sich auf der Durchreise durch Triest bereits mit zwei Männern aus seinem späteren Ministerium geistig gefunden haben, nämlich mit dem Gouverneur des Küstenlandes, dem Grafen Stadion, und dem Direktor des österreichischen Lloyd, KARL VON BRUCK, ist nur für Bruck möglich; Stadion war bereits seit Frühjahr 1847 (ernannt am 21. April 1847) Gouverneur von Galizien.

<sup>62)</sup> Das „Ministerium des Kaiserlichen Hauses“ bestand auch nach 1867 weiter und wurde stets von dem beiden Reichshälften gemeinsamen Minister des Äußern verwaltet; JOSEPH DALLINGER, Die Ministerien der österreichischen Monarchie von 1848 bis auf die Gegenwart. Österreichisches Jahrbuch 1901, S. 99—150.



und angebahnt wurde, immer wird der Name Bruck damit in ehrenvoller Verbindung stehen (Berger, S. 418)“.

Insbesondere mußte Bruck dem Ministerpräsidenten Schwarzenberg, der dem deutschen Gedanken kühl gegenüberstand, der der künftigen Größe Österreichs gern einen unbequemen Abgeordneten des deutschen Reichstages (ROBERT BLUM) opferte, deutlich machen, wie eine Verbindung Österreichs mit Deutschland möglich sei, ohne daß dadurch die Einheit und Größe Österreichs Schaden litte. Die Brucksche Lösung der Frage ist: Österreich muß nicht nur dem deutschen Zollverein beitreten, es muß auch als Gesamtmonarchie dem deutschen Bunde beitreten. So ist nicht nur seine Einheit gewahrt, die zerbrechen würde, wenn nur die deutschen Landesteile der Monarchie dem Bunde beiträten; so wird sein Beitritt zugleich das Mittel, in diesem Bunde — vermöge der Größe des Ländergebietes — die Führung zu behaupten<sup>63</sup>). Auch der wirtschaftliche Gedanke der Zoll- und Handelseinigung Mitteleuropas bekommt auf diese Weise eine schwarzgelbe Färbung, die er ursprünglich nicht hatte, und in diesem Sinne wurde er von Schwarzenberg akzeptiert.

#### Höfken im Dienst von Brucks Idee der Zoll- und Handelseinigung

Nachdem wir Brucks Bedeutung für die Gesamtpolitik Österreichs und seine Stellung im Ministerium der österreichischen Renaissance kennengelernt haben, kehren wir zu unserer Einzelfrage zurück. Nunmehr können wir unschwer erkennen, welche Aufgabe Höfken dadurch zufiel, daß er in Brucks Dienste trat.

War Bruck der Mann der wirtschaftlichen Einigung Mitteleuropas, so fiel damit denen, die er in sein Ministerium berief (in unserem Falle also Czoernig und Höfken), eo ipso die Aufgabe zu, ihn bei der Verwirklichung seines Gedankens zu unterstützen. Noch in seinen Lebenserinnerungen bekennt sich Czoernig zu Bruck; er war ihm über Brucks Tod hinaus treu geblieben. „Durch mein amtliches Wirken“, sagt er da, „zieht sich gleich einem roten Faden das Streben nach einer Verwirklichung einer näheren Handelsverbindung Österreichs mit dem Osten und einer Handelseinigung mit Deutschland und dem benachbarten Italien hindurch.“ Das ist die große Konzeption Brucks: sein wirtschaftliches Mitteleuropa besteht aus drei Ländergruppen. Das Schwergewicht liegt bei dem Staat der Mitte, Groß-

<sup>63</sup>) ALEXANDER GRAF VON HÜBNER, Ein Jahr meines Lebens. 1848—1849. Leipzig 1891, S. 375: „Der Gedanke, in das neue Deutschland unsere Magyaren, Tschechen, Polen, Südslawen, Rumänen, Italiener usf. einzuführen, ist in Brucks Kopf entsprungen. Der Mann ist überreich an neuen und kühnen Ideen... Der Fürst hat sich diesen Gedanken angeeignet, weil er eigentlich nur die logische Folgerung seines Programms von der einheitlichen Monarchie ist.“



Österreich; nach Norden schließen sich an die Länder des Deutschen Bundes, nach Süden die Staaten der italienischen Halbinsel. In seinen Lebenserinnerungen hat Czoernig auch den Hergang der Berufung festgehalten: „Als Freiherr von Bruck sein Ministerium organisierte<sup>64)</sup>, übertrug er mir die Durchführung im Detail... Um dieselbe Zeit war durch Bruck der Gedanke der Zolleinigung Österreichs mit Deutschland in Anregung gekommen. Freiherr von Bruck, welcher diese großartige Idee schon länger genährt und mit seinen Vertrauten besprochen hatte, bediente sich bei deren Kundgebung meiner Mitwirkung, sohin über meine Anregung jener HOCKS<sup>65)</sup> und HÖFKENS. Die Umstände“, fügt er allerdings, am Ende seines Lebens auf das Erreichte zurückblickend hinzu, „die Umstände waren jedoch nicht dazu angetan, das Vorhaben zu begünstigen.“

Zunächst aber gingen Czoernig und Höfken mit Bruck frisch an die Arbeit. Sie konnten es; denn sie teilten die Anschauungen Brucks und dienten daher gern seiner „großartigen Idee“.

Höfken insbesondere fiel die Aufgabe zu, die „großartige Idee“ mit den Mitteln des Schriftstellers zu fördern. Dazu hatte Bruck die journalistische Abteilung in der statistischen Sektion eingerichtet. Höfken hatte hier die „Austria“<sup>66)</sup> zu redigieren, anfangs daneben sogar noch ein zweites

<sup>64)</sup> CZOERNIG, Biographische Notizen. 1879, S. 14.

<sup>65)</sup> KARL FERDINAND HOCK (1808—1869), von Geburt Jude, von Glauben Katholik, 1852 geadelt, 1859 in den Freiherrnstand erhoben, gehörte nicht zu den Vertrauten des Frankfurter Kreises. — Delbrück (Lebenserinnerungen I, 278) hat von ihm keine sehr hohe Meinung. Er hatte sich nach der Gründung des ungarischen Schutzvereins durch KOSSUTH (siehe oben S. 288) neben dem Freiherrn von Zedlitz an der Polemik gegen ihn in der „Allgemeinen Zeitung“ beteiligt, auch eine eigene Broschüre gegen ihn losgelassen: „Gegen den ungarischen Schutzverein und seine Tendenzen“ (Leipzig 1845). Wenn also FRANZ PULSZKY sich in seiner Broschüre „Zur Geschichte des ungarischen Schutzvereins“ (Leipzig 1847, S. XVII) gegen „Dr. H.“ wendet, so dürfte darunter Hock und nicht Höfken gemeint sein.

<sup>66)</sup> Die „Austria“ begann ihr Erscheinen am 1. April 1849, Czoernig hat sie begründet (im Auftrage Brucks) und in den ersten sieben Monaten sie selbst redigiert. Seit dem 1. November 1849 wurde Höfken ihr Schriftleiter, er behielt die Schriftleitung auch bei, nachdem er (1855) aus dem Handelsministerium ins Finanzministerium übergetreten war. Erscheinungsweise und Verlag der „Austria“ wechselten mehrfach. Zuerst erschien sie täglich, von 1856 an wöchentlich, endlich, schon lange nach Höfkens Ausscheiden, seit 1883 monatlich. Die Daten sind im einzelnen diese: 1849—1855 als Tageszeitung führte sie den Titel: Austria. Tagblatt (1852 ff.: Zeitung) für Handel und Gewerbe, öffentliche Bauten und Verkehrsmittel. 300 Nummern Wien. Verlag Jasper, Hügel und Kranz (1852: Jaspers Witwe und Hügel; 1853: Hügel; 1854/55: Gerold). — 1856—1883 als Wochenschrift führte sie den Titel: Austria. Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik. 52 Hefte. Wien. Verlag C. Gerold (1859: Braumüller.) — 1871 erhält sie einen neuen Unter-



Blatt, ein Mitteilungsblatt<sup>67)</sup>). Als erfahrener Schriftsteller konnte er auch in anderen Blättern zu Worte kommen. Wir brauchen das im einzelnen nicht zu verfolgen. Das Wesentliche ist: Höfken kam nicht auf dem üblichen Wege der Beamtenlaufbahn auf seinen Posten. Er wurde um seiner selbst willen auf diesen Posten gestellt. Er bedeutete also sehr viel mehr, als sonst der Beamte bedeutet.

Über seine Tätigkeit weiß WURZBACH zu melden (und er ist über österreichische Interna stets gut informiert): „Schon sein (Höfkens) erster Artikel über die österreichisch-deutsche Zoll- und Handelseinigung vom 26. Oktober 1849 in der Wiener Zeitung erregte allgemeines Aufsehen, und den „Denkschriften“ des Handelsministers von Bruck vom 30. Dezember 1849 und 30. Mai 1850 folgten zahlreiche Artikel aus Höfkens Feder in der „Austria“, in der „Allgemeinen Zeitung“, in der „Deutschen Vierteljahresschrift“ u. dgl. m.“ Und er weiß weiter zu melden: daß mehrere der amtlichen Arbeiten Höfkens ohne seinen Namen im Druck erschienen seien.

Welche sind das?

Die Antwort finden wir bei CZOERNIG, der ja als Sektionschef mit der Tätigkeit des unter ihm arbeitenden Sektionsrates aufs genaueste vertraut war. Es heißt in dessen Lebenserinnerungen an der bereits zitierten Stelle (S. 14): „Von letzterem (d. i. von Höfken) wurden die bezüglichen Denkschriften ausgearbeitet. Siehe die Denkschriften des österreichischen Handelsministeriums über die deutsch-österreichische Zoll- und Handelseinigung. Wien 1850.“ Diese Antwort ist überraschend: Höfken hat also die Denkschriften seines Ministers nicht nur journalistisch vorbereitet und nach dem Erscheinen propagiert, er hat sie auch selbst verfaßt.

Auch Richard Charmatz wußte das noch nicht. In dem Buche, mit dem er Brucks Gedächtnis als des ersten großen Vorkämpfers für Mitteleuropa erneuert hat, erwähnt er Höfken nur einmal (auf S. 70) flüchtig als Schriftleiter der „Austria“. Für sein Buch als Ganzes verschlägt das nichts. Denn ob Bruck selbst oder einer seiner Mitarbeiter die Denkschriften ver-

---

titel: Austria. Archiv für Consularwesen, volkswirtschaftliche Gesetzgebung und Statistik. — 1883—1909 als Monatsschrift behielt sie anfangs (1883—1900) diesen Titel unverändert bei; zuletzt führte sie den alten Namen nur noch im Untertitel; 1901—1909: Österreichisches volkswirtschaftliches Archiv (vormals „Austria“). Herausgegeben vom k. k. Handelsministerium. Wien. Kranz.

<sup>67)</sup> Das zweite Blatt war für Berichte größeren Umfangs bestimmt, die in die „Austria“, die damals als Tageszeitung erschien, nicht aufgenommen werden konnten; vgl. die Broschüre „Karl Freiherr von Bruck“, Leipzig 1850; es erschien nur zwei Jahre lang. Der volle Titel ist: Mitteilungen über Handel, Gewerbe und Verkehrsmittel, sowie aus dem Gebiet der Statistik überhaupt, nach Berichten aus dem k. k. Handelsministerium. Herausgegeben von der administrativen Statistik. Wien, Gerold, 1850 und 1851.



faßt hat, ist lediglich eine interne Frage des Ministeriums. Dazu hat das Buch das Verdienst, den wichtigsten Teil dieser Denkschriften wieder allgemein zugänglich gemacht zu haben.

Auf Grund dieser neuen Erkenntnis können wir nun die Frage Wurzbachs, in der Hauptsache, beantworten und das Verzeichnis der Schriften Höfkens um einige Titel bereichern.

Die genannten beiden Denkschriften des Handelsministeriums von 1849 und 1850 sind also Höfkens Eigentum, soweit amtliche „Verlautbarungen“ Eigentum eines einzelnen sein können.

Im Dienst der Zoll- und Handelseinigung hat er die offiziellen Schriften herausgegeben. Zunächst die Schrift, welche die beiden grundlegenden Denkschriften in Buchform zusammenfaßte und unter die Leute brachte: Die Denkschriften des k. k. österreichischen Handelsministeriums vom 30. Dezember 1849 und 30. Mai 1850 und die Depesche des k. k. österreichischen Ministers des Äußeren vom 26. Juli 1850 in betreff der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung. Leipzig 1850. Verlag Costenoble und Rimmelman. 60 S. (Wir bezeichnen sie unten als A.)

Zwei Jahre später, nach Abschluß der Zollkonferenzen, die auf Einladung Schwarzenbergs in Wien stattfanden (vom 4. Januar bis zum 20. April 1852), hatte er die Öffentlichkeit über die Ergebnisse dieser Konferenzen zu informieren; es geschah in der Schrift: Die Wiener Zoll-Konferenzen. Ein getreuer Abdruck der wichtigsten Verhandlungsstücke nebst einer Vorrede. Wien 1852. Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei. XV + 231 Seiten.

Außerdem aber unterstützte er die große Aktion für die Zoll- und Handelseinigung noch durch private Arbeiten seiner Feder. Da auch sie letzten Endes auf amtliche Quellen zurückgehen, hat er sie gleichfalls ohne seinen Namen erscheinen lassen. Sie laufen den offiziellen Aktionen parallel und wollen die öffentliche Meinung für die gute Sache gewinnen. Der Titel der ersten Schrift lautet: Die Denkschriften des österreichischen Handelsministers Freiherrn von Bruck über die österreichisch-deutsche Zoll- und Handelseinigung, betrachtet mit Rücksicht auf die Umgestaltung des Deutschen Bundes. Wien 1850. Verlag Carl Gerold. IX + 322 Seiten (B).

Diese Schrift hält Charmatz irrtümlich gleichfalls für amtlich, so daß von den Denkschriften zwei (amtliche) Ausgaben nebeneinander erschienen wären, die größere in Wien (B), die oben genannte kleinere in Leipzig (A). Tatsächlich ist B eine Privatarbeit Höfkens, ihr Kern die „Beleuchtung“, die er den Denkschriften zuteil werden läßt, und das Bestreben, dem Gedanken der Zoll- und Handelseinigung Verbreitung zu verschaffen. Dazu ist allerdings die Kenntnis der Denkschriften nötig; er stellt sie daher an die



Spitze seines Buches<sup>68)</sup>; und dadurch hat sich Charmatz offenbar irreführen lassen.

Die zweite Privatarbeit knüpft an die österreichische Zollreform, durch die Bruck das österreichische Zollsystem dem Zollsystem des Zollvereins angenähert hatte, und die Konferenzen, die in Dresden stattfanden (vom 23. Dezember 1850 bis 15. Mai 1851), an. Ihr Titel lautet: „Deutschlands Zoll- und Handelseinigung mit Hinblick auf die österreichische Zollreform und die Dresdner Konferenzen.“ Regensburg 1851. Verlag Georg Joseph Manz, 294 Seiten.

Endlich könnte man an Höfken als den Verfasser der Skizze von Brucks Leben und Leistung denken, die 1850 in der Schriftenreihe „Die Männer der Gegenwart“ erschien<sup>69)</sup>. Ihr Verfasser ist zweifellos ein Mann vom Bau, da aber kein bestimmtes Merkmal für Höfken spricht, wird sie wohl von einem andern Herrn des Handelsministeriums stammen. Jedenfalls ist diese Schrift eines kundigen Fachmannes nicht ohne biographischen Wert; aus ihr spricht der Geist, mit dem die Männer der österreichischen Renaissance an ihre Arbeit gingen, und sie zeigt insbesondere die Leistung Brucks, der sein Ministerium zum „Muster aller Handelsministerien auf dem Kontinent“ gemacht habe. Mit dieser Einschätzung dürfte der Verfasser sogar recht haben.

Noch zwei weitere Schriften sind aus dem Feldzug des österreichischen Handelsministeriums für die österreichisch-deutsche Zoll- und Handelseinigung hervorgegangen; die erste wurde durch die schon oben erwähnte Zollkonferenz, die auf Einladung Schwarzenbergs in Wien vom 4. Januar bis 20. April 1852 stattfand, an der aber Preußen nicht teilnahm, die zweite durch die Zollkonferenz veranlaßt, die Preußen mit den Mitgliedern des

---

<sup>68)</sup> In der folgenden Inhaltsangabe machen wir den persönlichen Anteil Höfkens durch Sperrdruck kenntlich; darnach ergibt sich folgender Aufbau der Schrift: Vorwort, S. III—IX. Der vorbereitende Artikel der Wiener Zeitung vom 26. Oktober 1849, S. 1—10. Erste Denkschrift (mit Beilage), S. 11—45. Zweite Denkschrift, S. 46—94. Beleuchtung, S. 95—256. Schlußbetrachtung, S. 257—282. Anhang (6 Aktenstücke), S. 283—322.

<sup>69)</sup> Karl Freiherr von Bruck. Leipzig 1850. Verlag Costenoble und Rimmelmann. 48 Seiten. (Die Männer der Gegenwart. In Biographien, nebst Porträts. Nr. 4). — Von den Heften dieser Schriftenreihe waren bereits Nr. 5—17 angekündigt, darin sollten von den Männern des Ministeriums Schwarzenberg behandelt werden: Schwarzenberg (Nr. 6), Schmerling (Nr. 9), Thun (Nr. 11); es scheinen aber nur Nr. 1—4 erschienen zu sein (Radowitz, Bach, Heinrich von Gagern, Bruck). Der Verlag Costenoble und Rimmelmann, der sie von Nr. 3 an herausgab (vorher erschien sie in der Vereins-Verlagsbuchhandlung zu Leipzig), ist derselbe Verlag, bei dem in demselben Jahr die Ausgabe der Denkschriften des österreichischen Handelsministeriums erschien. Was für Beziehungen bestanden hier?



Deutschen Zollvereins in Berlin (vom 19. April bis 29. September 1852) abhielt, hervorgerufen. Der Titel der ersten Broschüre lautet:

Die Zollkonferenz in Wien in ihren notwendigen Folgen für das gesamte Deutschland. Mit offiziellen Aktenstücken. Leipzig 1852. Verlag Gustav Remmelmann. 94 Seiten<sup>70</sup>).

Die zweite heißt:

Die Zollkonferenz zu Berlin, die preußische Erklärung vom 7. Juni und die deutsche Zolleinigung. Leipzig 1852. Verlag Gustav Remmelmann. 47 Seiten.

Sie sind aber nicht von Höfken verfaßt. In beiden Schriften handelt es sich nicht um die positive Darlegung der „großartigen Idee“ Brucks, um die technische Durchführung des Grundgedankens, sondern um politische Polemik gegen Preußen. Ihr Verfasser dürfte KARL FERDINAND HOCK sein. Denn — nach Wurzbach<sup>71</sup>) — stammt die erste Broschüre aus Hocks Feder. Damit ist auch die zweite für ihn gesichert; denn beide Broschüren stammen nach Inhalt und Stil offenbar von demselben Verfasser.

Das Bedeutsamste aber bleibt, daß Höfken die beiden Denkschriften von 1849 und 1850 sowie den vorbereitenden Artikel in der Wiener Zeitung (vom 26. Oktober 1849), wenn auch in Fühlung mit seinem Minister, selbst verfaßt hat. Während Höfken durch diese Entdeckung an Bedeutung gewinnt, verliert doch gleichzeitig sein Minister Bruck nichts. Im Grunde ist es selbstverständlich, daß ein Minister nicht Zeit hat, derartige Denkschriften selbst zu verfassen; er bedarf dazu eines Mitarbeiters, dem er diese Arbeit übertragen kann. In Höfken hatte Bruck ihn. Aber daß er ihn hatte, ist kein Zufall, sondern Brucks eigenes Werk. Er hatte sich diesen Mann ja selbst ins Ministerium geholt, um ihn im Dienst seiner „großartigen Idee“ zu verwenden.

Auch der Gegenspieler Brucks, der preußische Handelsminister AUGUST VON DER HEYDT<sup>72</sup>), merkwürdigerweise ein Sohn derselben Stadt wie Bruck (beide sind in Elberfeld geboren), hatte einen Höfken zur Verfü-

<sup>70</sup>) Auf S. 45 (u. 60) dieser Schrift wird der „k. k. Sektionsrat Höfken“ als Verfasser der 1851 in Regensburg erschienenen Schrift genannt.

<sup>71</sup>) WURZBACH, IX, 79: „Als ein Ergebnis seiner amtlichen Tätigkeit unter Freiherrn von Bruck ist sein Werk „Die Wiener Zollkonferenzen, Wien 1852“ zu betrachten.“ — Der Titel ist ungenau (Plural!) wiedergegeben, die Angabe selbst wird richtig sein. — Auch die Angabe, daß Hock die Schrift „unter Freiherrn von Bruck“ geschrieben habe, ist ungenau. Bruck war bereits im Mai 1851 zurückgetreten, aber Schwarzenberg setzte seine Wirtschaftspolitik der Zoll- und Handelseinigung auch ohne Bruck fort. (Er starb während der Konferenz, am 5. April 1852.)

<sup>72</sup>) ALEXANDER BERGENGRÜN, Staatsminister August Freiherr von der Heydt. Leipzig 1908.



gung. Er hieß RUDOLF DELBRÜCK<sup>73</sup>). Als Bruck seinen Feldzug für die Zoll- und Handelseinigung am 26. Oktober 1849 mit dem Artikel Höfkens in der Wiener Zeitung eröffnen ließ, antwortete ihm von der Heydt am 7. November mit einem Artikel aus Delbrücks Feder in dem (preußischen) Staats-Anzeiger. Beide Artikel waren offiziös, beide erschienen ohne den Namen ihres Verfassers; denn der zufällige Verfasser war Nebensache. Und so hat auch Delbrück manche Denkschrift und manchen Artikel offiziellen Charakters verfaßt.

Doch besteht — bei aller Parallelität ihrer amtlichen Tätigkeit — ein deutlicher Unterschied in der Stellung Höfkens und Delbrücks zu ihren Ministern. Höfken war in der Tat wesentlich die Feder seines Ministers; Delbrück war dies auch, aber erst in zweiter Linie. Delbrück war von seinem Eintritt ins Handelsministerium an (1849) — auch in Preußen war das Handelsministerium eine Frucht des Sturmjahres — Sachbearbeiter<sup>74</sup>); er hatte die Fragen der Zollunion selbst zu bearbeiten, Höfken hatte sie nur schriftstellerisch zu vertreten. Delbrück war Träger eigener Gedanken — Gedanken, denen sein Minister zustimmte. Er konnte später von sich selbst sagen, daß er „tatsächlich die treibende Kraft der preußischen Handelspolitik wurde“<sup>75</sup>). Daher ist es zweifelhaft, ob Delbrück und Höfken sich persönlich kennengelernt haben. Denn als Delbrück zu Verhandlungen in Wien war (1850), hatte er nicht mit Höfken zu verhandeln (der war ja nicht Sachbearbeiter), sondern mit den Hofräten HOCK, CZOERNIG und BECHER<sup>76</sup>), hauptsächlich mit den beiden ersten. „Die Herren Hock und Czoernig waren

<sup>73</sup>) RUDOLF VON DELBRÜCK, Lebenserinnerungen, 2 Bde. Leipzig 1905. Über ihn: KARL VON HELFFERICH, Biographisches Jahrbuch, Bd. IX (1906), S. 365—391.

<sup>74</sup>) 1849 Geheimer Regierungsrat und vortragender Rat, 1859 Ministerialdirektor. — Delbrück hatte als Beamter eine bedeutendere Stellung als Höfken, er wäre bei der nächsten Vakanz Handelsminister geworden; da wurde Bismarck auf ihn aufmerksam und berief ihn zu seinem Mitarbeiter: 1867 Präsident des (neugeschaffenen) Bundeskanzleramtes, nach der Reichsgründung des Reichskanzleramtes.

ERWIN VON SCALA, Die wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen vom Wiener Kongreß bis zum Zusammenbruch. In dem Sammelwerk von Kleinwächter und Paller: „Die Anschlußfrage.“ Wien-Leipzig 1930, S. 19—35. Dort wird (S. 29) Delbrück irrtümlich als Minister bezeichnet; derselbe Irrtum findet sich schon bei RUDOLF SIEGHART, Zolltrennung und Zolleinheit. Die Geschichte der österreichisch-ungarischen Zwischenzoll-Linie. Wien 1915, S. 117. Da aber Delbrück tatsächlich die preußische Handelspolitik unter dem Minister von der Heydt wesentlich bestimmt hat, so ist dieser Irrtum belanglos. — Von der Angabe, daß nach Brucks Tode zuerst Höfken seine Nachfolge angeboten sei, dieser aber abgelehnt habe (ADB, Kölnische Zeitung 1889, Nr. 228), ist wenig zu halten: sie fehlt bei Wurzbach. Auch stand Höfken nicht hoch genug.

<sup>75</sup>) Lebenserinnerungen, Bd. I, S. 211.

<sup>76</sup>) SIEGFRIED BECHER (Jude, katholisch), Wurzbach, I, 208, ADB II, 204.



mit ihrem Minister die treibende Kraft des Planes, der erste von der finanziellen und zolltechnischen, der zweite, der geniale Schöpfer der österreichischen Statistik, von der wirtschaftlichen Seite.“

Dazu kommt, daß Delbrück mit den österreichischen Herren nicht in gesellschaftlichen Verkehr kam; man sah sich nur bei den amtlichen Gelegenheiten. „Gesellschaftlich war ich“, schreibt DELBRÜCK<sup>77)</sup>, „in Wien äußerst wenig in Anspruch genommen. Es war für die Wiener Gewohnheiten im Vergleich zu den Berliner charakteristisch, daß keiner von den österreichischen Beamten, mit welchen ich zu verhandeln hatte, mir auch nur eine Tasse Tee vorsetzen ließ.“ So kommt es, daß der Verfasser der Bruckschen Denkschriften in Delbrücks Lebenserinnerungen überhaupt nicht genannt wird.

Als Bruck zum zweiten Male Minister wurde (1855—1860), diesmal Finanzminister, mit der ausgesprochenen Aufgabe, die zerrütteten Finanzen Österreichs in Ordnung zu bringen, hat er sich seinen bewährten Mitarbeiter ins Finanzministerium herübergeholt (ebenso auch Hock). Wiederum hat er — diesmal aber nicht am Beginn seiner Tätigkeit, sondern gegen ihr Ende — eine Denkschrift von Bedeutung ausgehen lassen: „Die Aufgaben Österreichs“ (1859).

Die Konstellation bei der Geburt dieser Denkschrift war eine völlig andere als 1849/50 im Ministerium Schwarzenberg. Damals handelte es sich darum, einen Grundgedanken ressortmäßig zu verarbeiten und ihn in die einzelnen Paragraphen zu fassen, ohne die er nicht amtliche Wirklichkeit werden kann. Die neue Denkschrift aber greift über alle Ressorts hinaus, sie hat den Staat in seiner Gesamterscheinung zum Gegenstand; sie ist nicht das Werk eines Fachmannes, sondern eines Politikers, eines Staatsmannes.

Wieder war eine Krisis über Österreich gekommen. Diesmal nicht von innen durch die Revolution, sondern von außen durch die Niederlage im Krieg gegen Frankreich und Sardinien. Der Friede von Villafranca, am 12. Juli 1859, machte zwar dem Blutvergießen ein Ende. Aber wie sollte sich Österreich von dem Schlage wieder erholen? — In dieser tiefen Depression entwarf Bruck (so wird im Vorwort zu der Buchausgabe der Denkschrift berichtet), die „Skizzen einer Denkschrift, welche den einzuschlagenden Gang der Regierung, sowohl im Innern als nach Außen, zeichnen sollte. Die außerordentlichen Ereignisse hatten die ganze Staatsmaschine ins Stocken gebracht, . . . überall fühlte man, das Bisherige sei abgelebt. Der Finanzminister, der täglich neue Mittel für die immensen Heeresbedürfnisse herbeischaffen mußte, hatte diese Zerrüttung aller Verhältnisse klarer vor

---

<sup>77)</sup> Lebenserinnerungen, I, 257.



Augen als alle andern; jedoch ungebeugten Mutes und voll Zuversicht in die ungebrochene Kraft des Reiches dachte er daran, durch zweckmäßige Reformen das Vertrauen neu zu beleben.“ Zehn Jahre nach der Revolution war schon wieder eine gründliche Umgestaltung des Staates nötig geworden. Was muß geschehen?

Die Denkschrift antwortet: der Staat muß zwei neue Grundpfeiler erhalten. Eine Verfassung (das heißt: eine Verfassung für den Gesamtstaat, für das große, einheitliche Kaisertum Österreich) und die Erkennung des deutschen Berufs Österreichs. Es ist kein Zweifel, daß diese Denkschrift entscheidend dazu beigetragen hat, daß der Kaiser und die österreichische Regierung sich vom reinen Absolutismus abwandten und in verfassungsmäßige Bahnen einlenkten; bereits im August 1859 wurde Bach entlassen. Im zweiten Punkt freilich steht es anders: die deutsch-zentralistische Leitung des Gesamtstaats war erschüttert. Die Gedanken, welche die Denkschrift als Regierungsprogramm entwickelt und wirksam zusammenfaßt, sind neu nur in ihrer aktuellen Zusammenfassung. Diesen Gedanken hat er für seine Person schon immer nachgelebt. Verfassung und deutscher Beruf Österreichs waren schon immer sein *privates Bekenntnis*. Der Verfassung wegen (das ergibt sich vielleicht als Rückschluß aus der neuen Denkschrift) hat er sich frühzeitig von Schwarzenberg getrennt, der sich weigerte, Österreichs Verfassung in Kraft zu setzen, und dem deutschen Beruf Österreichs wollte er schon mit seinem Programm der Zoll- und Handelseinigung Mitteleuropas dienen. Es ist aber nicht nur Brucks persönliches Programm, es ist das Programm des ganzen fortschrittlich gesinnten Teils der zentralistischen Richtung Österreichs, insbesondere der zentralistisch gesinnten deutschen Beamenschaft. Es ist also auch Höfkens Bekenntnis. Wir haben keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß Höfken auch diese Denkschrift seines Ministers verfaßt hat.

Diese Staatsschrift hat „der getreueste Diener zuerst dem Kaiser im Manuskript vorgelegt, dann wurde sie in der Hofdruckerei als Manuskript in wenigen Exemplaren gedruckt“. Sie war also nur für den internen und internsten Gebrauch bestimmt. (Dieser Druck war uns nicht zugänglich.)

Erst nach dem jähen Sturz und dem ebenso jähen Tode Brucks (23. April 1860) wurde die Denkschrift veröffentlicht, unter dem ursprünglichen einfachen Titel „Die Aufgaben Österreichs“ (Leipzig 1860. Verlag Otto Wigand, XII, 98 Seiten)<sup>78)</sup>. Brucks Name fehlt auf dem Titelblatt. Aber die Einleitung nennt ihn als Verfasser und gibt die Daten über ihre Entstehung (die wir oben mitgeteilt haben).

<sup>78)</sup> Von preußischer Seite erschien darauf eine Antwort: „Die Aufgaben Preußens gegenüber der Schrift des Ministers von Bruck Die Aufgaben Österreichs.“ Halle 1869. Verlag C. E. M. Pfeffer. 23 S.



Ihre Veröffentlichung war ein Akt der Pietät. Mit ihrer Veröffentlichung wollte der Herausgeber dem gestürzten und verdächtigten Manne ein Denkmal setzen „als Staatskünstler, als Patrioten, als politischem Charakter“. „In diesen wenigen Druckseiten ist die Quintessenz eines stürmisch bewegten Lebens, das Resultat sorgenvoller Nächte um das Gedeihen Österreichs, die reife Frucht angestregten Nachdenkens und rastloser Studien im Gebiete der Staatsökonomie, und die Überzeugung eines übereifrigen Patrioten, daß nur durchgreifende Reformen zum Ziele führen, enthalten.“ Auch diesen Akt der Pietät würden wir gerne Höfken zuschreiben, wagen aber doch nicht, Vorwort und Herausgabe der Schrift ihm positiv zuzuschreiben.

Den „deutschen Beruf Österreichs“ aber hat Bruck nicht erst jetzt entdeckt; er hat ihn schon immer gekannt. Eine der Aufgaben (auf die andern brauchen wir hier nicht einzugehen), die Österreich durch seinen „deutschen Beruf“ auferlegt wird, ist die Stärkung des deutschen Elements in seinen Kronländern: speziell in Ungarn.

Die Förderung des wirtschaftlich noch wenig entwickelten Ungarn durch deutsche Kräfte, insbesondere durch die Berufung deutscher Kolonisten, war schon ein Programmpunkt des Ministeriums Schwarzenberg, des Ministeriums der österreichischen Renaissance.

Damit lenken wir wieder in Listsche Bahnen ein und sehen, welche Gestalt Lists Gedanke in den Händen der österreichischen Politiker angenommen hat.

### 3. Höfken und die Kolonisation in Ungarn

Als eins der Mittel, die innere Erneuerung Österreichs zu fördern (unter „Österreich“ ist hier immer der Gesamtstaat mit Einschluß Ungarns zu verstehen) wurde vom Ministerium Schwarzenberg tatsächlich auch ins Auge gefaßt, Kolonisten in seine landwirtschaftlich noch unentwickelten Landesteile, d. h. nach Ungarn und seinen Nebenländern zu rufen und durch sie den Aufschwung des Landes in die Wege zu leiten. Was die österreichische Regierung auf diesem Gebiet gewollt und geleistet hat, war bisher so gut wie unbekannt, hat aber neuerdings eine eingehende Darstellung — von JOHANN KÓSA — gefunden<sup>79)</sup>. Wir verweisen auf sie für alle Einzelheiten.

Am 1. Oktober 1849 wurde der erste amtliche Schritt dazu getan: der österreichische Ministerrat beriet über die Kolonisation in Ungarn und setzte eine Kommission ein, welche die Durchführung der Kolonisation

<sup>79)</sup> JOHANN KÓSA, Die ungarische Kolonisationsfrage um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Wien 1938. Sonderabdruck aus dem Jahrbuche des Graf Kuno Klebelsberg-Instituts für ungarische Geschichtsforschung in Wien. S. 53.



vorbereiten sollte. Sie bestand aus den Vertretern der an der Kolonisationsfrage beteiligten Ministerien. Federführend war, wie das in der Natur der Sache liegt, das Ministerium für Landeskultur (und Bergwesen); der Minister selbst, FREIHERR VON THINNFELD führte den Vorsitz, Referent war ein Herr seines Ministeriums, Ministerialrat EMIL VON KLEYLE<sup>80</sup>). Außerdem entsandten noch vier Ministerien ihre Vertreter in die Kommission, nämlich das Ministerium der Finanzen, des Innern, des Handels und der Justiz. Diese Minister waren FREIHERR PHILIPP VON KRAUSS, ALEXANDER VON BACH, der, anfangs Justizminister, im Juli 1849 die Nachfolge des Grafen STADION, des Ministers für Verfassungsfragen, angetreten hatte und als Minister des Innern nun Minister gegen die Verfassung wurde, FREIHERR VON BRUCK und endlich ANTON RITTER VON SCHMERLING, der als Nachfolger Bachs Justizminister geworden war. Die Namen der Beamten, die diese Minister in die Kolonisations-Kommission entsandten, sind: die drei Ministerialräte VON SZÖGYÉNY, VON ZELLNER, VON KELER, die drei Sektionsräte VON NAGY, VON LESSNER, Dr. HÖFKEN<sup>81</sup>). Zwei von ihnen verdienen besondere Beachtung: Szögyény und unser Höfken.

Herausgekommen ist, um dies vorwegzunehmen, bei der Sache nicht viel. Erst nach neun Jahren, am 23. Dezember 1858, ist man so weit, Bestimmungen für die Durchführung der Kolonisation zu erlassen. Es geschieht in der „Kaiserlichen Verordnung vom 23. Dezember 1858, wirksam für die Königreiche Ungarn, Kroatien und Slawonien, die serbische Wojwodschaft mit dem Temeser Banate und das Großfürstentum Siebenbürgen, womit die, neu entstehenden landwirtschaftlichen Ansiedlungen zu gewährenden Begünstigungen und die Bedingungen zu deren Erlangung festgestellt werden“<sup>82</sup>). Aber jetzt hatte das Gesetz keine praktische Bedeutung mehr.

„Es war nicht mehr als ein Stück Papier, nicht mehr als ein Musterbeispiel des bürokratischen Arbeitstempos des absolutistischen Staates“ (KÓSA, S. 121). Es wurde nicht mehr ausgeführt.

<sup>80</sup>) Erst bei der Auflösung des Ministeriums für Landeskultur (1853) wurde Kleyle — mit der Abteilung, welche die Kolonisationsangelegenheit zu bearbeiten hatte — in das Finanzministerium übernommen. WURZBACH, 12, 85; KÓSA, S. 53 f. ist hier ungenau. — Österreich hat sich von 1853—1867 ohne Landwirtschaftsministerium beholfen. — Über Kleyles Stellung im Jahre 1848 siehe HEINRICH RESCHAUER, Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution. Wien 1876. Bd. I, S. 131, 141.

<sup>81</sup>) HÖFKEN, S. 180. Statt von Keler nennt Kósa (S. 54) vielmehr von Koller.

<sup>82</sup>) Reichsgesetzblatt für das Kaisertum Österreich. 1858, S. 717—721. Außer dem Kaiser und dem Premierminister (dem Grafen BUOL-SCHAUENSTEIN) ist die Verordnung vom Innenminister Bach unterzeichnet; die Führung der Sache war also inzwischen ans Ministerium des Innern übergegangen.



Ein wesentliches Verdienst an diesem Arbeitstempo hatte der Vertreter des Finanzministeriums in der Kommission, der Ministerialrat JOHANN [JANOS] VON SZÖGYÉNY<sup>83)</sup>. Er war ein „alter Kameralbeamter, der trotz seinem jahrzehntelangen Aufenthalt in Wien seine ungarische Gesinnung nie aufgegeben hatte“. Er hielt es daher für seine Aufgabe, die Einführung österreichischer Einrichtungen in Ungarn zu verhindern. Er betrieb also mit amtlichen Mitteln und in legaler Form (als erfahrener Beamter verstand er sich auf diese Kunst) die Sabotage eben des Plans, den seine Regierung betrieb.

Szögyénys Antipode war HÖFKEN; er war mit dem Herzen bei der Sache.

Aber wer war der Urheber des Plans? Das heißt: welcher der fünf Minister hat die Aufnahme des Kolonisationsplans in das Regierungsprogramm veranlaßt?

Der Minister für Landeskultur, Thinnfeld, verteilte zwar schon bei der ersten Verhandlung im Ministerrat, am 1. Oktober 1849, eine Denkschrift; über ihren Inhalt wissen wir nichts Näheres. Es macht nicht den Eindruck, als habe er in dieser Angelegenheit eine nennenswerte Initiative entfaltet. KÓSA bemerkt einmal (S. 56): die Sache wurde dem Ministerium für Landeskultur zugewiesen, „was gleichbedeutend war mit ihrer endgültigen Beiseitelegung“. Auffallend ist auch, daß er in der ersten Sitzung forderte, daß die ganze Frage seinem Ressort unterstellt werde. War das nicht selbstverständlich? Also scheint es, war die Anregung zur Kolonisation in Ungarn nicht von ihm, dem Landwirtschaftsminister, ausgegangen; er nahm die Durchführung der Sache, scheint es, erst nachträglich für sein Ministerium in Anspruch.

Die Nekrologe<sup>84)</sup> wissen nichts von einem Interesse THINNFELDS für die Kolonisation in Ungarn zu melden.

Von KRAUSS, der aus Galizien kam, und von BACH ist es nicht bekannt, daß sie von sich aus Interesse für Kolonisation in Ungarn gehabt hätten. SCHWARZENBERG dachte vorübergehend an Deportierung revolutionärer Madjaren nach Algier oder Brasilien, kommt also auch als Vater

<sup>83)</sup> KÓSA, S. 54, 81, Anmerkung 26, S. 135. Szögyény starb 1858; vgl. Nagy, Iván: Magyarország Családai. Bd. 10 (Pest 1863), S. 847 (= Genealogisches Handbuch). Diese wie manche andere Ungarische betreffende Angabe verdanke ich dem Ungarischen Institut an der Universität Berlin.

<sup>84)</sup> WURZBACH. Wilhelm Ritter von Haidinger, Zur Erinnerung an Ferdinand Freiherrn von Thinnfeld. Vorgelegt in der Sitzung der k. k. geologischen Reichsanstalt am 21. April 1868. Wien 1868. — Dieser zweite Nekrolog ist allerdings rein geologisch orientiert; daß hier die ungarische Kolonisation nicht erwähnt wird, besagt also nichts.



des positiven Gedankens in dem Programm seines Ministeriums nicht in Betracht. Anders steht es mit SCHMERLING und BRUCK.

SCHMERLING<sup>85)</sup> war, so viel wir wissen, der erste, der den Plan, Kolonisten in großer Zahl nach Ungarn zu berufen, amtlich vertreten hat. Und zwar hat er das bereits getan, bevor er Minister geworden war. Bereits in Frankfurt hat er — in seiner Eigenschaft als österreichischer Bevollmächtigter bei der deutschen Zentralgewalt — den ersten amtlichen Schritt in dieser Angelegenheit getan<sup>86)</sup>. Am 21. Januar 1849 nämlich, unter dem Eindruck des ersten erfolgreichen Vordringens der österreichischen Truppen unter Windischgrätz in Ungarn (der Rückschlag und die Siege der ungarischen Revolutionsgenerale, die das Eingreifen Rußlands notwendig machten, kamen erst später) — schon am 21. Januar 1849 macht Schmerling dem deutschen Handelsminister DUCKWITZ von dem Plane der österreichischen Regierung Mitteilung: in Ungarn „reiche Strecken Landes der Kultur fleißiger Hände anzuvertrauen, und einer großen Zahl Deutscher, die nun in fremden Weltteilen eine neue Heimat suchen, diese ganz nahe und unter verwandten und befreundeten Bewohnern zu verschaffen“. Er hat den Wunsch, die Unterstützung von Duckwitz für ein Unternehmen zu gewinnen, das „für Deutschland dadurch segensreich werden kann, daß Tausende seiner Söhne dem Vaterlande erhalten werden“.

Wir kennen diese Melodie. Schmerling hat offenbar bei seinem Besuch in Olmütz, wo er sich über die Haltung der österreichischen Regierung speziell in den deutschen Angelegenheiten orientieren wollte, diesen Auftrag erhalten. Das werdende deutsche Reich schien ihm der gegebene Bundesgenosse für das Projekt, das Frankfurter Terrain der beste Boden, es zu fördern. Schmerling kannte ja die Frankfurter Verhältnisse wie kaum ein zweiter; er war ja nicht nur Abgeordneter (als solcher gehörte er zur Casino-Partei, der Rechten); er war außerdem der Reihe nach in den wichtigsten amtlichen Stellungen tätig: zuerst als (letzter) österreichischer Gesandter beim alten Bundestag, dann als Reichsminister des Innern und Äußern (vom 15. Juli bis 5. August), in dieser Zeit war er tatsächlich der maßgebende Minister, dann (vom 5. August bis 13. Dezember) Minister des Innern, als solcher führte er seit dem 16. September auch den Vorsitz im Ministerrat.

SCHMERLING hatte die Genugtuung, daß das ungarische Kolonisations-

<sup>85)</sup> ALFRED RITTER VON ARNETH, Anton Ritter von Schmerling. Episoden aus seinem Leben. 1835, 1848—1849. Wien 1895. S. 275: „Schmerling war mit Bruck seit ihrem mehrmonatlichen Aufenthalt in Frankfurt befreundet.“

<sup>86)</sup> GEORG LEIBBRANDT und FRITZ DICKMANN, Auswanderungsakten des Deutschen Bundestags (1817—1866) und der Frankfurter Reichsministerien (1848/49). Stuttgart 1932, S. 65.



projekt auch im Frankfurter Reichstag zur Erörterung kam. Bereits acht Tage, nachdem er sein Schreiben an DUCKWITZ gerichtet hatte, am 29. Januar 1849 brachte der Abgeordnete FRIEDRICH SCHULZ<sup>87)</sup> aus Weilburg (anfangs Mitglied des Württemberger Hofes, also Parteigenosse Höfkens, seit dem Juli Mitglied der Partei der Westendhalle, die sich durch Ausscheiden aus der Gesellschaft des Württemberger Hofes gebildet hatte) die Angelegenheit im Plenum zur Sprache. „Wer könnte“, sagte er in seiner Rede über die Donaufrage<sup>88)</sup>, „an der Wichtigkeit der Auswanderungsfrage in die Donauländer zweifeln. Ich freue mich, daß der österreichische Bevollmächtigte bei der Reichsgewalt diesen Gegenstand in die Hand genommen hat; er hat damit den glücklichsten Griff seines Lebens getan.“ Es müsse sobald als möglich „durch eine gesicherte Rechtsgrundlage in Ungarn der geeignete Boden für deutsche Einwanderung geschaffen werden“.

Aber die Interpellation vom 29. Januar 1849 hatte Schulz schon vor einem Vierteljahr eingereicht; damals aber war Schmerling noch nicht österreichischer Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt. War Schmerling also der erste Österreicher, der amtlich für die Kolonisation in Ungarn eintrat, so ist er damit noch nicht als der nachgewiesen, der die Regierung Schwarzenberg veranlaßt hat, sie in ihr Programm aufzunehmen; er wird es um so weniger sein, als er ja dieser Regierung gar nicht angehörte. Er hat während seines Aufenthaltes in Olmütz den Auftrag von der Regierung erhalten, in Frankfurt Bundesgenossen für die Durchführung des Kolonisationsplanes zu suchen; dieser Gedanke war also bereits ein Stück des Regierungsprogramms.

Bleibt also von den Ministern nur noch BRUCK übrig. Hat er vielleicht diesen Gedanken aus Frankfurt nach Olmütz und Wien mitgebracht? Wir sind über die Einzelheiten seines Aufenthaltes in Frankfurt nicht unterrichtet. Aber es gibt einen zwingenden Beweis dafür, daß er sich schon sehr früh, lange vor dem 1. Oktober 1849, das heißt: lange vor der ersten Sitzung des Ministerrats, die sich mit der Kolonisation in Ungarn befaßte, mit diesem Projekt befaßt hat: Bruck hat nämlich ein Werk ausarbeiten lassen, das der geplanten Kolonisierung in Ungarn dienen sollte, indem es die frühere Kolonisationsbewegung darstellte und damit die historischen Unterlagen für das neue Kolonisationswerk lieferte. Spätestens Ende 1849

<sup>87)</sup> Der Abgeordnete Friedrich Schulz war Lehrer am Gymnasium in Weilburg, seit 1843 mit dem Titel Konrektor (nicht Rektor; so wird er bezeichnet bei OTTO WAGNER, *Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den vierziger Jahren, 1840—1848*. Marburg 1935, S. 62), 1859 Professor; seit 1864 in Wiesbaden, wo er 1867 starb. ALBERT HERRMANN, *Gräber berühmter und im öffentlichen Leben bekannt gewordener Personen auf den Wiesbadener Friedhöfen*. Wiesbaden 1928, S. 144 f.

<sup>88)</sup> *Stenographische Berichte*, Bd. VII, S. 4927.



lag es, ein Buch von 150 Seiten, großen Formats, als Manuskript gedruckt, fertig vor. Wie lange vorher muß es also begonnen sein!

Dies Werk nennt, wie bei amtlichen Schriften üblich, nicht den Namen seines Verfassers; sein Titel ist: „Deutsches Colonialwesen in Ungarn und Siebenbürgen im 18. und 19. Jahrhundert. Abschnitt als Manuskript gedruckt, aus dem Texte zu der im Ministerium des Handels von der Direction der administrativen Statistik bearbeiteten ethnographischen Karte der österreichischen Monarchie.“ Wien 1849. (Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei. VI + 94 + 54 Seiten.) Sein Verfasser ist JOSEPH VINCENZ HÄUFLER, einer der Beamten des Handelsministeriums, der in der statistischen Sektion unter Czoernig diente.

Später wurde diese Arbeit auch der Öffentlichkeit übergeben. Zwar nicht als selbständige Schrift, aber als ein Teil des großen Werkes, das die Direction der administrativen Statistik herausgab und das daher CZOERNIGS Namen trägt: Ethnographie der österreichischen Monarchie. Bd. I—III. Wien 1857. Die von Häufler verfaßte Arbeit findet sich dort in dem Ungarn gewidmeten Teil (Bd. II, III), und zwar im dritten Bande; die Darstellung auf S. 1—94, die Beilagen (sie haben besondere Seitenzählung) auf S. 1—54.

Wenn also dies Buch, das eine ausgezeichnete wissenschaftliche Leistung ist, spätestens Ende 1849 gedruckt vorlag, so muß, das folgt unweigerlich daraus, BRUCK es sofort nach seiner Ernennung zum Minister in Auftrag gegeben haben. Vorher aber muß er sich SCHWARZENBERGS Zustimmung versichert haben. Das heißt mit andern Worten: die Kolonisation in Ungarn ist von Anfang ein Punkt im Regierungsprogramm Schwarzenbergs, und Bruck ist es, der sie ins Regierungsprogramm gebracht hat.

Daß diese Arbeit so schnell fertiggestellt wurde, ist eine erstaunliche Leistung, nur möglich, weil Bruck in HÄUFLER den besten Kenner der Ethnographie Ungarns zur Verfügung hatte. Czoernig kannte ihn und holte ihn als den besten Sachkenner für diese Arbeit heran<sup>89)</sup>. HÄUFLER (1810—1852)

<sup>89)</sup> LUDWIG BITTNER, Gesamtinventar des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Wien, Bd. I (1936) enthält auf S. 1—166 die Biographien der Archivbeamten; darin S. 50 f. über Häufler: er „hat am Staatsarchiv seine historisch-geographischen Studien fortgeführt und eine historische Karte des österreichischen Kaiserstaates sowie eine Sprachenkarte desselben Gebietes gezeichnet (1848). Diese Studien kamen ihm zugute, als die Direction der administrativen Statistik beim Handelsministerium eine offizielle ethnographische Karte der österreichischen Monarchie abzufassen unternahm, und Häufler wurde (November 1849) zwecks Bearbeitung des Textes für diese Karte als Ministerialsekretär in dieses Ministerium übernommen“. Häufler hat also die Arbeit über das deutsche Colonialwesen in Ungarn und Siebenbürgen noch als Beamter des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, dem er von 1847 (April) bis 1849 (Oktober) angehörte, ausgeführt, aber bereits im Auftrage Czoernigs und Brucks; im November 1849 trat er dann ins Handelsministerium über. Vgl. Wurzbach, VII, 185; Czoernig, Biographische Notizen. Wien 1875. Der größte



war ein Mann von wissenschaftlicher Bedeutung, der lange in Ungarn gelebt hatte, und zwar in einer Position, in der ihm alle Hilfsmittel zu Gebote standen, als Erzieher des Sohnes des Palatins Erzherzog JOSEPH. HÄUFLER war der erste, der die ethnographische Betrachtung auf den gesamten Kaiserstaat Österreich ausdehnte; und zwar tat er das schon vor der ungarischen Revolution. Im Jahre 1846 erschien sein grundlegendes Werk „Sprachenkarte der österreichischen Monarchie samt erklärender Übersicht der Völker dieses Kaiserstaates, ihrer Sprachstämme und Mundarten, ihrer örtlichen und numerischen Verteilung“ (Pest 1846, zweite Auflage 1849). HÄUFLER, nicht Czoernig, ist der Begründer der österreichischen Ethnographie. Wann HÄUFLERS Arbeit gedruckt vorlag, ist nicht überliefert, geht auch aus JOHANN KÓSAS Buch nicht hervor. Sollte sie etwa mit der Denkschrift identisch sein, die der Landwirtschaftsminister THINNFELD bereits am 1. Oktober 1849 verteilen konnte? Oder wie ist sie sonst den Beteiligten zugegangen und (was im amtlichen Leben wesentlich ist) aktenkundig geworden?

Ist CZOERNIGS „Ethnographische Karte“ und seine „Ethnographie der österreichischen Monarchie“ unter den Auspizien BRUCKS begonnen, so rückt damit sein Doppelwerk (Karte und Text dazu) in eine neue Beleuchtung. Es soll der Renaissance Österreichs dienen. Insbesondere sollen die beiden Bände über Ungarn — in Anknüpfung an die Kolonisation des 18. Jh.s — eine neue Periode der Kolonisation in Ungarn vorbereiten. Diese Bände als die dringlichsten werden zuerst fertiggestellt; aber ebenso wie Ungarn sollte jedes Kronland der Monarchie seine ethnographische Darstellung erhalten; das Werk sollte also viele Bände umfassen. Wie wertvoll mußte z. B. eine Darstellung der ethnographischen Verhältnisse in den Sudetenländern mit ihrem deutsch-tschechischen Gegensatz oder Galiziens mit seiner polnisch-ukrainischen Rivalität werden, verfaßt zu einer Zeit, wo der Nationalitätenkampf noch nicht im vollen Gange war! Aber es ist nicht mehr dazu gekommen. Die meisten Bände sind ungeschrieben geblieben. Behandelt sind nur zwei, sage und schreibe, zwei Kronländer, Ungarn und Niederösterreich. Das Werk ist ein Torso geblieben<sup>90</sup>).

---

Teil der unter Czoernigs Namen gehenden „Ethnographie der österreichischen Monarchie“ ist also von HÄUFLER verfaßt, nämlich Bd. II, III (Ungarn und Siebenbürgen) ganz; Bd. I (Niederösterreich) zum großen Teil (Druckbogen 1—19; siehe Vorrede zu Bd. I).

<sup>90</sup>) Erschienen sind nur drei Bände. Ihr Inhalt ist: Band I: 1. Ethnographische Übersicht über den Gesamtstaat. 2. Niederösterreich. 3. Österreichs Neugestaltung, d. h. die Neugestaltung von Gesamt-Österreich. Die Darstellung dieser Neugestaltung ist — unorganisch — in die Behandlung des Landes Niederösterreich eingeschoben, eine schriftstellerische Anomalie. CZOERNIG hat das offenbar selbst gefühlt. Er hat diese Darstellung aus diesem Zusammenhang gelöst und ein Jahr später als selbständiges Buch erscheinen lassen, unter dem Titel: Österreichs Neugestaltung



Und weshalb blieb das große Werk ein Torso? Was CZOERNIG in seinen Lebenserinnerungen als Grund für das Nichtzustandekommen von BRUCKS Plan der Zoll- und Handelsunion angibt (oben S. 324), das gilt auch für das Nichtzustandekommen seines großen Werkes: „Die Umstände waren nicht darnach angetan, das Vorhaben zu begünstigen.“ Und wie dem Werke Czoernigs, so erging es auch der österreichischen Renaissance: sie blieb in den Anfängen stecken.

Neben BRUCK saß auch BACH im Ministerium Schwarzenberg, neben das „große einige Österreich“, das Bruck und seinen Mitarbeitern vorschwebt, tritt zugleich das Neuösterreich Bachs. Die Regierungsmethoden, die es anwendet, lähmen den Aufschwung der Geister und machen die Erreichung des angestrebten Zieles unmöglich. Großösterreich bleibt ein Traum, der nie verwirklicht wird; an die Stelle der Reichseinheit tritt bald die Teilung des Reiches in zwei Teile, die durch künstliche Konstruktion zusammengehalten werden und den Schein einer Großmacht vortäuschen. Nach einigen Übergangsversuchen (seit 1860) kommt 1867 der „Dualismus“ zum Siege. Ein Werk wie das CZOERNIGS ist jetzt unmöglich. Schon sein Titel ist unzeitgemäß geworden. Statt „Ethnographie der österreichischen Monarchie“ müßte er vielmehr lauten: „Ethnographie der österreichisch-ungarischen Monarchie“.

Seine Apotheose hatte das Bachsche Neuösterreich bereits im Jahre 1857 gefunden. Damals erschien, aus Anlaß der Reise Kaiser FRANZ JOSEPHS nach Ungarn, die anonyme Broschüre „Rückblick auf die jüngste Entwicklungsperiode Ungarns“ (Wien 1857. Neudruck: Wien 1903), verfaßt von Bachs Presse-Referenten BERNHARD MAYER<sup>91)</sup>. Sie sollte zeigen, wie herrlich weit die Neugestaltung Österreichs und die Eingliederung Ungarns in den Gesamtstaat bereits gediehen sei: Ungarn wird in den Einheitsstaat eingeschmolzen und gewinnt dabei.

Aber diese Broschüre hatte nicht den gewünschten Erfolg. Sie löste den leidenschaftlich bitteren Protest des Grafen SZÉCHENYI aus, seinen anonym erschienenen „Blick auf den anonymen Rückblick“ (zuerst in wenigen Exemplaren für einen vertrauten Kreis gedruckt, Wien 1857; dann veröffentlicht in London 1859; beide Male in deutscher Sprache). Die unversöhnliche Gegnerschaft des Madjarentums kommt hier zum ersten Male zum offenen Ausdruck. Der „größte Ungar“ knüpft an seine Anfänge an: er stellt sich wieder, wie 1825, an die Spitze der Opposition. Die Aufregungen, die der kranke Mann dabei zu erleiden hat, führen seinen Tod herbei.

1848—1858. Stuttgart und Augsburg 1858. J. G. Cotta'scher Verlag. 728 Seiten. Bd. II und III: Ungarn. Hauptverfasser des ungarländischen Teils ist, wie gesagt, HÄUFLER; Czoernig selbst ist nicht Verfasser, sondern Spiritus rector und Herausgeber.

<sup>91)</sup> WURZBACH.



In einer absolut feindlichen Atmosphäre ist eine Kolonisation im großen Stil nicht möglich.

Hat also BRUCK den Plan zur Kolonisation in Ungarn schon aus Frankfurt mitgebracht, so ist es wahrscheinlich, daß er ihn dort mit Czoernig und Höfken besprochen hat; Höfken hat den Gedanken vielleicht schon vor Bruck gehabt und zur Entstehung des Planes beigetragen. Möglich ist auch, daß Schmerling, der sich, wie wir wissen (siehe oben S. 335, Anm. 85), in Frankfurt mit Bruck befreundet hatte, bereits hier den Plan kennen lernte. Jedenfalls konnte Bruck den Kolonisationsplan ins Regierungsprogramm nur aufnehmen lassen, wenn er für seine Person ihn schon vorher gehegt hatte.

So erklärt es sich am einfachsten, daß auch das Handelsministerium in der Kommission für die ungarische Kolonisation vertreten war. Es war selbstverständlich, daß Bruck als seinen Beauftragten Höfken in die Kommission entsandte, und ebenso selbstverständlich, daß Höfken mit besonderem Eifer an die Arbeit ging.

Als die Kommission den Auftrag erhielt, Vorschläge für die Durchführung der Kolonisation zu unterbreiten, stellte er ein ausführliches, historisch begründetes Arbeitsprogramm auf und veröffentlichte es als besondere Schrift: „Deutsche Auswanderung und Kolonisation mit Hinblick auf Ungarn“ (Wien 1850, Gerold).

Die Schrift trägt Höfkens Namen; sie ist also seine persönliche Arbeit, nicht die Arbeit der Kommission. Aber der Sache nach ist sie doch mehr als die Arbeit eines bloßen Privatmannes. Höfken bemerkt ausdrücklich (S. 167), die von ihm entwickelten Grundsätze „stimmen doch in allem Wesentlichen mit den allgemeinen Grundsätzen überein, über welche die für die Kolonisation niedergesetzte Kommission sich vorläufig verständigt hat“. Insbesondere können die leitenden „Grundsätze für die Ansiedlung in Ungarn“, die er im vorletzten Kapitel darlegt (S. 167—181), als die Grundsätze der Kommission gelten. Auch Ministerialrat VON SZÖGYÉNY, müssen wir annehmen, hatte ihnen nicht widersprochen; er behielt sich nur im Stillen vor, das Werk auf seine Weise zu bekämpfen.

Höfkens Schrift erschien also in dem fruchtbaren Augenblick, als der Übergang von der Erwägung zur Tat unmittelbar bevorstand oder doch, wie wir jetzt sagen müssen, unmittelbar bevorzustehen schien. Sie selbst sollte diesen Schritt beschleunigen — wie seine Denkschriften und die persönlichen Schriften über die Zollunion den Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen als Schrittmacher dienten.

Das Arbeitsprogramm aber ist dies.

Das Ziel, dem die Männer der österreichischen Renaissance dienen, ist die Größe und Blüte Österreichs. Soll Österreich ein wirtschaftlich blü-



hendes Mitteleuropa schaffen, so muß es selbst blühen. Zunächst müssen also die Landesteile, die noch in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind, gefördert werden, in erster Linie Ungarn. Das wirksamste Mittel, dies Land zur Blüte zu bringen, ist, ihm Kolonisten in großer Zahl zuzuführen. Diese werden mit ihrer Arbeitskraft und dem Kapital, das sie mitbringen, schnell den Wohlstand der „österreichischen Ostlande“ (so wird Ungarn von dem Anhänger des zentralistisch regierten Gesamtstaates konsequent bezeichnet) steigern. Auch die Länder des deutschen Zollvereins, die ja demnächst in Zollunion mit Österreich treten, werden das bald in ihren steigenden Zolleinnahmen spüren. Denn „nach der österreichisch-deutschen Zolleinigung wird die Zunahme der Bevölkerung in Ungarn sogar auch den gemeinsamen Finanzeinkünften zugute fallen“ (S. 201).

Aber die Wirkung der Siedlungsaktion, meint Höfken, geht weit über das Wirtschaftliche (das sich in der Zunahme der Bevölkerung, dem Wachstum der Staatseinnahmen und des Wohlstandes der einzelnen zeigt) hinaus; sie wird auch auf die ethnographischen Verhältnisse Einfluß gewinnen. Bisher nämlich, meint HÖFKEN (S. 103), hat in Ungarn „tatsächlich doch keine Nationalität den Sieg über die andere errungen, und die Märzverfassung<sup>92)</sup>, unter deren Ägide nun erst feste gesunde Zustände werden sollen, trägt an ihrer Spitze den Grundsatz der vollen Gleichberechtigung der Völker“.

Die „österreichischen Ostlande“ sind noch menschenarm; ihr fruchtbarer Boden kann die doppelte Zahl von Bewohnern ernähren. Aber woher diese große Zahl der Einwanderer nehmen? — Als Kolonisten sind Einwanderer aller Völker, die zu solcher Arbeit Neigung haben, willkommen; auch Inländer, insbesondere Madjaren, können an dem Werk der Kolonisierung teilnehmen; niemand ist ausgeschlossen. Tatsächlich liegt es nun aber so, daß das deutsche Volk von allen Völkern die meisten Auswanderer stellt. Sie gehen nur fast alle übers Meer, da sie von Ungarn nichts wissen. Gelingt es aber (und das kann bei geschickter Werbung nicht schwer fallen), ihnen klar zu machen, daß das nahe gelegene Ungarn ihnen eine bessere und sicherere Zukunft bietet als Nordamerika, so werden sie gern nach Ungarn kommen und bald die große Mehrheit der Kolonisten stellen. „Das ganze Oberdeutschland, über 25 Millionen zählend, kann leicht jährlich 200 000 Menschen entbehren, auch Westfalen, Rhein- und Moselland sowie Sachsen und Thüringen haben noch überschüssige Bevölkerung. Wenn dieser Auswandererstrom sich nur zur Hälfte oder einem Drittel einige Jahrzehnte hindurch in die unteren<sup>93)</sup> Donaulande ergösse, wenn zugleich Einheit,

<sup>92)</sup> Das ist die Verfassung für den Gesamtstaat vom 4. März 1849 (am 31. Dezember 1851 wurde sie aufgehoben).

<sup>93)</sup> Sollte heißen: die mittleren Donaulande. Die „untere Donau“ ist versehent-



Ordnung, Energie dort in die ganze Kolonisation gebracht würde — welche Zukunft würde sich für diese Lande bereiten!“ (S. 198.)

Mit welchen Zahlen also rechnet Höfken? — Der dritte Teil der jährlich aus Oberdeutschland abfließenden 200 000 Menschen beträgt 66 666; dazu kommen die aus Mittel- und Nordwestdeutschland Abwandernden (der deutsche Osten kommt damals als Auswanderungsland kaum in Betracht); mit 50 000 werden wir sie eher zu hoch als zu niedrig ansetzen; davon würden 16 666 nach Ungarn einwandern. Zusammen macht das: 83 332 Seelen, also rund 83 000 Einwanderer. Das macht einen Zuwachs in zehn Jahren von 830 000, in zwanzig von 1 660 000, in dreißig Jahren von 2 490 000 Menschen. Wird die Hälfte der Einwanderer nach Ungarn gelenkt, so erhöht sich die Zahl der deutschen Einwanderer fürs erste Jahrzehnt auf 1 250 000, fürs zweite auf 2 500 000, fürs dritte auf 3 750 000 Menschen. Das ist nicht ganz so viel, wie LIST ins Auge faßte, der großzügig Ungarn jährlich eine halbe Million deutsche Einwanderer zur Verfügung stellen wollte; aber es ist doch noch eine ganz respektable Zahl.

Mit dieser Zahl werden die Deutschen zweifellos das stärkste Einwandererkontingent stellen und zugleich das wertvollste; sie werden am meisten zum Aufblühen der „österreichischen Ostlande“ beitragen. Dabei werden sie aber nicht (und hier trennt sich Höfken von List) im madjarischen Volk aufgehen, sie werden vielmehr bleiben, was sie sind; denn sie werden sich bewußt sein, „den andern Stämmen gegenüber eine sittlich, gewerblich und staatlich vorgeschrittene Nationalität zu vertreten, sowie eine an Geisteswerken und Bildung reichere Sprache“ (192). So wird sich das Gewicht des deutschen Elements in Ungarn erheblich steigern.

Höfken geht auch auf Detailfragen der Ansiedlung ein, insbesondere gibt er eine Übersicht über die staatlichen Ländereien, welche für eine solche Kolonisation zur Verfügung stehen (S. 138 ff.) und betont, daß zur Durchführung der Aktion eine Zentralstelle geschaffen werden müsse, sei es als eigene Behörde, sei es als Abteilung in einem Ministerium. Fünf Ministerien gemeinsam können nicht kolonisieren; eine einzige Stelle muß die Arbeit in die Hand nehmen. Aber darauf brauchen wir nicht einzugehen. Uns kommt es nur auf das Grundsätzliche an.

Noch eine weitere Schrift ist zur Vorbereitung der großen Siedlungsaktion erschienen, vermutlich von der Regierung inspiriert<sup>94)</sup>; sie faßt zu

---

lich aus dem ersten Projekt LISTS unverändert übernommen. — Ein Beispiel, wie stark eine einmal geprägte Formulierung, auch wenn sie sachlich nicht mehr zutreffend ist, nachwirkt.

<sup>94)</sup> Die Beeinflussung des Buches durch die österreichische Regierung ist nicht offen ausgesprochen, sie ergibt sich aber aus dem Zusammenhang der Dinge. Woher wären dem Verfasser sonst die Absichten der Regierung so genau bekannt? Dann



Nutz und Frommen der künftigen Einwanderer alles Wissenswerte über Ungarn und die übrigen „österreichischen Ostlande“ zusammen: Handbuch zur Kenntnis Ungarns, ferner Siebenbürgens, der serbischen Woiwodschaft, des Temescher Banates, Slawoniens, Kroatiens, der k. k. Militärgrenze und des ungarischen Litorales, in historisch-geographisch-statistischer, in topographischer, ökonomischer, industrieller und kommerzieller Beziehung, insbesondere mit einer erschöpfenden Darstellung der ganzen Auswanderungsangelegenheit, und für Auswanderer nach jenen Ländern speziell eingerichtet und verfaßt von JULIEN CHOWNITZ (J. CHOWANETZ). Bamberg 1851. Verlag der Buchnerschen Buchhandlung. 374 Seiten.

In diesem Buch ist nun auch Genaueres über die Durchführung der Siedlungsaktion gesagt. „Der Zeitpunkt der Siedlung nach Ungarn“, heißt es im Vorwort, „ist jetzt (1851) noch nicht gekommen; aber er wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die kaiserliche Regierung selbst hat diese Angelegenheit in die Hand genommen und sich das erste und letzte Wort dabei vorbehalten. Sobald jenes gesprochen sein wird, ist der Augenblick gekommen, früher nicht.“

dürfte aber die Vermittlung zwischen Chownitz-Chowanetz und der Regierung in den Händen der journalistischen Abteilung des Handelsministeriums, d. h. in den Händen Höfkens gelegen haben. Das Buch ist eine Kompilation, aber als Zusammenfassung des Standes von 1850 unter einem bestimmten Gesichtspunkt nicht ohne zeitgeschichtliches Interesse. Nach BRUCKS Willen ist bereits (am 1. Oktober 1850) die innere Zollgrenze zwischen Ungarn und dem übrigen Österreich gefallen. Zum ersten Male in der Geschichte ist die Donaumonarchie ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet. Damit ist die Voraussetzung für die kommende Zoll- und Handelseinigung mit den Staaten des Deutschen Bundes gegeben (Chownitz, S. 215 ff.). Das Buch hat auch sonst die BRUCK-HÖFKENSchen Gedankengänge in sich aufgenommen. In Ungarn müssen, so betonte schon LIST, zunächst geordnete Rechtsverhältnisse hergestellt werden; dazu gehört in erster Linie die Einführung einer modernen Verfassung. Diesem Gedanken huldigt auch CHOWNITZ. Er druckt daher als Lockmittel auch die neue Verfassung ab, die Ungarn demnächst zu einem Rechtsstaat im modernen Sinne machen wird (S. 149—162). — „Demnächst“ — denn das Ministerium Schwarzenberg hat die Verfassung zwar am 4. März 1849 dekretiert, aber noch nicht in Kraft gesetzt. Am 31. Dezember 1851, nicht lange nach dem Erscheinen von Chownitz' Buch, wurde sie auch formell aufgehoben. Vorher aber (am 13. September 1850) hatte Bach bereits das Landesstatut veröffentlicht, das Ungarn einer rein absolutistischen Verwaltung unterwarf; auch das Statut druckt Chownitz ab (S. 163—167). Der erste Gesichtspunkt von Bruck-Höfken kommt infolgedessen bei ihm also nur gebrochen zur Geltung. Ungebrochen aber kommt der zweite Gesichtspunkt zur Geltung; das, was Bruck den deutschen Beruf Österreichs genannt hat (S. 328 f.): „Sind alle ehemaligen Schranken und Hindernisse beseitigt, sind die natürlichen Bedingungen des Kredits und Fortschritts eingetreten — dann wird, wie von selbst, ein befruchtender Strom von Geld- und Menschenkräften sich aus dem Westen nach Osten ergießen — und die Ausdehnung der Kulturherrschaft des deutschen Elementes bis ans Schwarze Meer und in die Nähe des Orients wird kein frommer Wunsch mehr sein.“



Damit das große Werk beginnen kann, ist aber noch mehr nötig; es sind große Vorarbeiten und Erhebungen sachlicher Natur zu leisten; „es sind ferner durch sachkundige Kommissäre an Ort und Stelle die nächsten Angriffspunkte für die Kolonisation auf den Staatsgütern auszuersuchen; und soll dann, wenn man mit diesen umfassenden Arbeiten zu Ende gelangt sein wird, der eigentliche praktische Kolonisationsplan ausgefertigt und eine spezielle Zentralbehörde für die Einwanderung aufgestellt werden. Allem Anschein nach dürfte dies in nicht mehr langer Frist geschehen, in dem auch dieser Gegenstand mit der bewunderungswürdigen Tätigkeit der k. k. Ministerien betrieben wird“.

Nun, die „bewunderungswürdige Tätigkeit der k. k. Ministerien“ in dieser Angelegenheit kennen wir bereits; sie brauchte neun Jahre, bis das nötige Einwanderungsgesetz zustande kam; es erschien am 23. Dezember 1858 in Form einer kaiserlichen Verordnung (siehe oben S. 333). Aber damit ging ihnen der Atem aus. Weder der „eigentliche praktische Kolonisationsplan“ noch die „Zentralbehörde für Einwanderung“ hat je das Licht der Welt erblickt. Denn beim Erscheinen des Einwanderungsgesetzes, um die Jahreswende 1858/59, kündigte sich bereits der Krieg gegen Sardinien und Frankreich und damit die Krisis an, welche in seinem Gefolge über Österreich hereinbrach; sie zog wie so manches andere auch das ungarische Kolonisationsprojekt in ihren Strudel (siehe oben S. 330). Auch Brucks Denkschrift über den deutschen Beruf Österreichs konnte daran nichts mehr ändern. Die Kolonisation Ungarns, die der Ministerrat am 1. Oktober 1849 beschlossen hatte, hat nie begonnen.

Das Ansiedlungsgesetz, so zitierten wir oben (S. 333) KÓSA, war bei seinem Erscheinen „nicht mehr als ein Stück Papier“, es war zugleich „ein Musterbeispiel des bürokratischen Arbeitstempos des absolutistischen Staates“.

Das erste stimmt, das zweite trifft nicht den Kern der Sache.

Gehört es wirklich zum Wesen des absolutistischen Staates, daß er im Schneckentempo arbeitet und trotzdem nichts zustande bringt? Kann er nicht gerade, weil er absolut ist, seinen Willen sehr schnell in die Tat umsetzen? — Jawohl, gegebenenfalls kann er das. Nötig ist nur, daß ein klarer Wille wirklich vorhanden ist. Aber daran haperte es hier. Anfangs war die Tätigkeit der k. k. Ministerien wirklich bewunderungswürdig.

Der Beschluß des Ministerrats vom 1. Oktober 1849 war gefaßt. Aber wo ist der Wille, der ihn ernstlich durchführte? Bruck, der, wenn unsere Hypothese richtig ist, der Vater des Beschlusses war, konnte seine Ausführung nicht übernehmen; denn die Frage der Einwanderung und Kolonisation fällt nicht in das Ressort des Handelsministers. Der Landwirtschaftsminister aber, der als zuständiger Ressortminister die Sache zu betreiben



hatte, THINNFELD, hatte offenbar kein Interesse dafür; eine Kolonisationsangelegenheit ihm zu überweisen war „gleichbedeutend mit ihrer endgültigen Beiseitelegung“ (siehe oben S. 334). Und Bach, dem später (1853) Thinnfelds Erbschaft zufiel, hatte wahrlich so viel auf Händen, daß es kein Wunder ist, wenn er diese Angelegenheit, die nicht seiner eigenen Initiative entsprungen war, nur nebenbei betrieb. Bruck aber und Schwarzenberg schieden bald aus, der erste durch Demission (23. Mai 1851), der zweite durch seinen Tod (5. April 1852).

Der Vater des Beschlusses hätte seine Ausführung sicher in einem ganz anderen Tempo betrieben. Die Vize-Väter aber erwiesen sich als Stiefväter, sie hatten kein inneres Verhältnis zu dem Beschluß. Es lag also wohl ein alter Beschluß des Ministerrats vor, aber es fehlte der ernstliche Wille, ihn durchzuführen.

Außerdem machten sich die Folgen der Verwirkungstheorie geltend — der Theorie, nach der Ungarn durch den Aufstand von 1848/49 sämtliche Rechte verwirkt habe und als erobertes Land zu verwalten sei<sup>95</sup>). Denn durch diese Theorie wurden die gesamtstaatlich gesinnten Madjaren vollständig lahmgelegt und eine gesamtstaatliche Orientierung des öffentlichen Lebens in Ungarn von innen heraus, unter Führung bodenständiger Ungarn, von vornherein unmöglich gemacht. Selbst dem Grafen SZÉCHENYI, dem leidenschaftlichen Gegner Kossuths, der in der Revolution von 1848/49 nur eine „unglückliche Mißverständs-Empörung“ sah und die dauernde Vernunftthe zwischen Österreich und Ungarn für nötig hielt, war jede Möglichkeit genommen, positiv zu wirken; mußten alle Ungarn ohne Unterschied für diese „Mißverständs-Empörung“ büßen, so blieb dem einzelnen nichts weiter übrig, als in der allgemeinen massa perditionis unterzutauchen und die allgemeine Stimmung zu teilen. Diese war dann auch geschlossen oppositionell.

So blieb auch in diesem Punkte die österreichische Renaissance in den Anfängen stecken. Das große Werk der Kolonisation wurde gar nicht begonnen. „Die Umstände“, würde CZOERNIG in seiner milden Resignation sagen, „die Umstände waren nicht darnach angetan, das Vorhaben zu begünstigen.“

<sup>95</sup>) Hauptträger der Verwirkungstheorie dürfte SCHWARZENBERG sein. Von den übrigen Ministern treten (nach HÜBNER, Ein Jahr meines Lebens. Leipzig 1891, S. 340) GRAF STADION und BACH für sie ein, auch BRUCK. Doch zeigt sich Bruck den Einwendungen gegen die Verwirkungstheorie zugänglicher, „weil er kein Doktrinär ist“. Die Stellung Brucks zur Verwirkungstheorie bedarf noch der Klärung. Die Verwirkungstheorie hat Schwarzenberg in seinem Vortrag für den Kaiser am 2. Juni 1849 dargelegt; abgedruckt bei HANNS SCHLITTER, Versäumte Gelegenheiten. Die oktroyierte Verfassung vom 4. März 1849. Zürich-Leipzig-Wien 1920, S. 143 bis 150; sie liegt aber bereits der Verfassung vom 4. März zugrunde.



Es bleibt noch übrig, den Kolonisationsversuch von Stephan Ludwig Roth selbst zu betrachten.

#### IV. Stephan Ludwig Roths Kolonisationsversuch

##### 1. Roths Versuch.

Es fügt sich, daß HÖFKEN sich in seiner Schrift auch über Roths Kolonisationsversuch geäußert hat. Wir beginnen damit, dies Urteil aus sachkundigem Munde kennen zu lernen<sup>96</sup>).

Bei seinem Überblick über die schon bestehenden deutschen Ansiedlungen in Ungarn, Siebenbürgen und dem Banat, Ansiedlungen älteren und neueren Ursprungs (S. 103—131), gedenkt HÖFKEN auch des Kolonisationsversuchs von ROTH als des letzten. Er geht dabei von der bevölkerungspolitisch ungünstigen Lage der Siebenbürger Sachsen aus (S. 113):

... „Indes“ (d. h.: nach den Stürmen der Revolution von 1848/49, trotz der Aufhebung des von Kossuth dekretierten Anschlusses Siebenbürgens an Ungarn) „liegt Siebenbürgen, namentlich das Sachsenland, schwer darnieder von den furchtbaren Stürmen und Untaten, die darüber hingewütet hatten, und Einwanderung von Deutschen erscheint nötig, wenn nicht dennoch am Ende das deutsche Kultur-Element dort langsam absterben soll.“

„Schon im 17. Jh., ehe Kriege und Krankheiten die deutsche Bevölkerung in Nordungarn und Siebenbürgen dezimierte, war sie merklich zusammengesmolzen . . . Die Sachsen sind der Vielkinderei abgeneigt, weil jedes Kind mit Höfen und dazugehörigen Gründen ausgestattet werden soll . . . Und jenen so geringen Nachwuchs verdünnten noch mannigfache sächsische Auswanderungen!

„Leider war auch“ (und nun kommt Höfken auf Stephan Ludwig Roth) „leider war auch die von Pfarrer Roth 1845—1846 aus Württemberg bewirkte Auswanderung ganz verfehlt. Es hatte sich ein landwirtschaftlicher Verein in Siebenbürgen zur Verbesserung des Landbaues auf sächsischem Grunde gebildet, der seinen Zweck durch die Einberufung tüchtiger deutscher Landwirte fördern wollte; auch sollten einige Württemberger auf den adeligen Sachsengütern gegen eine mäßige Robotablösungstaxe sowie in den freien sächsischen Orten aufgenommen werden, doch nur auf zerstreuten leeren Ansässigkeiten und wenn sie imstande wären sich solche Besitzungen anzukaufen. Statt dessen strömten auf einmal weit mehr Auswanderungslustige herbei als wünschenswert war (bloß vom 17.—24. März 1846 meldeten

<sup>96</sup>) Die erste Darstellung hat Roths Versuch bereits nach drei Jahren gefunden, in HÄUFLERS „Deutschem Kolonialwesen in Ungarn und Siebenbürgen“ (1849). Höfken wird außerdem weiteres Material zur Verfügung gestanden haben, teils aus amtlichen Quellen, teils aus der Presse.



sich in Wien bei der siebenbürgischen Hofkanzlei 138 Familien aus 748 Köpfen, die freilich 58646 fl. C. M. Vermögen bei sich führten, und bis Ende Mai 1846 waren 307 Familien aus 1460 Köpfen in Siebenbürgen eingewandert), viele von ihnen waren vermögenslos, andere waren nicht Landleute, die man am liebsten gewollt, sondern Handwerker, die bei dem Zunftwesen Siebenbürgens schwer ein Unterkommen fanden. Ferner steigerte eine falsche Spekulation die Forderungen für Pachtgüter und zu erkaufende Grundstücke. Hinzu kam die allgemeine Kehrseite der sächsischen Zustände, kleinliche Eifersucht und Mißgunst gegen jeden Nichtsachsen als fremden Eindringling. Hätten die Sachsen früher die sogenannten „Landler“, wie sie die später einwandernden und nicht wie sie privilegierten Deutschen nannten, besser und williger aufgenommen, es stünde jetzt vieles bei ihnen anders; sie können jenen Fehler nicht vollständig genug ablegen. Endlich machten Madjaren es sich zur Aufgabe sowohl in Siebenbürgen Widerwillen unter Ungarn und Walachen gegen die Einwanderer hervorzurufen, als auch diese selbst während ihres Durchzuges durch Ungarn so schlecht als möglich zu behandeln, um andern die Lust zur Nachfolge zu benehmen. Kurz, die Sache mußte enden, wie fast alle derartige vereinzelt Unternehmen in Ungarn geendet haben. Von den eingewanderten Familien kauften nur 33 Eigentum an, 60 pachteten Haus und Grund, 214 pachteten teils Gründe, dienten teils im Dorflohn oder trieben Handwerk.“

Höfken macht also auf vier Tatsachen aufmerksam und sieht in ihnen den Grund für den geringen Erfolg von Roths Unternehmen.

Erstens: die wilde Einwanderung führte ungerufene und darum auch unberufene Elemente nach Siebenbürgen.

Zweitens: die eigennützige Spekulation, mit der sächsische Besitzer die Konjunktur ausnützten und den Preis für Pachtung und Kauf von Grundstücken in die Höhe trieben, schreckte ernsthafte Zuwanderer ab.

Drittens: die Mißgunst der Sachsen gegen jeden Nichtsachsen wirkte gleichfalls abschreckend.

Viertens: von madjarischer Seite wurde die Einwanderung bekämpft und erschwert.

Diese Kritik trifft doch nicht den wesentlichen Punkt. Das Wesentliche eben ist dies:

Höfken hat ganz richtig erkannt, daß Roths Unternehmen landwirtschaftlich orientiert ist, und zwar ist es in seiner Urgestalt rein landwirtschaftlich orientiert. Roth will die sächsische Landwirtschaft veredeln und ihr dadurch zu höheren Erträgen verhelfen. Er hat gefunden, daß man dies Ziel unschwer erreichen kann, „ohne viele Schreibereien und Verwaltungspersonal, auf unscheinbarem, geräuschlosem Wege, so daß es keine



Aufregung“ absetzt<sup>97)</sup>, nämlich durch Einberufung von deutschländischen Landwirten, die als Pächter oder Eigentümer an solche Stellen treten, für die keine sächsischen Anwärter vorhanden sind; indem diese Einwanderer sich selbst eine bessere Existenz gründen, als sie sie in der Heimat haben könnten, werden sie zugleich durch ihr überlegenes Können Lehrmeister der sächsischen Landwirte und zeigen ihnen, wie man rationell wirtschaftet.

Zweifellos ein einfacher und gesunder Gedanke<sup>98)</sup>. Nun ist aber Roth im Verlauf seines Unternehmens nicht im Rahmen dieses Programms geblieben; er hat es an drei Punkten überschritten.

Er hat nämlich erstens, und zwar schon in seiner ersten Werbenotiz, die er im Schwäbischen Merkur in Stuttgart veröffentlichte<sup>99)</sup>, die Aufmerksamkeit der Einwanderer nicht nur auf den sächsischen Teil Siebenbürgens gelenkt, sondern darüber hinaus auf madjarischen Besitz außerhalb des Sachsenbodens, nämlich auf die Besitzungen von madjarischen Adelligen, die von sächsischen Hörigen bewirtschaftet werden<sup>100)</sup>: „der nächste (siebenbürgische) Landtag kann vielleicht über die Verkäuflichkeit der adeligen Güter in den Komitaten entscheiden“. Damit kommt ein unsicheres Moment in das Kolonisationsprogramm hinein. Einstweilen ist der Verkauf derartiger Güter noch nicht gestattet. Roth lockt hier seine Württemberger mit Zukunftsaussichten, von denen er nicht weiß, ob sie sich je erfüllen werden.

Und sofort erhebt BEDEUS, der geistige Leiter des (erst im Entstehen begriffenen) landwirtschaftlichen Vereins<sup>101)</sup> in einem Brief seine warnende

<sup>97)</sup> Werke, V, 121, 137.

<sup>98)</sup> Genau genommen, muß man auch hier noch scheiden zwischen dem guten Gedeihen der Zuwanderer für ihre Person und Familie und der von ihnen erwarteten Umgestaltung der sächsischen Landwirtschaft. Der erste Punkt bietet keine Schwierigkeit; für den zweiten Punkt hat ROTH selbst (in dem Brief an BERGLEITER vom 20. September 1845) auf die grundlegende Schwierigkeit aufmerksam gemacht. Voraussetzung dafür, daß die deutschländischen Landwirte rationell wirtschaften könnten, sei die Aufhebung der Dreifelderwirtschaft und die allgemeine Einführung der Stallfütterung. — Doch das mag hier auf sich beruhen.

<sup>99)</sup> Am 10. September 1845. Werke, V, 141.

<sup>100)</sup> Über die Lage der hörigen Sachsen auf Komitatsboden sind wir nur unvollkommen unterrichtet.

MELTZL, Statistik der sächsischen Landbevölkerung (Archiv d. Vereins f. siebenbürg. Landeskunde 1885), widmet den „Grundbesitzverhältnissen in den ehemals unfreien Gemeinden“ eine besondere Tabelle (VI). Da sind alle noch bestehenden ehemals unfreien (72) Gemeinden aufgezählt.

<sup>101)</sup> Der landwirtschaftliche Verein war in der Tat in einer merkwürdigen Lage; er war erst im Entstehen begriffen und hatte noch keinen aktionsfähigen Vorstand. Mit der Kolonisation hatte er sich eine zu schwere Aufgabe gestellt; er konnte nicht gedeihen. Erst auf veränderter Grundlage kam er in den siebziger und achtziger Jahren zur Blüte.



Stimme: „der Hinweis auf die Güter außerhalb des Sachsenbodens sei eine Unvorsichtigkeit gewesen. Wir sollten doch nicht für die Kolonisierung des ungarischen Adelsbodens mit Deutschen uns einsetzen, sondern lieber die dort befindlichen Sachsen auf den Sachsenboden zurückziehen, aber ohne Gerede und Aufsehen<sup>102)</sup>.“ ROTH ist dann auch nie wieder auf diese Angelegenheit zurückgekommen. Aber der Hinweis war einmal geschehen; er ging durch die Presse und wurde von Deutschen und Madjaren gelesen.

Auch in einem zweiten Punkt ging Roth über sein ursprüngliches Programm hinaus. Wie sollte er sich bemerkbar machen? Wie an seine Leute herankommen? Mündlich, von Mensch zu Mensch? Wie lange würde das dauern? Seine Zeit aber war knapp bemessen. Und so ging er den Weg, den damals alle Auswanderungsagenten in Deutschland einschlugen: er wandte sich an die Öffentlichkeit. Im „Schwäbischen Merkur“, dann im „Beobachter“, also in den beiden verbreitetsten Zeitungen Württembergs, läßt er seine Mitteilungen für die Auswanderer erscheinen. Aus Interesse an der Sache gibt auch die Augsburger Allgemeine Zeitung seine Werbung weiter. Die Allgemeine Zeitung aber, schreibt er voll Freude an seinen Vater (Brief vom 24. September 1845), „ist eine Welttrompete, von dort erfährt es jeder Stamm in Deutschland“.

Aber damit hatte er jenen geräuschlosen Weg verlassen, und sofort trat Aufregung ein. Nicht nur die madjarische Presse, auch die Behörde, welche die Einwanderungsangelegenheit zu bearbeiten hatte, die siebenbürgische Hofkanzlei in Wien, schnappte ein; insbesondere war ihr Leiter, Baron SAMUEL JOSIKA, ein Gegner von Roths Unternehmen. Roth und der siebenbürgische Hofagent FRANZ CONRAD bekamen die Nackenschläge persönlich zu fühlen.

Und drittens: Roths Programm hatte (und das ist das Wichtigste) eine Änderung grundsätzlicher Natur erfahren. Ursprünglich wollte er nur Landwirte sammeln, jetzt ließ er diese Beschränkung fallen.

Schon der Siebenbürger Sachse ROSENFELD hatte die Einwanderung nicht landwirtschaftlich, sondern volkspolitisch betrachtet; sie sollte eine Vermehrung der Volkszahl der Sachsen bringen. Er wird mit Roth bei dessen Aufenthalt in Wien davon gesprochen haben.

Nun aber in Stuttgart, der Hauptstadt Württembergs, dem Sitz des Cottaschen Verlages, tönte ihm vielfach ein Gedanke entgegen: „Nur Deutsche an die Donau, wie Sand am Meere, nur Deutsche in die Donauländer und nach Siebenbürgen, so heißt's, so klingt's in vielen Zirkeln<sup>103)</sup>.“

<sup>102)</sup> G. A. SCHULLER, Landwirtschaftliche Blätter in Siebenbürgen, 1922, S. 347. Ebenso hält ROSENFELD diesen Hinweis für unvorsichtig; ebenda S. 346.

<sup>103)</sup> Brief an Rosenfeld vom 23. September 1845.



Lists Gedanke, verbreitet von der Allgemeinen Zeitung, war in Württemberg lebendig. Sollte das nicht auf den Mann, der aus dem fernen Siebenbürgen kam, Eindruck machen? Der Gedanke bewies auch an ihm seine suggestive Kraft und riß ihn mit sich fort.

Die Einwanderung rückt in den großen „mitteleuropäischen“ Zusammenhang. „Hier an der Donau und sonst nirgends geht für Deutschland der Stern der Größe auf<sup>104</sup>).“ Bei einer solchen Einwanderung im großen Stil ist jeder tüchtige Deutsche willkommen. Schon zum Frühjahr 1846 wird er — als erste Gruppe — an 1000 Familien auf die Beine bringen, und zwar kinderreiche Familien. „Das gibt Rekruten, für den deutschen Kaiser einen Kern deutscher Einwohner, der durch die vielen Kinder von Bedeutung wird. Die Leute bringen 6—9 Kinder mit.“ Siebenbürgen wird so der „feste Punkt, von dem aus der Kaiser dem Meere zu und der Donau zu (zu) wirken berufen ist“<sup>105</sup>).

Die Folge war, daß eine wilde Einwanderung eintrat und auch ungeeignete Elemente sich auf den Weg nach Siebenbürgen machten. Die siebenbürgische Hofkammer in Wien ergriff Maßnahmen, die Auswanderung nach Siebenbürgen einzudämmen, Roth selbst ließ eine Warnung an die Auswanderungslustigen in Württemberg veröffentlichen: einstweilen sei es genug; mit weiterer Einwanderung nach Siebenbürgen solle man warten, bis er wieder eine entsprechende Anzeige mache<sup>106</sup>).

Damit war die Einwanderungsaktion ins Stocken gekommen.

Der landwirtschaftliche Verein, der sich nun endlich konstituierte (Vorsteherwahlen 6. Juni 1846 und 27. Mai 1847) hat versucht, das Unternehmen weiter zu führen, doch ohne nennenswerten Erfolg.

Roth ist in Siebenbürgen dann wieder zu seinem ursprünglichen Gedanken der bloß landwirtschaftlichen Einwanderung zurückgekehrt: „Uns ist es um sittliche, verständige Landwirte, und nicht bloß um Deutsche zu tun. Nicht unsere Vermehrung, unsere Verstärkung beabsichtigen wir<sup>107</sup>).“ Aber das Unheil war nun einmal geschehen, die Aufregung war eingetreten, der Widerstand wachgerufen.

Hätte Roth sich auf seinen ursprünglichen Plan beschränkt, hätte er mehr erreicht. Da er aber das politisch Unmögliche anstrebte, erreichte er auch das Mögliche nicht.

<sup>104</sup>) (Erste) Anzeige für Auswanderer. Schwäbischer Merkur, 10. September 1845. Werke, V, 141.

<sup>105</sup>) Brief an Rosenfeld, 23. September 1845.

<sup>106</sup>) Brief an Peter Wolf vom 28. Januar 1846.

<sup>107</sup>) Konzept der „Aufklärungen für Auswanderungslustige“, Bd. V, 259.



## 2. Vergleichende Betrachtung der verschiedenen Pläne

Am großzügigsten ist **LISTS** Plan. Er will durch Zustrom deutschen Blutes das madjarische Volk so stärken, daß es — gestützt auf Österreich und Deutschland — in der Lage ist, Herr der bisher türkischen Länder an der unteren Donau zu werden und für Mitteleuropa die Wacht am Schwarzen Meer zu halten. Es ist die madjarische, die rot-weiß-grüne Form des Einwanderungsgedankens.

Aber diesem Gedanken fehlt die empirische Grundlage. Er beruht nicht auf einem Studium der tatsächlichen Verhältnisse in diesen Ländern sowie der Bedürfnisse und Fähigkeiten der hier lebenden Volkschaften. Er ist gewonnen durch die Analogie mit der Einwanderung nach Amerika. In den Vereinigten Staaten ist die Regierung selbst Trägerin der Einwanderungsaktion. Aber wo ist in Ungarn das bodenständige Element, das die Einwanderung in die Hand nimmt? List wußte, daß ohne Mitwirkung des einheimischen Elements eine solche Aktion nicht möglich war. Er hätte gewünscht, daß die Regierung und die ungarischen Träger der Reformbestrebungen sich zu gemeinsamem Handeln zusammenfänden; würde die „ökonomische Reform“ Ungarns auf diese Weise angegriffen, dann würden auch die ungarischen Grundbesitzer dabei mitwirken und selbst den größten Vorteil davon haben. Dann würde eine Ansiedlung großen Stils durchgeführt werden können. List wußte also, worauf es ankam. Aber er konnte die Situation nicht ändern. So blieb sein Gedanke bloße Theorie.

Nicht ganz so großartig, doch immer noch bedeutend genug ist **HÖFKENS** Projekt. Diese Abwandlung des Listschen Gedankens mag ursprünglich schwarz-rot-gold empfunden sein, in den Händen des Ministeriums Schwarzenberg nahm es zwangsläufig schwarz-gelbe Farbe an. Die Länder an der unteren Donau, deren Erschließung durch deutsche Kolonisten bei List doch noch im Hintergrunde bleibt, werden gar nicht mehr berücksichtigt; Ungarn hat nicht mehr die Mission, Erbe der Türkei und Vormacht Mitteleuropas an der unteren Donau zu werden. Die Einwanderung nach Ungarn (samt seinen Nebenländern) hat einen andern Zweck: sie dient der Einheit und Größe des Gesamtstaates Österreich; sie fördert allerdings die wirtschaftliche Blüte der „österreichischen Ostlande“, zugleich bringt sie aber auch eine Stärkung des deutschen Elements zuwege, schwächt dadurch die separatistischen Tendenzen, die vom madjarischen Bevölkerungsteil ausgehen können. Diesem Projekt fehlt nun notwendig die heimische ungarländische Schicht, die bereit gewesen wäre, es zu tragen. Es scheiterte daher ebenso wie Lists Projekt. Höfken, der den ganzen Staatsapparat in Bewegung setzen wollte, hat also im Grunde Roth nichts vorzuwerfen; er hat noch weniger erreicht als Roth.

Sehr viel bescheidener ist der Plan des Siebenbürger Sachsen **ROSENFELD**. Er hält sich in engen Grenzen; er hat es nur mit dem nicht sehr um-



fangreichen sächsischen Territorium in Siebenbürgen zu tun; er rechnet nicht mit Millionen, sondern nur mit einigen Tausenden. Er läßt sich nicht auf große Projekte ein, sondern tritt nur für konkret begrenzte Wünsche der Siebenbürger Sachsen ein; sein Plan trägt die rot-blaue Farbe. Hier sind wohl bodenständige Kräfte vorhanden, die den Plan tragen können. Da er aber volkspolitisch orientiert ist, ruft er auch die Kräfte der andern Volkshaften auf. Diese sind aber politisch die stärkeren, so kann auch der sächsische Plan nicht ausgeführt werden.

Einzig Roths Plan (in seiner ursprünglichen Form), der die grüne Farbe der Landwirtschaft trägt, ist durchführbar. Er ist keine Haupt- und Staatsaktion. Hier wird „die Einwanderung nicht als eigentliche Einwanderung oder Vermehrung der Seelenzahl angesehen“, sondern nur als Mittel zur Veredlung der Landwirtschaft und zur Steigerung ihres Ertrages<sup>108</sup>). Es war zweifellos möglich eine gewisse Zahl von Landwirten auf dem Sachsenboden als Pächter und Eigentümer anzusetzen, und zwar so lange, als der Wirtschaftsprozeß diesen Zuwanderern Existenzmöglichkeit bietet.

Die Zahl dieser Zuwanderer fällt quantitativ kaum ins Gewicht, ihre Bedeutung liegt in der Qualität.

Im Grunde sind die Zuwanderer nur der Ersatz für den Ausfall, den die Sachsen infolge ihrer geringen Volksvermehrung erleiden<sup>109</sup>). Die Walachen kommen gern vom Komitatsboden auf den Sachsenboden. Immerfort ziehen neue Walachen „in die Stelle aussterbender oder verkaufender Deutschen auf Sachsenboden ein“. Walachische „Knechte und Mägde machen sich ansässig und vermehren die walachische Population“<sup>110</sup>). Dieser ständige Zuwachs an Walachen von außen (durch Zuwanderung) und innen (durch größere Kinderzahl) ist für die Sachsen, die Herren des Sachsenbodens, gefährlich. Statt dieser fremden sollen lieber deutsche Kräfte zu ihnen kommen; so bleibt deutscher Besitz in deutschen Händen.

Diese Zuwanderer konnten erwarten, ihr gutes Fortkommen zu finden. Wie weit sie freilich auch die Umgestaltung der sächsischen Landwirtschaft herbeiführen würden, ist eine andere Frage; dazu waren noch andere Voraussetzungen nötig. Gedeihen aber konnte dies Unternehmen nur, wenn es still und geräuschlos betrieben wurde.

Roths Plan also ist in seiner ursprünglichen Form, so schlicht und bescheiden er ist, eben weil er schlicht und bescheiden ist, den andern Plänen, die wir kennen gelernt haben, überlegen.

<sup>108</sup>) Werke, V, 161.

<sup>109</sup>) Auf diesen Punkt im Leben des sächsischen Volkes legt ROTH mehrfach den Finger.

<sup>110</sup>) Werke, V, 176.